DER HAUPTSTADTBRIEF

140. Ausgabe | 2017 INFORMATIONS- UND HINTERGRUND-DIENST AUS BERLIN 19. Jahr | 5 Euro

PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG/BUNDESBILDSTELLE

PICTURE ALLIANCE/DPA (10)

IMAGO/STEFAN ZEITZ

12 Präsidenten – 68 Jahre Demokratie

So langlebig war Demokratie in Deutschland noch nie.
Kennt Volksherrschaft den Wechsel, schafft sie den Wandel.
Ist sie lebendig, bleibt sie stabil. Ab 19. März 2017 haben die Deutschen
ein neues Staatsoberhaupt: ihren zwölften Bundespräsidenten seit September 1949.

Theo Sommer: Der Neue im Schloss Bellevue

Brun-Hagen Hennerkes: Der richtige Moment für kluge Wirtschaftspolitik

Harald Kujat: Die USA und Deutschland sollten der Nato Führung geben

Elmar Theveßen: Wir nennen es Terror, für sie ist es heiliges Handeln

ISSN 2197-2761

BAUERFEIND®

Dirk Nowitzki, weltweiter Botschafter der Marke Bauerfeind

»DIE PRODUKTE SIND WELTKLASSE!«

BAUERFEIND.COM

GenuTrain®

LumboTrain®

MalleoTrain®

DIRK NOWITZKI VERTRAUT AUF DIE QUALITÄT VON BAUERFEIND.

Ob im Spitzensport oder im Alltag: Unsere Train-Bandagen helfen Menschen weltweit, wieder mobil zu werden. Sie wirken schmerzlindernd, stabilisierend und entfalten ihre heilsame Wirkung vor allem in der Bewegung. Ihre besondere anatomische Passform sorgt dabei für ein angenehmes Tragegefühl.

Mit jahrzehntelanger Erfahrung in der Herstellung orthopädischer Bandagen ist Bauerfeind die beste Wahl, um Menschen mit Markenqualität zu versorgen, die sich in der Weltspitze bewährt hat.

DER HAUPTSTADTBRIEF 140 – Inhalt

5 Editorial
Detlef Prinz: Hände weg von der Agenda 2010!

7 Der Neue im Schloss Bellevue

Theo Sommer: Die außergewöhnliche Karriere des Frank-Walter Steinmeier

16 Den richtigen Moment für eine kluge Wirtschaftspolitik nutzen
Brun-Hagen Hennerkes: Forderungen der deutschen Familienunternehmen im Wahljahr 2017

20 Ein Sargnagel für den deutschen Föderalismus
Friedrich Heinemann: Der neue Länderfinanzausgleich begünstigt politische Verantwortungslosigkeit

24 Die europäischen Partner beugen das Recht
Philipp Bagus: In Italien schummelt man sich um die Abwicklungsrichtlinie für die Bankensanierung herum

28 Beim deutsch-französischen Tandem ist die Luft raus
Wolfgang Glomb: Zum 15. Geburtstag des Euros als Bargeld ähneln dessen Gründer einem ungleichen Paar

34 Die USA und Deutschland sollten der Nato Führung und Richtung geben
Harald Kujat: Die EU wäre gut beraten, ohne Doppelstrukturen den europäischen Pfeiler in der Nato zu stärken

38 Wir nennen es Terror, für sie ist es heiliges Handeln
Elmar Theveßen: Für Islamisten ist es Revolution gegen ein altes Regime, das sie mit allen Mitteln zerstören dürfen

40 Impressum

42 Israel und Palästina lassen sich am besten föderal denken
Michael Wolffsohn: Die UNO wäre gut beraten, nicht länger auf Israel rumzuhacken, sondern Realitäten anzuerkennen

46 Trotz „Schulz-Sog“ noch keine Wechselstimmung in Deutschland
Manfred Güllner: Die Mehrheit der Bürger sieht in Merkel unverändert einen Garanten für Stabilität und Sicherheit

47 Die „Schulz-Euphorie“ ist messbar, ihre Dauer nicht
Die neuesten forsa-Umfragewerte

48 Die Prinzipien des Klassischen Liberalismus, sie leben noch
Frank Schäffler: Der deutsche Sprachraum war Hort des Klassischen Liberalismus. Jetzt kehrt er zurück

51 Wir erleben eine demagogische Umprägung des politischen Wortschatzes
Egon Flaig: Wie Wörter gerade dann zur Waffe werden, wenn sie keinen Sinn haben

54 Berlin als Modell für den Bund macht eher bange als Mut
Max Thomas Mehr: Wenn das Allgemeinwohl keinen Anwalt hat, verliert die repräsentative Demokratie an Akzeptanz

58 Das Nachdenken über die Zukunft Berlins nimmt Gestalt an
Volker Hassemer: Die Stiftung Zukunft Berlin hilft, Strategien für die Stadt zu entwickeln

61 Einladung zu einem Sonntagnachmittag unter Nachbarn
Dagmar Lembke: Die Lesereihe „Nachbarn bei Nachbarn“ in Brandenburger Dorfkirchen ist für Berliner und Märker

64 Als Musik und Cover noch unzertrennlich waren

Sabine Lueken: „Total Records“ erzählt von der Magie der Vinyl-Scheiben und ihrer bildkräftigen Hüllen

EINBRUCHSCHUTZ:
JETZT VON DER
KFW-FÖRDERUNG PROFITIEREN
www.schueco.de/foerderung

Sicherheitshinweis:

Schüco Fenster und Haustüren können zu Langeweile bei Wachhunden führen.

Sicherheit, die jeden in der Familie überzeugt: mit Fenstern, Haustüren und Schiebetüren von Schüco können Sie schon bei der Planung für das wichtigste Gefühl in Ihrem Zuhause sorgen: Geborgenheit. Durch langjährige Erfahrung und geprüfte Markenqualität. Gefördert durch Kredite oder Zuschüsse der KfW. **www.schueco.de/foerderung**

Fenster. Türen. Fassaden.

SCHÜCO

DER HAUPTSTADTBRIEF 140 – Editorial

Hände weg von der Agenda 2010!

Altbundeskanzler Gerhard Schröder hat in seiner aktiven Zeit als Bundeskanzler viele richtige Entscheidungen getroffen.

Aber eine wird in den Geschichtsbüchern immer erwähnt werden: die Entscheidung zur Umsetzung einer großen Reform mit dem Namen „Agenda 2010“. Gerhard Schröder hat Deutschland zur richtigen Zeit an den richtigen Stellen modernisiert und wettbewerbsfähig erhalten.

Zwölf Jahre danach kann man mit Fug und Recht behaupten: dass Deutschland so gut aufgestellt ist, ist Schröders Mut zu verdanken. Er hat seine Partei damit schwer gefordert und belastet. Noch heute hadert die SPD mit der Agenda 2010. Aber Schröder hat damals nicht auf Partikularinteressen geschaut. Er hatte das große Ganze im Auge.

Man möchte sich gar nicht ausmalen, wo Deutschland heute stehen würde ohne die Agenda 2010; schon allein ein Blick auf die Arbeitslosenzahlen von damals im Vergleich zu heute zeigt den Erfolg.

Die Agenda 2010 hat Deutschland sozusagen wieder zum „Musterschüler der Ökonomie“ gemacht und das nicht nur im direkten Vergleich mit unseren Nachbarländern Frankreich, Italien und Spanien, um nur die großen Volkswirtschaften zu nennen.

Deshalb ist der SPD nur klar und eindeutig zu empfehlen: Hände weg von der Agenda 2010!

Ja, es ist einfach, die Agenda 2010 zu kritisieren – gerade auf SPD-Veranstaltungen. Aber die SPD sollte sich fragen, was sie heute den Millionen Arbeitslosen antworten würde, die es gäbe und anderswo in der EU auch gibt, hätte es diese Reform nicht gegeben.

Auch das Volk hat bei dieser Reform Opfer gebracht, und sie haben sich gelohnt. In der SPD sollte diese Opferbereitschaft gewürdigt und nicht abgetan werden.

2017 ist nicht vergleichbar mit den Jahren 2003 bis 2005, als die Agenda umgesetzt wurde und es Deutschland wirtschaftlich noch schlecht ging. Aber jetzt, da es uns gut geht, die Ergebnisse und Erfolge der Agenda 2010 zu zerstören, wäre der falsche Weg. Und auch das falsche Signal an das Volk.

Das bedeutet nicht, dass man die Agenda 2010 in dem einen oder anderen Detail nicht klug nachbessern könnte, aber in der Substanz darf diese große Reform nicht verändert werden.

Also noch einmal, bei allem Verständnis für Wahlkampfrhetorik und Polemik: Hände weg von der Agenda 2010!

Detlef Prinz

Verleger

Quarzwerke – more than just mining

Charadrius dubius

- Nachhaltigkeit als Unternehmensvision
- Zuverlässige Versorgung von Schlüsselindustrien mit Industriemineralien
- Innovative Produkte – traditionelle Werte
- Soziale Verantwortung für Mitarbeiter und Nachbarn
- Ausgezeichnet für Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt

QUARZ WERKE

Quarzwerke

FAMILIENUNTERNEHMEN SEIT 1884

www.quarzwerke.com

FRANK MAY

Theo Sommer ist Herausgeber der Zeitung *The Security Times*.
Er war fast zwanzig Jahre lang Chefredakteur der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* und bis zum Jahr 2000 deren Herausgeber.
Für den HAUPTSTADTBRIEF würdigt er die Lebensleistung des künftigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier.

Der Neue im Schloss Bellevue

Die außergewöhnliche Karriere des Frank-Walter Steinmeier | Von Theo Sommer

Seit ihrer Gründung im Jahre 1949 hat die Bundesrepublik Deutschland zehn Außenminister gehabt (die vierzehn Tage nicht mitgezählt, in denen Helmut Schmidt 1982 nach dem Zerbrechen der sozialliberalen Koalition und vor seiner Abwahl dem Auswärtigen Amt vorstand). Die ersten drei – Konrad Adenauer, Heinrich von Brentano, Gerhard Schröder – verankerten Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO. Die nächsten drei – Willy Brandt, Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher – setzten mit ihrer neuen Ostpolitik die Entspannung in Gang, die in die deutsche Wiedervereinigung mündete. Dann positionierten Klaus Kinkel und Joschka Fischer die Bundesrepublik in der Nach-Kalten-Kriegs-Welt. Anschließend leitete Frank-Walter Steinmeier das Auswärtige Amt von 2005 bis 2009 in der ersten Großen Koalition Angela Merkels. Nach vier Jahren Guido Westerwelle führte er das Amt seit 2013 ein zweites Mal und machte Deutschland seine gewachsene Verantwortung bewusst.

Als Steinmeier nach vier Jahren als SPD-Fraktionsvorsitzender (und als 2009 gescheiterter Kanzlerkandidat) zum zweiten Mal am Werderschen Markt Einzug hielt, hatte sich die Welt verändert. Es war ihm klar: „Der europäischen und deutschen Außenpolitik stehen turbulente Zeiten bevor.“ Schon der Wegfall der „zynischen Stabilität des Kalten Krieges“, wie er sich ausdrückte, hatte eine Vielzahl neuer, hochgefährlicher regionaler Auseinandersetzungen ausgelöst – in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten, in Afghanistan. Überall tobten Krisen und Konflikte, die nicht enden wollten, archaische Gewalt, Kämpfe um Macht, Vorherrschaft und Einflusszonen. Die Annexion der Krim und Moskaus Eingreifen in der Ostukraine bedrohten den Frieden in Europa. Neue Kraftfelder und Konfliktlinien bildeten sich mit dem Aufstieg Chinas und Indiens in Asien.

Zugleich zerfaserte die Europäische Union, die sechzig Jahre lang Frieden zwischen den Europäern und wachsenden Wohlstand verbürgt hatten. Der Paukenschlag des Brexit und der Aufstieg der Populisten in vielen EU-Staaten machten mit einem Schlag deutlich, dass der Zusammenhalt Europas in Gefahr, der europäische Integrationsprozess nicht unumkehrbar ist. Da sah der Minister mehr als nur „Haarrisse“. „Die Welt ist aus den Fugen“, Hamlets Klage, wurde Steinmeier zur stehenden Redewendung. Und gern hat er die zersplitternde Weltordnung mit einem Bild aus Robert Musils Mann ohne Eigenschaften beschrieben: Es sei „wie wenn ein Magnet die Eisenspäne loslässt und sie wieder durcheinandergeraten.“

> *‚Die Welt ist aus den Fugen’, Hamlets Klage, wurde Steinmeier zur stehenden Redewendung.*

Frank-Walter Steinmeier stammt aus dem Tausend-Seelen-Dorf Brakelsiek im Lippischen, „aus kleinen Verhältnissen“, wie er, Sohn eines

Tischlers und einer aus Breslau geflüchteten Fabrikarbeiterin, selber sagt. Dort wächst er nun auf, geht als Erster seiner Familie ins Gymnasium, spielt Fußball im TuS Brakelsiek, macht Abitur, leistet in Goslar und Diepholz Wehrdienst bei der Luftwaffe, die er als Obergefreiter verlässt. Architektur interessiert ihn, er liebäugelt damit, Journalist zu werden, entscheidet sich dann aber für das Brot und Butter-Studium, wie er selbst sagt, Rechtswissenschaften, hört nebenbei bei den Politikwissenschaften Staatslehre und Politische Theorien. In seiner 444 Seiten starken Doktorarbeit arbeitet er den öffentlichen Umgang mit Armut und Obdachlosigkeit in Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik historisch und rechtlich auf.

Wenig deutet auf eine politische Karriere hin. Noch kommt ihm der zweite Satz von Hamlets Klage nicht in den Sinn: „Die Zeit ist aus den Fugen, Schmach und Gram, dass ich zur Welt, sie einzurichten kam."

„Für ihn ist die SPD grundsätzlich eine Friedenspartei und stehe für fragwürdige Abenteuer nicht zur Verfügung."

Politisiert hat den Gymnasiasten wohl schon Willy Brandts Ostpolitik, spätestens die Auseinandersetzung um das Misstrauensvotum. 1975 tritt er in die SPD ein. Als Student engagiert er sich hochschulpolitisch, widmet sich vor allem der historischen Verstrickung der Rechtswissenschaft im Dritten Reich und der Aufarbeitung nach 1945. Nach Beendigung seiner Promotion will es der Zufall, dass eine frühere Kommilitonin, die in der Staatskanzlei des niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder arbeitet, ihm zu einem Umstieg aus der Wissenschaft in die Politik rät: Brigitte Zypries, die spätere Bundesjustizministerin und derzeitige Wirtschaftsministerin. Er folgt ihrem Rat, stellt sich vor und wird 1991 tatsächlich eingestellt – als Hilfsreferent im Referat Presse- und Medienrecht. Eine Chance, wie sich herausstellt: Schon als junger Mann kann er helfen, den NDR zu einer Vier-Sender-Anstalt (der einzigen, die alten innerdeutschen Grenzen überschreitenden öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt) zu machen. Schröder erkennt schnell den Spürsinn und die politische Sensibilität des neuen Mannes, macht ihn für kurze Zeit zu seinem Büroleiter, wenig später beruft er ihn zum Abteilungsleiter für politische Planung und Richtlinien der Politik.

Es ist der Beginn einer außergewöhnlichen Karriere: 1996 wird er Staatssekretär und Leiter der Hannoveraner Staatskanzlei, nach der Wahl Schröders zum Bundeskanzler 1998 Staatssekretär und Beauftragter für die Nachrichtendienste im Bundeskanzleramt, 1999 Chef des Bundeskanzleramts und damit der oberste politische Beamte der Republik.

In seiner Laufbahn kommt Frank-Walter Steinmeier zugute, was schon sein Trainer im heimischen Fußballverein festgestellt hatte: Großes Herz und langer Atem; kein eigensinniger Dribbler; er dient der Mannschaft; er hat enorme Ausdauer, und er kann hart verteidigen. Er beginnt als Makler der Macht, der an der zentralen Schnittstelle des Kabinetts Schröders eine spannungsreiche rot-grüne Koalition beieinanderhält und dabei wesentliche Strategien mitbestimmt. Er gilt als Architekt der Reformen in Wirtschaft und Arbeitsmarkt, die unter dem Namen Agenda 2010 – damals wie heute in der SPD angefeindet – aus dem „kranken Mann Europas" wieder die führende Wirtschaftsmacht des Kontinents gemacht hat. Mehr und mehr wird im Kanzleramt aus dem Politikmanager ein Politiker. Er erklimmt die Vorstufe zum Staatsmann.

Als Steinmeier 2005 zum ersten Mal Bundesminister des Auswärtigen wurde, bezweifelten manche, dass er für den Posten genug außenpolitische Erfahrung besaß. Sie täuschten sich. Schon im Kanzleramt war seine Rolle hochpolitisch. Als Geheimdienst-Koordinator hatte er Zugang zu Informationen über die Weltlage und begleitete höchst intensiv alle Fragen der interna-

PICTURE ALLIANCE/AP PHOTO/MARKUS SCHREIBER

Blumen für den künftigen Herrn im Schloss Bellevue: Frank-Walter Steinmeier nimmt kurz nach Bekanntgabe seiner Wahl zum zwölften deutschen Bundespräsidenten am 12. Februar 2017 im Berliner Reichstag die Glückwünsche von Amtsvorgänger Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel entgegen.

tionalen Sicherheit. Seit dem Kosovokrieg 1999 war er an sämtlichen Grundsatzentscheidungen der auswärtigen Politik beteiligt. Als Leiter der Staatssekretärsrunde gab er in Europafragen den Ausschlag zwischen den konkurrierenden Ressorts. Im Ringen um die großen außenpolitischen Weichenstellungen der rot-grünen Bundesregierung über die Bundeswehreinsätze auf dem Balkan und in Afghanistan war er eine zentrale Figur. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 saß er im Krisenstab neben Kanzler, Außen-, Innen- und Verteidigungsminister. Auch an Schröders Nein zum Irak-Krieg hatte er maßgeblichen Anteil. Den amerikanischen Botschafter Daniel Coats (der jetzt Trumps Nationaler Geheimdienstdirektor geworden ist), ließ er kalt abfahren: Die SPD, grundsätzlich eine Friedenspartei, stehe für fragwürdige Abenteuer nicht zur Verfügung.

Allerdings: Damals wirkte Steinmeier im Hintergrund, für die Öffentlichkeit kaum sichtbar. Nun stand er 2005 plötzlich, wie jeder Außenminister, im Rampenlicht. Wie seine Biographen Torben Lütjen und Lars Geiges formulieren: Er war vom Maschinenraum auf das Sonnendeck der Politik gesprungen. Aber er kam mit dem Stellungswechsel glänzend zurecht. Bald war er einer der beliebtesten deutschen Politiker, zuletzt stand er an der Spitze der Popularitätstabelle.

Dabei kamen ihm all die Eigenschaften zugute, die er an seinen lippischen Landsleuten rühmt:

„Widerwillen gegen jede Form von Umstand und Zeremoniell“, Skepsis gegenüber „Windmachern und Wolkenschiebern“, Schnörkellosigkeit, Bodenständigkeit und Ehrlichkeit. Seine eigene Veranlagung entspricht den Tugenden des heimatlichen Menschenschlags. Man kennt ihn als ausgeglichen, besonnen und beharrlich, nüchtern und nachdenklich, gewissenhaft und gelassen. Ein „Knotenlöser“ ist er genannt worden, ein „Meister des Unprätentiösen“, ein „Brückenbauer“, ein „Fährmann zwischen den Ufern“ – die „Gegenfigur zu den Trumps, Le Pens, Orbans und Hofers“.

Es sind diese Eigenschaften eines geduldigen Pragmatikers, die auch seine Außenpolitik kennzeichnen. „Er steht für Unermüdlichkeit“, sagte Bundespräsident Gauck über ihn, immer „dafür, weiter zu verhandeln, zu vermitteln und zu überzeugen.“ Das zeigte sich bei seinen Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien in der Ukraine, bei den zwölf Jahre langen Gesprächen mit dem Iran, zuletzt bei den – bisher noch ergebnislosen – Bemühungen um Waffenruhe und Friedensschluss in Syrien.

‚Er steht für Unermüdlichkeit‘, sagte Bundespräsident Gauck über ihn, immer ‚dafür, weiter zu verhandeln, zu vermitteln und zu überzeugen.‘

Steinmeier ist Realist. Krisen sind die neue Normalität, hat er oft gesagt; Krisen und Konflikte zwischen Staaten, aber neuerdings immer öfter auch Krisen und Konflikte zwischen Staaten und nicht-staatlichen Akteuren. Doch hat ihn die Krisenhaftigkeit unseres Zeitalters nicht entmutigt, sondern beflügelt: Jetzt erst recht! Nicht nachlassen. Nicht der Furcht Raum geben. Hoffnung und Zuversicht nicht aufgeben. Und nie der Sprachlosigkeit verfallen; sie ist der Tod der Diplomatie. Gesprächskanäle offenhalten und sie pflegen. Manch einer hat Steinmeier da nicht folgen mögen, doch hat er sich nie irre machen lassen. „Wir müssen nicht alles gutheißen, was andere sagen, aber wir sollten versuchen, es zu verstehen“, ist sein Grundsatz.

Intensiv bemühte er sich in seiner ersten Amtszeit um eine Modernisierungs- und Innovationspartnerschaft mit Russland. Er bedauerte, dass Moskaus Dialogangebote über gemeinsame Sicherheit und eine Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok im Westen nie ernsthaft aufgenommen wurden. „Wandel durch Verflechtung“ war seine Parole. So entwarf er noch 2012 in Jekaterinburg das Bild einer neuen Kräftebalance, „in der der pazifische Raum, Russland, die Europäische Union und Zentralasien wirtschaftlich und politisch miteinander verbunden sind und voneinander profitieren.“

Die Annexion der Krim und das russische Eingreifen in der Ostukraine setzten dieser Vision ein brutales Ende. Steinmeier verurteilte Putins Völkerrechtsbruch in klaren Worten. Zugleich jedoch wurde er zur treibenden Kraft bei den Bemühungen, den Ukrainekonflikt einzuhegen und eine politische Lösung zu finden; die Abkommen Minsk I und Minsk II sind weithin sein Werk. „Minsk ist keine perfekte Lösung“, sagte er im März 2016 in Washington, „es bleibt auf beiden Seiten noch viel zu tun, Minsk umzusetzen. Doch ohne Minsk wären wir in einer weit schlimmeren Lage.“ Ohne Minsk drohte der neu aufgebrochene Konflikt zwischen Ost und West außer Kontrolle zu geraten.

Gegen öffentliche Skepsis und Kritik verhandelt er daher weiter mit Außenminister Sergej Lawrow. Die Fortsetzung des Dialogs mit Russland ist für ihn eine Schlüsselfrage. „Russland ist eine Realität, die wir nicht ignorieren können“, ist seine Überzeugung. „Russland hat Einfluss. Es hat Einfluss im Mittleren Osten, in Syrien, in Europa und darüber hinaus. Wenn wir also Lösungen wollen, müssen wir mit Russland reden, selbst wenn das schwierig ist.“

Schwierig waren auch die Jahre mit George W. Bush im Weißen Haus. Dessen Haltung („Wir

PICTURE ALLIANCE/AP PHOTO/MANDEL NGAN

In enger Partnerschaft mit Frankreich besprach Frank-Walter Steinmeier oft mit Außenminister Laurent Fabius die Lage in Syrien. Im Bild stellen sich die beiden Außenminister bei ihrem Ministertreffen im Pariser Quay d'Orsay, dem französischen Außenamt, am 14. Dezember 2015 den Fotografen.

sagen euch, was ihr zu tun habt") kam in Berlin nicht gut an. Seine Außenministerin Condoleezza Rice und ihr deutscher Kollege haderten miteinander. Die Welt in Gut und Böse, Schwarz und Weiß einzuteilen, widerstrebte Steinmeier. Mit Rice hat er gerungen um eine andere Syrien-Politik des Westens – 6 Jahre vor Ausbruch des Syrien-Krieges. Nach Schröders Nein zum Irak-Krieg erreichte das Zerwürfnis seinen Höhepunkt. Der Minister setzte auf den Präsidentschaftskandidaten Obama, den er 2008 im Auswärtigen Amt empfing und dem er auch die Erlaubnis besorgte, an der Siegessäule zu sprechen, wo ihm 300 000 Menschen zujubelten.

„Wir brauchen eine Neubegründung unseres Verhältnisses zu den USA", schrieb er nach dem Amtsantritt Barack Obamas. Das gelang auch, jedenfalls soweit sich der auf Asien fixierte Obama überhaupt für Europa interessierte. Mit der Außenministerin Hillary Clinton hatte Steinmeier ein gutes, wiewohl nicht besonders herzliches Verhältnis. In seiner zweiten Amtszeit entwickelte sich zwischen ihm und seinem amerikanischen Widerpart John Kerry eine wunderbare Freundschaft. Beide hatten sie viel Erfahrung auf diversen Politikfeldern, beide haben sie Höhen und Tiefen in der Politik kennengelernt, auch Wahlen verloren. Als

US-Präsidentschaftskandidat der eine, als Kanzlerkandidat der andere. Dieses Schicksal verband sie ebenso wie die Ähnlichkeit ihrer Weltanschauung und die Identität ihrer Amtsauffassung: Nie aufgeben; politics of hope instead of politics of fear; vorwärtsschreiten, nicht zurückweichen. Ein unermüdlicher Optimist ist Kerry von CNN genannt worden, „der keine Ruhe gibt, ehe er den letzten Telefonanruf gemacht, das letzte Ohr abgekaut, an den letzten Staatsmann der Welt appelliert hat, ihn in seinem Bemühen zu unterstützen. Da trafen sich zwei Gleichgesinnte. Nie waren die deutsch-amerikanischen Beziehungen besser als in den Jahren ihrer Zusammenarbeit, die jetzt fast gleichzeitig zu Ende gegangen ist.

In seiner ersten Ministerperiode hat Frank-Walter Steinmeier, ein systematischer Denker, den Begriff der „vorausschauenden Außenpolitik“ geprägt. In seinem Buch „Mein Deutschland“ formulierte er 2009 sechs Grundsätze:

„Steinmeier ist Realist. Krisen sind die neue Normalität, hat er oft gesagt; nicht entmutigt, sondern beflügelt: Jetzt nicht nachlassen!“

1. „Deutsche Außenpolitik ist zunächst einmal europäische Politik – Politik in Europa und mit Europa ... Kein europäischer Staat ist groß genug, um in diesem Jahrhundert auf der Weltbühne mehr als eine Nebenrolle spielen zu können. Nur gemeinsam sind wir stark.“

2. Wir müssen aktiv auf die Wachstumsregionen von morgen zugehen: Asien, Lateinamerika, Zentralasien, Afrika, die Golf-Region. Angesichts der dortigen Konfliktlinien sollten die Europäer Geburtshilfe leisten, wo immer kooperative Strukturen entstehen.

3. Gemeinsam können Europa und Amerika die Welt besser machen. „Die großen Zukunftsaufgaben der Menschheit, die Arbeit an einer politischen Antwort auf die Globalisierung, die Entwicklung zeitgemäßer Formen der Mobilität [lies: Migration], die Abwendung der Klimakatastrophe, der Kampf gegen Hunger in der Welt, die Überwindung der Folgen der Finanzkrise, neue Regeln für die internationalen Finanzmärkte – all das bietet großartige Möglichkeiten für vertiefte transatlantische Kooperation.“

4. „Die Menschenrechte sind der normative Kompass, an dem sich unsere Politik orientieren muss ... Wir müssen [die] Kräfte stärken, die sich für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation einsetzen.“ Allerdings ist Steinmeier gegen Lautsprecherdiplomatie. Und er ist Realpolitiker genug, um zu wissen, dass er, wenn das nationale Interesse es erfordert, auch mit Despoten reden muss, die die Menschenrechte mit Füßen treten.

5. „Wir brauchen eine neue Ära der Entspannungspolitik. Die Vision einer gemeinsamen Sicherheitszone rund um die nördliche Erdhalbkugel, von Vancouver über London und Paris bis Wladiwostok, steht weiter im Raum. Wir sollten einen neuen Anlauf machen, sie zu verwirklichen.“

6. „Wir müssen Abrüstung und Rüstungskontrolle wieder zu zentralen Themen der internationalen Agenda machen. Hier geht es nicht um Fragen von gestern, sondern um Überlebensfragen von morgen.“

Seit der Niederschrift dieser Grundsätze sind sieben Jahre vergangen, in denen vieles passiert ist, was ihrer Verwirklichung im Wege steht. Russland sieht sich nicht mehr als Partner des Westens. Der Westen, selber angefressen vom Bazillus des Nationalismus, droht zu zerbröseln – siehe Brexit, siehe Orban, siehe Trump. Die arabische Welt ist vollends im Chaos versunken. Afrika schwankt weiterhin zwischen Hoffnung und Horror. Das aufsteigende China jedoch schafft mit seinem autoritären Kapitalismus, der wenig auf Menschenrechte gibt, ein Modell, das vielen Despoten der Welt als nachahmenswert erscheint. Steinmeiers Grundsätze werden dadurch jedoch nicht weniger

PICTURE ALLIANCE / AP PHOTO/ANDREW HARNIK

In seiner zweiten Amtszeit entwickelte sich zwischen Frank-Walter Steinmeier und seinem amerikanischen Widerpart John Kerry eine wunderbare Freundschaft. Beide verband die Ähnlichkeit ihrer Weltanschauung. Im Bild ein verbindender Handschlag beim Pressetermin in der Moskauer US-Botschaft am 23. März 2016.

wert, im Gegenteil. Das gilt auch für seine Kernforderung: Dialog und Kooperation.

Schon vor sieben Jahren war Steinmeier bewusst, dass wir vom Ziel einer globalen Verantwortungsgemeinschaft noch weit entfernt sind. Seitdem ist es nicht leichter geworden, dieses Ziel zu erreichen.

In dieser Lage ist es unausbleiblich, dass mehr weltpolitische Verantwortung auf Deutschland zukommt. Frank-Walter Steinmeier war der erste deutsche Politiker, dem diese Einsicht zuwuchs. Schon als er erstmals Außenminister wurde, sprach er in Anlehnung an den Schriftsteller Daniel Kehlmann von einer „Neuvermessung der Welt“, bei der Deutschland sich nicht leisten könne, am Rande der Geschehnisse zu stehen. Vielmehr müsse es bereit sein, mehr weltpolitische Verantwortung zu übernehmen. „Wir tragen Verantwortung für die Lösung regionaler Konflikte“, schrieb er 2009. In seiner Antrittsrede 2013 griff er diese Idee wieder auf: „Es ist nicht so, dass wir nach Verantwortung suchen müssten, wir haben sie“, sagte er. Wenige Wochen später war das Thema „mehr Verantwortung übernehmen“ bei der Münchner Sicherheitskonferenz in seiner Rede wie in der

des Bundespräsidenten Joachim Gauck und der Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen die in der ganzen Welt wahrgenommene zentrale Botschaft der deutschen Regierung.

Dabei ist Steinmeier nie ein blindwütiger Interventionist gewesen. Er war gegen Bushs Irakkrieg und warnte vor einer Intervention in Libyen. „Verantwortliche Außenpolitik darf sich nicht in kurzfristigem Interventionismus erschöpfen“, ist seine Ansicht. Mehr Verantwortung übernehmen – darunter verstand er vor allem stärkeres außenpolitischen Engagement Deutschlands. Deutschland solle sich aktiv einschalten in Bemühungen um Friedenslösungen. Die Angst vor dem Scheitern eigener Initiativen sei keine Rechtfertigung für diplomatische Zurückhaltung. Das Missverständnis, Diplomatie diene vornehmlich der Vernebelung der Realität, hasste er. Sie verlangt nach seiner Auffassung, wenn sie doch erfolgreich sein will, ein hohes Maß an Realitätssinn, Kreativität und Mut, in immer wieder neuen Bahnen zu denken. „Diplomatie“, so zitierte er beifällig Willy Brandt, „ist Generalstabsarbeit für den Frieden.“ In den Ukraine-Verhandlungen und den Gesprächen mit dem Iran hat er gezeigt, was er damit meinte. Und zugleich hat er stets vor Selbstüberschätzung der Deutschen gewarnt: „Wir können nicht die Rolle der USA ersetzen!“ – nicht im Nahen Osten, erst recht nicht im Mittleren Osten.

Steinmeiers außenpolitisches Konzept setzt Verteidigungsfähigkeit des Landes und die dazu gehörenden militärischen Mittel voraus. Dennoch: Jede Form militärischer Protzerei war ihm zuwider. Nach demonstrativen Großmanövern und symbolischen Panzerparaden an der Ostgrenze des Bündnisses brach es im Juni 2016 aus ihm heraus, man solle sich vor „lautem Säbelrasseln und Kriegsgeheul“ hüten; die Verengung aufs Militärische sei fatal; militärische Stärke müsse von Entspannungspolitik begleitet werden. „Das ist ein nicht weniger wichtiger Beitrag zur europäischen Sicherheit als der, den andere gegenwärtig betonen und öffentlich zeigen“, hielt er seinen Kritikern entgegen.

Es war dies kein Ausraster wie die Szene, die sich im Mai 2014 auf dem Berliner Alexanderplatz abspielte, als Demonstranten Steinmeier mit Pfiffen und „Kriegstreiber“-Rufen in Rage versetzten. Mit hochrotem Kopf brüllte er zurück: „Hätten wir auf Leute wie die dahinten gehört, wäre Europa heute kaputt!“ Doch es bewies, dass der sonst so kontrollierte deutsche Außenminister die diplomatische Zurückhaltung aufgeben kann, wenn er meint, Klartext sprechen zu müssen. Er ist, so verklausuliert er auch gemeinhin zu reden pflegt, keineswegs ein Weichei.

„In seiner zweiten Amtszeit entwickelte sich zwischen ihm und seinem amerikanischen Widerpart John Kerry eine wunderbare Freundschaft.“

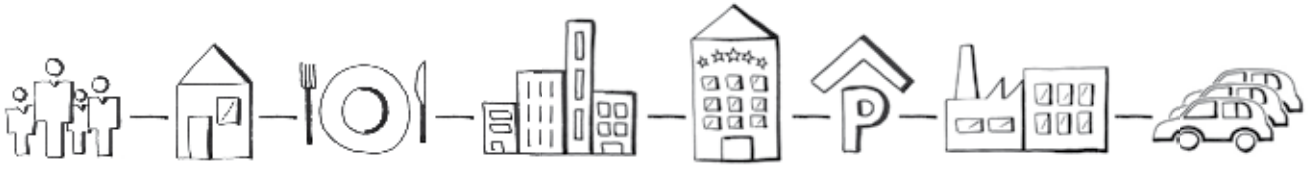
Als sich Steinmeier jetzt zum zweiten Mal vom Auswärtigen Amt verabschiedete, beendete er seine Rede mit einigen Gedanken, die weit über Grenzen seines Ressorts hinauswiesen:

„Die parlamentarische Demokratie steht weltweit unter Druck, wird vielerorts in Frage gestellt. In zu vielen Ländern werden die Freiräume von parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Opposition beschnitten, und selbsternannte ‚starke Männer’ haben die Verachtung von demokratischer Kontroverse sogar zum Herrschaftsprinzip erhoben. Gleichzeitig ist im Netz ein Raum für anonyme und enthemmte Kommunikation entstanden, in dem immer neue Erregungswellen mehr Klicks erzeugen als Fakten oder Argumente; in dem Sprache jedes Maß verloren hat und die Grenze zwischen Sagbarem und Unsäglichem zusehends schwindet.“

Wer Ohren hatte zu hören, vernahm da wohl schon zentrale Themen, denen sich der Mann aus dem lippischen Brakelsiek im Berliner Schloss Bellevue widmen wird: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. ◆

www.ChargeUpYourDay.de

Intelligente eMobility-Ladelösungen von MENNEKES.



Ob Sie eine passende Lösung für Ihr zu Hause, Ihr Unternehmen, Ihr Hotel oder Ihre Stadt suchen: MENNEKES bietet die passenden Produkte für Ihre individuellen Ansprüche.

MENNEKES®
eMobility

www.ChargeUpYourDay.de

THOMAS KLINK

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Brun-Hagen Hennerkes ist Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Familienunternehmen. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, welche politischen Konzepte aus der Sicht der deutschen Wirtschaft im Hinblick auf das Wahljahr 2017 nötig sind und Priorität haben, um die wirtschaftliche Substanz des Landes zu erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Den richtigen Moment für eine kluge Wirtschaftspolitik nutzen

Deutschlands ökonomische Stärke erhalten: Forderungen der deutschen Familienunternehmen im Wahljahr 2017 | Von Brun-Hagen Hennerkes

Unter der großen Zahl der Götter, welche die Griechen verehrten, befand sich der Gott Kairos, dem eine ganz besondere Fähigkeit zugeschrieben wurde. Kairos trug eine Haarlocke auf der Stirn. Wenn einer seiner Verehrer in akute Entscheidungsnöte geriet, so brauchte er nur diese Haarlocke zu berühren. Er konnte dann sicher sein, dass ihm Kairos den besten Zeitpunkt zum Handeln signalisieren würde. Der Hinterkopf des Gottes war kahl geschoren – ein Symbol dafür, dass einmal verpasste Gelegenheiten sich in der Regel nicht wiederholen.

Unseren politischen Parteien könnte diese Episode der griechischen Mythologie als Hinweis dienen: Für sie gilt es zu Beginn des Wahljahres die momentan ökonomisch gute Ausgangslage zu nutzen, um mit den richtigen politischen Konzepten unsere wirtschaftliche Substanz zu erhalten und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Deutschland zeigt sich zu Beginn des Jahres 2017 in wirtschaftlicher Blüte. Das beschwört die Gefahr herauf, dass die Wahlkampfstrategen die gegenwärtige Prosperität als dauerhaft ansehen, um sie für Umverteilungspläne zugunsten ihrer Parteiklientel zu nutzen.

Dieser Versuchung sollten verantwortungsbewusste Entscheider in Parteien und Verbänden mit aller Entschiedenheit entgegenwirken. Jeder weitsichtige Kaufmann weiß, dass eine gute Konjunktur so flüchtig sein kann wie eine augenblickliche Gunst der Stunde. Der billige Euro, der unsere Exporte begünstigt, kann sich verteuern. Die Zinsen können steigen und der Welthandel könnte unter dem allerorten grassierenden Protektionismus Schaden nehmen. Für die deutsche Wirtschaft gilt wie für einzelne Unternehmen der Grundsatz: Eine einmal erarbeitete Substanz, ein einmal geschaffenes Vermögen sind in der Krise schnell wieder aufgezehrt.

> *„Jeder weitsichtige Kaufmann weiß, dass eine gute Konjunktur so flüchtig sein kann wie eine augenblickliche Gunst der Stunde."*

Die Parteien haben die Wahl: Entweder sie setzen auf weiteres Wachstum und Prosperität oder sie präferieren Umverteilung und Stagnation. Bei unserem Nachbarn Frankreich war in den vergangenen fünf Jahren zu beobachten, welche Zerreißprobe mit fehlgeleiteter Wirtschaftspolitik für Staat und Gesellschaft verbunden ist.

Für eine stärkere Priorisierung des Sozialstaatlichen besteht bei uns derzeit keine Notwendigkeit. Die Ungleichheit, welche die Menschen gegenwärtig weltweit bewegt, ist in Deutschland weniger stark ausgeprägt. Nicht umsonst stellt

der amtliche Entwurf des für das Frühjahr 2017 erwarteten Armuts- und Reichtumsberichts des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales fest, dass Deutschland wirtschaftlich und sozial durch ein hohes Maß an Stabilität gekennzeichnet ist. In unserem Land geht die Schere zwischen Arm und Reich – anders als von der Mehrzahl unserer Medien permanent beklagt – nicht auseinander.

FOTOLIA/MAGELE-PICTURE

Vieles steht in der Diskussion und zur Disposition im Wahljahr 2017 – von der Gewichtung innerhalb der deutschen Parteienlandschaft bis zur Zukunft Europas und darüber hinaus. Bereits jetzt zu Beginn des Wahljahrs gilt es, die momentan ökonomisch gute Ausgangslage zu nutzen, um mit den richtigen politischen Konzepten Deutschlands wirtschaftliche Substanz zu erhalten und seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Im Einkommensbereich ist sie sogar leicht rückläufig. Das verwundert nicht: Die Löhne wuchsen von 2012 bis 2015 mit 11 Prozent stärker als die Einkünfte aus Unternehmensgewinnen und Privatvermögen, die um 9 Prozent zulegten.

Der Aufschwung ist also bei den Bürgern angekommen. Das zeigt sich auch darin, dass neue Jobs überwiegend im sozialversicherungspflichtigen Bereich entstanden sind, viele davon in unseren Privatbetrieben: Allein die Spitzengruppe der 500 größten Familienunternehmen hat von 2006 bis heute personell um 19 Prozent zugelegt. Das entspricht einer halben Million neuer Stellen.

Ein weiteres nachhaltiges Wachstum in Deutschland kann nur dann sichergestellt werden, wenn die Parteien in ihren Wahlprogrammen Folgendes berücksichtigen:

Als Erstes muss die Politik mehr Verlässlichkeit zeigen. Die Familienunternehmen planen besonders langfristig. Für sie stellen daher berechenbare Rahmenbedingungen einen entscheidenden Erfolgsfaktor dar. Die Parteien können das Vertrauen der Wirtschaft nur gewinnen, wenn sie konsequent umsetzen, was sie angekündigt haben. Das gilt in hohem Maße für das Steuerrecht. Hier ist die Frage nach der Verlässlichkeit besonders drängend. Drei Beispiele:

- Der Solidaritätszuschlag auf die Einkommensteuer wurde von der Politik ehemals als zeitlich befristet eingeführt. Er sollte die deutsche Einheit und unseren Beitrag zum Golfkrieg 1991 finanzieren. Längst fließt jedoch ein nicht geringer Teil dieses Geldes in unseren Bundeshaushalt, um die vom Finanzminister als Wahlargument propagierte „schwarze Null“ nicht zu gefährden. Mit dieser Verhaltensweise hat die Bundesregierung jedoch ihr Versprechen von einst gebrochen. Es ist deshalb an der Zeit, den Solidaritätszuschlag jetzt auslaufen zu lassen. Die damit einhergehende Entlastung des Steuerzahlers wäre für die große Koalition eine adäquate Möglichkeit, beschädigtes Vertrauen wiederherzustellen. Auf unsere Familienunternehmen würde sich die Entlastung in ihren Bilanzen unmittelbar auswirken. Auch den Beschäftigten bliebe bei gleichem Lohn mehr Netto in der Haushaltskasse.

- Für die Mittelschicht gilt, dass ein Wachstum der Bruttogehälter infolge der „kalten Pro-

gression“ bei der Einkommensteuer zu einer fortwährenden Begünstigung des Fiskus führt. Die Politik hat bereits mehrfach versprochen, den Mittelstand von dieser stets ansteigenden Steuerbelastung auf breiter Basis zu befreien. Es wäre an der Zeit, diesen vollmundigen Bekundungen jetzt Taten folgen zu lassen.

• Auch die Familienunternehmen benötigen eine steuerliche Entlastung. Anders als viele Politiker behaupten, trägt Deutschland seit mehreren Jahren den Makel eines Hochsteuerlandes: Unter 18 Staaten in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) belegt die Bundesrepublik Deutschland, wie dem soeben veröffentlichten „Länderindex Familienunternehmen“ des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zu entnehmen ist, im Bereich Steuern lediglich einen unbefriedigenden 13. Platz (siehe Infografik). Demgegenüber haben viele unserer Nachbarn uns in puncto steuerlicher Wettbewerbsfähigkeit überholt. Das schadet unserem wirtschaftlichen Standort.

Als Zweites gilt es, jeglicher Art von Substanzsteuern strikt entgegenzutreten: Es ist schon paradox, dass gerade in Zeiten wachsender Haushaltsüberschüsse über neue Steuern diskutiert wird. Manche Parteien scheinen sich über die Folgen von Steuererhöhungen wenig Gedanken zu machen. Beispielsweise würde eine Vermögensteuer in Höhe von jährlich 1 Prozent rechnerisch innerhalb einer Generation (gleich 30 Jahre) annähernd ein Drittel des Wertes eines Familienunternehmens verzehren. Da eine Vermögensteuer aus versteuertem Einkommen zu bezahlen wäre, muss annähernd das Doppelte der Steuerlast verdient werden, um diese Belastung ausgleichen zu können.

Im Ergebnis verdoppelt sich hierdurch die Steuerlast für unsere Familienunternehmen. Es wären also pro Generation 60 Prozent des Unternehmenswertes (zusätzlich zur Erbschaftsteuer) auf das unternehmerische Vermögen abzuführen. Ein Liquiditätsabzug in dieser Höhe kann für viele Unternehmen existenzbedrohend sein. Auf jeden Fall würden Investitionen und der Aufbau weiterer Arbeitsplätze abgewürgt.

Als Drittes muss die Politik jeglicher neuer Bürokratie eine Absage erteilen. Aus Unternehmersicht ist es beispielsweise unverständlich, dass die amtierende Bundesregierung den zuvor liberalisierten Arbeitsmarkt nun wieder neu reguliert hat, so zum Beispiel bei der Überlassungsdauer in der Zeitarbeit. Weitere staatliche Eingriffe in das funktionierende Beschäftigungssystem sind unnötig und mit Blick auf die Flexibilität der Arbeitsverhältnisse auch gefährlich. Deutschland darf sich auch nicht darauf ausruhen, dass einige andere EU-Staaten in den letzten Jahren mit Liberalisierungen nicht vorangekommen oder noch bürokratischer geworden sind. Auf diesem Feld dürfen keine weiteren Rückschritte mehr erfolgen.

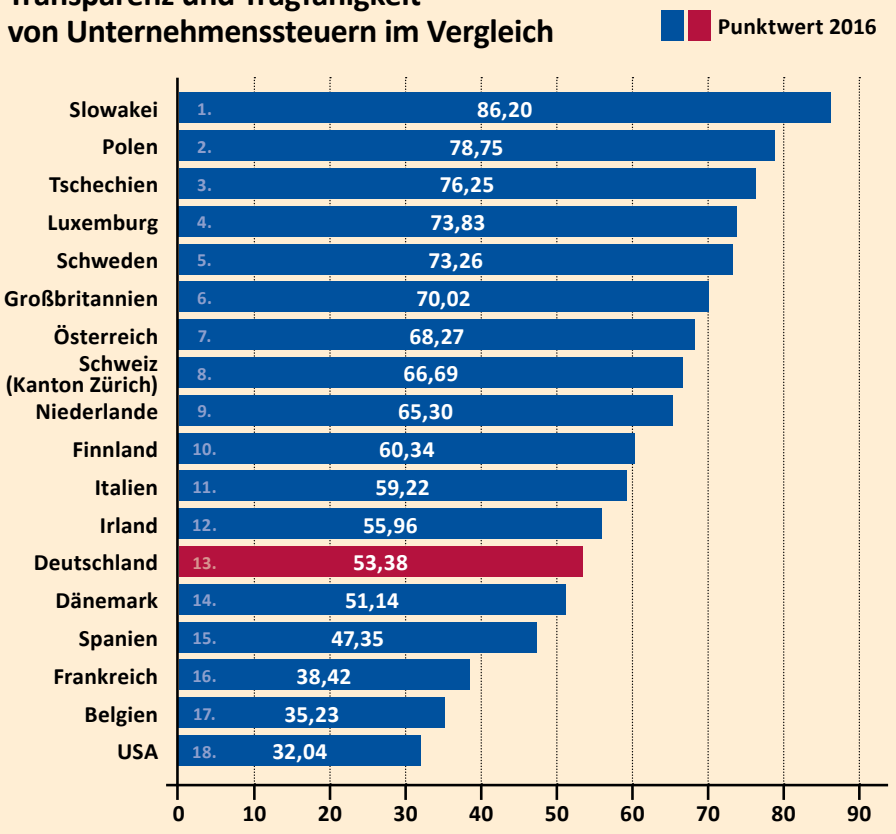
> *„Die Parteien können das Vertrauen der Wirtschaft nur gewinnen, wenn sie konsequent umsetzen, was sie angekündigt haben.“*

Der demografische Wandel, die fortschreitende Digitalisierung und der ansteigende Fachkräftemangel erfordern neue strategische Impulse. Noch immer wartet die Wirtschaft auf ein Zuwanderungsgesetz, das Migration nicht über das Asylsystem, sondern durch Auswahl qualifizierter Bewerber regelt. Viele Industriestandorte befinden sich im ländlichen Bereich. Dort hakt es jedoch am Breitbandausbau, der für die weitere Digitalisierung eine zentrale Bedingung darstellt. Umso unverständlicher ist es, dass Bund, Länder und Kommunen bei der Vergabe von Fördermitteln nicht besser miteinander kommunizieren. Es ist ein politisches Armutszeugnis, dass 2016 Bundeszuschüsse für den Breitbandausbau in Höhe von rund einer halben Milliarde Euro nicht abgerufen worden sind.

Als Viertes schließlich benötigt die künftige deutsche Bundesregierung eine den veränderten

Steuerfreundlichkeit ist ein hohes Gut

Transparenz und Tragfähigkeit von Unternehmenssteuern im Vergleich



Quelle: Länderindex Familienunternehmen, 6. Auflage 2016 | Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) | Infografik: MZ © DER HAUPTSTADTBRIEF 2017

Die Messung der Steuerfreundlichkeit kann Werte zwischen 0 und 100 annehmen. Je höher die Indexwerte sind, desto besser sind die steuerlichen Rahmenbedingungen für Familienunternehmen. Die Gewichtung erfolgt so: Die Steuerbelastung bei nationaler Geschäftstätigkeit bestimmt den Index zu 50 Prozent. Dem Bereich Steuerbelastung im Erbfall wird ein Gewicht von 30 Prozent zugeordnet. Der Bereich steuerlicher Regelungen bei grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit ist mit 10 Prozent berücksichtigt. Ebenfalls mit 10 Prozent Gewicht geht die „Komplexität des Steuersystems" in die Berechnung ein. Deutschland liegt in puncto Steuerfreundlichkeit auf Rang 13 von 18 ausgewählten Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Verhältnissen angepasste neue Europa-Strategie. Für die politischen Vertreter der Staaten aus dem „Club Med" ist die europapolitische Richtung klar: Sie verlangen mehr Vergemeinschaftung, um hieraus materielle Vorteile zu ziehen. Deutschland spielt auf Zeit, besitzt jedoch leider keinen wirksamen Kompass, um sich den Forderungen aus dem Süden energisch entgegenzustellen. Der deutsche Widerstand gegen die ultralockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist weder stark noch nachhaltig genug. Dass diese Haltung unserer Regierung die Zustimmung zur Europäischen Union gefährdet, liegt auf der Hand. Sparer und Versicherungsnehmer fühlen sich zu Recht düpiert.

Doch für den bevorstehenden Wahlkampf ist eines klar: Die Parteien müssen zu europapolitischen Themen ihrer Klientel reinen Wein einschenken. Dies bietet zugleich die Gelegenheit, die bevorstehende Bundestagswahl zu einem Plebiszit für die dringend erforderliche Reform der Europäischen Union zu nutzen.

Der Rückenwind, den die Ökonomen derzeit noch prognostizieren, bietet die große Chance, Deutschland auf eine bessere Zukunft vorzubereiten. Versäumen die Parteien es jedoch, zügig nach der Stirnlocke des griechischen Gottes Kairos zu greifen, so wächst die Gefahr, dass unser Land auch in der nächsten Legislaturperiode weiter so dahindümpelt, wie dies in den letzten vier Jahren geschehen ist. ◆

Die Stiftung Familienunternehmen, deren Vorstandsvorsitzender unser Autor Prof. Brun-Hagen Hennerkes ist, verfolgt drei wesentliche Ziele: Förderung des Austausches von Familienunternehmern, Unterstützung von Forschungsaktivitäten und -institutionen, die sich mit diesem besonderen Unternehmenstypus befassen, und die Wahrnehmung der Familienunternehmen in Politik und Öffentlichkeit. Mehr unter: www.familienunternehmen.de

ZEW

Prof. Dr. Friedrich Heinemann leitet den Forschungsbereich Öffentliche Finanzwirtschaft am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim und lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg. Für den HAUPTSTADTBRIEF erläutert er, warum das neue Finanzausgleichssystem zwischen Bund und Ländern auf eine deutliche Schwächung des Föderalismus hinausläuft – und der internationalen Glaubwürdigkeit Deutschlands schaden wird.

Ein Sargnagel für den deutschen Föderalismus

Der neue Länderfinanzausgleich lässt eine Chance zu Reformen ungenutzt und begünstigt stattdessen politische Verantwortungslosigkeit | Von Friedrich Heinemann

Der Föderalismus beschert Deutschland 16 Landesregierungen – mit zahlreichen Posten, hohen Einkommen und viel Prestige. Dieser Aufwand kann durchaus eine Berechtigung für das Gemeinwohl haben. Ein föderales System bietet im Vergleich zum Zentralstaat gewaltige Chancen: Politik kann näher an den Präferenzen der Bürger erfolgen. Gerade im Zeitalter des Populismus ist die föderale Absage an die Allmacht der nationalen Hauptstadt von großer Bedeutung.

Eine Regierung „um die Ecke“ – ob in Düsseldorf, München oder Schwerin – steht im Vergleich zum fernen Berlin weniger im Verdacht, sich nur um eine vom Leben der Bürger abgekoppelte Elite zu kümmern. Umso tragischer ist es, dass die 16 Regierungschefs nun fest entschlossen sind, einen großen Schritt in Richtung Zentralismus zu tun und den deutschen Föderalismus weiter auszuhöhlen. Denn genau dies ist die Folge der Grundsatzeinigung von Bund und Ländern zum neuen Finanzausgleichssystem vom 14. Oktober 2016.

Ausgangspunkt der Verhandlungen war das Auslaufen des aktuellen Finanzausgleichsgesetzes zum Jahresende 2019. Außerdem wird die Schuldenbremse mit dem Jahr 2020 für die Bundesländer voll wirksam. Die Länder sind dann grundgesetzlich zum Ausgleich ihres Budgets verpflichtet. Defizite sind nur noch im Konjunkturabschwung erlaubt, denen im Aufschwung spiegelbildliche Überschüsse gegenüberstehen müssen. Schon heute haben die Länder auf der Einnahmeseite einen sehr geringen Bewegungsspielraum. Die einzige Steuer von einigem Gewicht, welche die Länder autonom bestimmen dürfen, ist die Grunderwerbsteuer. Wenn ab 2020 – aus guten Gründen – Haushaltsdefizite untersagt sein werden, verlieren die Länder den letzten nennenswerten Spielraum bei den Einnahmen.

> *„Was auf den ersten Blick wie ein Sieg für die Länder aussieht, ist nichts anderes als eine Niederlage für den Föderalismus.“*

Aus diesem Blickwinkel hätte die nötige Reform die Chance geboten, die föderale Eigenverantwortung der Länder durch eine höhere Steuerautonomie auszubauen. Schon seit Jahrzehnten hat die finanzwissenschaftliche Forschung immer wieder Modelle erarbeitet, die den Ländern in bestimmten Grenzen das Recht zur autonomen Steuersetzung eröffnen. Beispielsweise wäre es denkbar, dass Länder ein eigenes Zuschlagsrecht auf die bundesweite Einkommensteuer erhalten. Solche Modelle sind in anderen föderalen Staaten wie der Schweiz oder den USA seit

PICTURE ALLIANCE/DPA/KAY NIETFELD

Gute Laune über den neuen Finanzausgleich: Olaf Scholz (Hamburg), Horst Seehofer (Bayern) und Malu Dreyer (Rheinland-Pfalz) am 14. Oktober 2016 im Bundesrat. Dass die Grundsatzeinigung den Ländern die finanzielle Autonomie nimmt und auf eine Aushöhlung des Föderalismus hinausläuft, scheint die Länderchefs nicht zu verdrießen.

langem erprobt und funktionieren gut. Schweizer Kantone oder US-Bundesstaaten haben ein eigenes Recht zur Einkommensbesteuerung bei landesweit einheitlicher Bemessungsgrundlage.

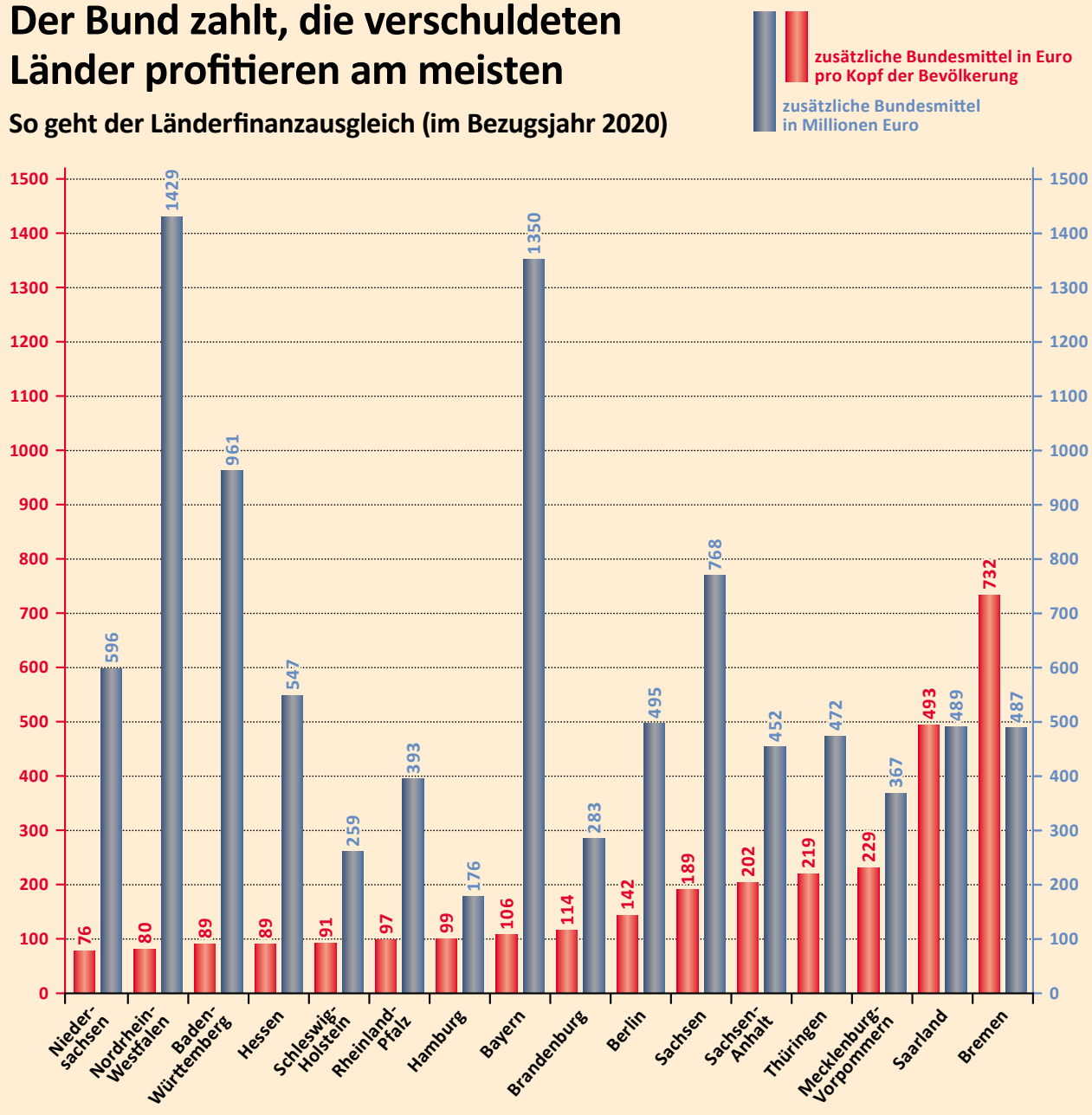
Der jetzt erzielte Bund-Länder-Kompromiss vergibt die Chance solcher wegweisenden Reformen. Die Absage an jegliche weitere Steuerautonomie ist dabei nur einer von verschiedenen Schwachpunkten der Reform. Hinzu kommt eine gänzlich neue und problematische Organisation des Ausgleichs zwischen reichen und armen Ländern. Haben reichere Bundesländer bislang im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs sichtbar Verantwortung für ärmere Bundesländer übernommen, so entfällt dieser horizontale Ausgleich in Zukunft vollständig. Er wird ersetzt durch ein so genanntes „vertikales Ausgleichsmodell“. Eine erste Ausgleichsstufe erfolgt bei der anfänglichen Verteilung der Umsatzsteuer auf die Länder, wo ärmere Länder einen überproportionalen Anteil erhalten. Die zweite Ausgleichsstufe wird durch Zuweisungen des Bundes an die Länder organisiert. In besonderer Weise profitieren dabei die überschuldeten Länder Bremen und das Saarland.

Das neue vertikale Modell heißt im Klartext nichts anderes als: Der Bund zahlt. Denn für die Länder hat dieser „Kompromiss“ in Wahrheit keinerlei Kompromissbereitschaft nötig gemacht. Alle 16 Länder erhalten mehr Geld, sogar Länder wie Baden-Württemberg und Bayern profitieren in einer Größenordnung von 90 bis 100 Euro pro Kopf ihrer Bevölkerung (siehe Infografik). Die Rechnung zahlt der Bund mit knapp 10 Milliarden Euro pro Jahr.

Was auf den ersten Blick wie ein Sieg für die Länder aussieht, ist nichts anderes als eine Niederlage für den Föderalismus. Die Länder geraten mit dem neuen System ab 2020 in die vollständige finanzielle Abhängigkeit vom Bund. Auch mit diesem neuen, vom Bund zu finanzierenden Ausgleichsmodell bleibt es bei einer fast vollständigen Angleichung der Finanzkraft zwischen den Bundesländern. In fiskalischer Hinsicht markiert diese Reform im Grunde daher nicht weniger als das Ende des föderalen Systems in Deutschland.

Der Bund zahlt, die verschuldeten Länder profitieren am meisten

So geht der Länderfinanzausgleich (im Bezugsjahr 2020)



Quelle: Beschluss Bund-Länder-Konferenz vom 14. Oktober 2016 | Infografik: MZ © DER HAUPTSTADTBRIEF 2017

Das neue Modell des Länderfinanzausgleichs bedeutet im Klartext: Der Bund zahlt drauf. Alle 16 Länder erhalten mehr Geld. Große, bevölkerungsreiche Länder wie Bayern profitieren immerhin mit etwa 100 Euro pro Einwohner und Jahr. Die wirklichen Gewinner aber sind die kleinen – und am stärksten verschuldeten – Länder wie das Saarland und Bremen. Die jährliche Zusatzleistung, die mit der Neuregelung in den Stadtstaat fließt, liegt pro Kopf beim Zehnfachen des Zusatzbetrags für Niedersachsen. Die Rechnung zahlt der Bund, insgesamt knapp 10 Milliarden Euro pro Jahr ab 2020.

Aber nicht die Lastverschiebung auf den Bund, der in den Verhandlungen gegen 16 Länder letztlich am kürzeren Hebel saß, ist das zentrale Problem dieses Kompromisses. Wirklich fatal ist, dass die Verantwortungslosigkeit von Landespolitikern für die Steuerlast der Bürger auf Dauer festgeschrieben wird. Hier besteht im deutschen Föderalismus schon lange eine gefährliche Asymmetrie. Landespolitiker können sich ihren Wählern gegenüber auf der Ausgabeseite profilieren, tragen aber kaum eine sichtbare Verantwortung für die Steuerbelastungen der Bürger. Die Finanzierung von Länderausgaben erfolgt aus einem denkbar intransparenten bundesweiten Finanzierungstopf. Diese Konstruktion erklärt, warum in Landtagswahlkämpfen eigentlich immer nur höhere Leistungen („mehr Lehrer", „mehr Polizisten", „kostenlose Kitas") gefordert werden, ohne den Folgen für die Steuerbelastung irgendeine Beachtung zu schenken.

„Fatal ist, dass die Verantwortungslosigkeit von Landespolitikern für die Steuerlast der Bürger auf Dauer festgeschrieben wird."

Diese institutionalisierte Verantwortungslosigkeit wird durch den neuen Kompromiss weiter gesteigert. Bislang waren es immerhin unter den Ländern noch die Zahler, die den Finger in die Wunde schlechter Haushaltspolitik gelegt haben. In Zukunft werden sich Länder wie Bayern, Baden-Württemberg oder Hessen aber überhaupt nicht mehr für mögliches exzessives Ausgabeverhalten in anderen Ländern interessieren. Denn mit dem neuen vertikalen Modell muss nur noch der Bund die sichtbaren Folgen tragen.

Angesichts dieses Befundes stellt sich die Frage, warum sich die Länderchefs eigentlich für eine Reform aussprechen, die ein weiterer Sargnagel für den Föderalismus ist. Die Antwort ist wenig schmeichelhaft für die Weitsicht und Verantwortungsbereitschaft der heutigen Landesfürsten: Ganz offenbar sind diese Regierenden überhaupt nicht willens, dem Wähler gegenüber Verantwortung für die Besteuerung zu übernehmen. Die fiskalische Entmachtung der Landesebene erscheint sehr verlockend. Es ist bequem, wenn Fehler der eigenen Politik keine fiskalischen Konsequenzen haben können. Und genau das wird immer mehr die Welt der Landtage und Ministerpräsidenten ab 2020 sein. Die Finanzausstattung des Landes bleibt entkoppelt von der Leistung der eigenen Wirtschaftspolitik. Nicht einmal werden die Länder künftig länger in die Gruppen der Zahler und Empfänger eingeteilt werden, sodass auch dieses öffentliche Stigma als mögliche Sanktion für Fehlleistungen entfällt. Und steigende Ausgaben müssen künftig letztlich vom Bund refinanziert werden, zumindest dann, wenn man sich mit diesen Ausgabensteigerungen in guter Gesellschaft der Kollegen in den anderen Ländern befindet.

Wird diese Grundsatzeinigung im Gesetzgebungsverfahren nicht noch korrigiert – was angesichts des großen Konsenses aller Parteien unwahrscheinlich ist – hat dies auf Dauer weitere Konsequenzen. Erstens schadet diese Reform der Glaubwürdigkeit Deutschlands in europäischen Verhandlungen. Denn es ist hochgradig widersprüchlich, dass Deutschland im Inneren ein Modell der radikalen Transferunion vorantreibt, das es für die Eurozone aber kategorisch ablehnt. Zweitens dürfte sich für die Wähler nach dieser 2020er-Weichenstellung die Frage aufdrängen, wozu wir uns in Deutschland eigentlich noch den Luxus von 16 Landesregierungen leisten. Denn wenn diese ohnehin nur noch statusverliebte, aber machtlose Rädchen in einem finanziell zentralisierten Staat sind, dann ließe sich hier auf Dauer eigentlich viel Geld sparen. ◆

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), an dem unser Autor Friedrich Heinemann den Forschungsbereich Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft leitet, ist eines der führenden europäischen Wirtschaftsforschungsinstitute. Mehr über die Arbeit des ZEW unter www.zew.de

LUDWIG VON MISES INSTITUTE

Prof. Dr. Philipp Bagus lehrt Volkswirtschaft an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid. Der Geld- und Konjunkturtheoretiker legte bereits 2011 seine grundlegende Studie *Die Tragödie des Euro. Ein System zerstört sich selbst* vor. Für den HAUPTSTADTBRIEF bewertet er die im Dezember 2016 vom italienischen Parlament bewilligte Bereitstellung von Mitteln zur Bankensanierung als das, was sie ist: ein Rechtsbruch, der Einstieg in den Ausstieg aus der gerade einmal ein Jahr alten EU-Richtlinie zur Bankenabwicklung – und Vorreiter weiterer Krisen.

Die europäischen Partner beugen das Recht

Kaum ist die Tinte auf der europäischen Abwicklungsrichtlinie für die Bankensanierung trocken, da schummelt man sich in Italien bereits darum herum | Von Philipp Bagus

Eigentlich hatte die Politik aus der Finanzkrise lernen wollen: Die Rettung von Finanzinstituten auf Kosten der Steuerzahler („Bail-out“) sollte der Vergangenheit angehören. Denn die Aussicht auf Staatsrettung fördert fatale Anreize. Wer sich der Gewinne erfreuen kann, wenn er richtig liegt, die Verluste jedoch auf andere abwälzen kann, wenn er auf das falsche Pferd setzt, der wird ein überhöhtes Risiko eingehen – Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste verleiten zu Verantwortungslosigkeit und gefährden die Marktwirtschaft. Dessen ungeachtet gab am 22. Dezember 2016 das italienische Parlament grünes Licht für die Bereitstellung von bis zu 20 Milliarden Euro, um italienische Banken zu sanieren. Allein die Pleitebank Monte dei Paschi di Siena soll nach Schätzungen der Europäischen Zentralbank (EZB) 8,8 Milliarden Euro frisches Kapital benötigen.

> *„Die Rettung von Banken auf Kosten der Steuerzahler (Bail-out) sollte eigentlich der Vergangenheit angehören.“*

Zur Erinnerung: Deutschland hatte sich lange gegen die Bankenunion gesträubt, die letztlich auf eine Sozialisierung der Risiken und Verluste von Banken hinausläuft und das Anzapfen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ermöglicht, und wollte gesetzlich in Form einer europäischen Abwicklungsrichtlinie (Bank Recovery and Resolution Directive, kurz BRRD) verankert wissen, dass vor dem Anzapfen des ESM zuerst die Anteilseigner und Gläubiger einer Pleitebank herangezogen werden („Bail-in“). Die Verluste treffen dann zuerst diejenigen, die in die Bank investiert hatten, statt unbeteiligte Steuerzahler.

Bei einem Bail-in kommt es typischerweise zu einer sogenannten Haftungskaskade. Zunächst verlieren die Aktionäre der Bank. Dann kommen nachrangige Verbindlichkeiten an die Reihe, sie werden in Aktien umgewandelt oder abgeschrieben. Wenn das nicht zur Rekapitalisierung ausreicht, werden als Nächstes nichtnachrangige Verbindlichkeiten eingesetzt. Falls das immer noch nicht genügt, kommen am Schluss die Einlagen der Kontoinhaber an die Reihe, wobei in der EU dabei nur Einlagen über 100 000 Euro herangezogen werden.

Das deutsche Interesse an der Bail-in-Option kam nicht von ungefähr. Denn ein Bail-out bekommt auf europäischer Ebene eine pikante Note. Zapft beispielsweise Griechenland den ESM an, um seine Banken zu rekapitalisieren, dann haften indirekt die deutschen Steuerzahler für die Misswirtschaft griechischer Finanzinstitute. Mit der Abwicklungsrichtlinie BRRD wollte die deutsche Politik verhindern, dass deutsche Steuerzahler zur Sanierung von Banken in den Südstaaten der EU belangt werden können.

PICTURE ALLIANCE/MATTIA SEDDA/EPA FILE/DPA

Ehrwürdiges Portal und nichts dahinter. Die Banca Monte dei Paschi di Siena gilt als die älteste Bank der Welt. Sie ist das drittgrößte Kreditinstitut Italiens – und seit Jahren eine Pleitebank. Ihre Rettung wird mindestens 8 Milliarden Euro kosten. Ende 2016 gab das italienische Parlament Mittel für die Sanierung dieser und weiterer italienischer Banken frei – in lässiger Umgehung der EU-Richtlinie zur Bankenabwicklung und stattdessen nach der überwunden geglaubten Bail-out-Methode, die andere dafür zahlen lässt.

Die Abwicklungsrichtlinie BRRD ist tatsächlich ein Schritt in die richtige Richtung. Leider enthält sie aber zahlreiche Ausnahmen vom Bail-in-Prinzip. So werden beispielsweise besicherte Verbindlichkeiten und Interbankverbindlichkeiten mit einer Laufzeit von unter 7 Tagen von einem Bail-in ausgenommen. Bedauerlich auch: Lediglich 8 Prozent der Bilanzsumme müssen durch einen Bail-in aufgebracht werden. Falls diese 8 Prozent nicht ausreichen, sollen bis zu 5 Prozent aus dem noch im Aufbau befindlichen Abwicklungsfonds kommen, in den alle Banken einzahlen – und der damit eine Sozialisierung der Risiken auch über Landesgrenzen hinweg bedeutet. Der zur Bankenrettung benötigte Rest darf aus öffentlichen Geldern wie dem ESM fließen. Der Bail-out bleibt damit als Ultima Ratio, nachdem alle anderen Optionen ausgeschöpft sind. Soweit die seit dem 1. Januar 2016 geltende EU-Richtlinie zur Bankenabwicklung.

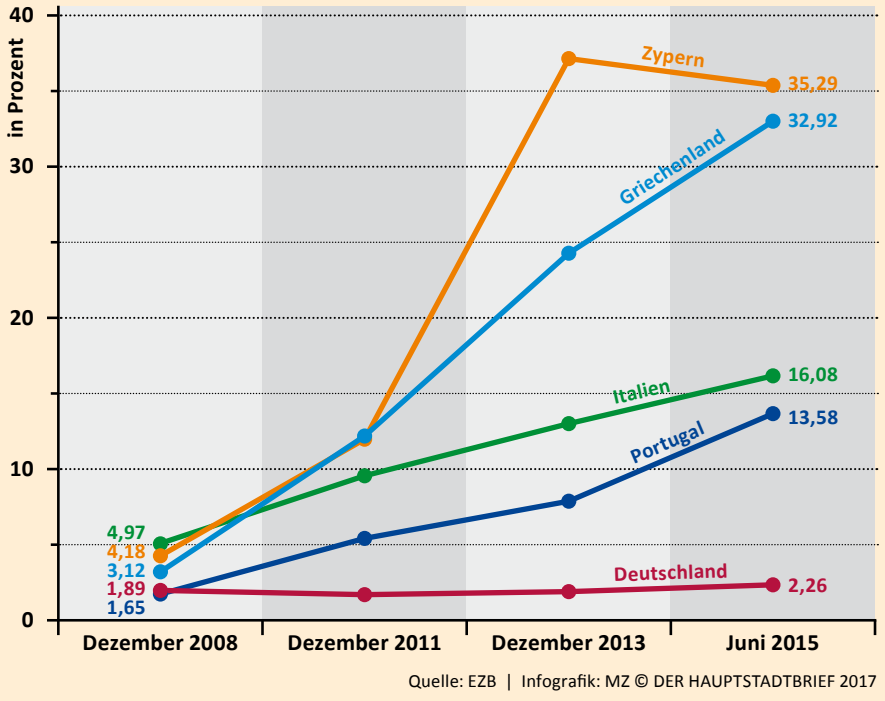
Im nun vorliegenden Fall der italienischen Bankensanierung wurden jedoch nicht einmal die vorgesehenen 8 Prozent der Bilanzsumme mittels Bail-in aufgebracht. Trotzdem soll die Krisenbank Monte dei Paschi jetzt Steuergelder bekommen. Die italienische Regierung möchte sich hier eine Ausnahmeregelung zunutze machen. Demnach ist ein vorbeugender Bail-out möglich, wenn er prinzipiell solventen Banken zugutekommt und außerdem dazu geeignet ist, schwere Störungen des Finanzsystems abzuwenden.

Über den Sinn dieser Ausnahme lässt sich streiten. Denn wenn eine Bank prinzipiell solvent ist, warum besorgt sie sich nicht selbst Geld am Kapitalmarkt? Eine solvente Bank braucht keine staatliche Unterstützung. In der Tat scheiterte Monte dei Paschi bei dem Versuch, frisches Kapital von privaten Anlegern zu besorgen. Die Marktteilnehmer betrachten die Bank also nicht als solvent genug, um ihr Kapital zur Verfügung zu stellen – solvent ist die Bank nur in den Augen der regierenden Politiker in Rom.

Nach dem Verletzen der Maastricht-Regeln, des Fiskalpakts und des Verbots der Staatsfinan-

Die notleidenden Kredite des Südens

Die faulen Kredite anderer wachsen Deutschland über den Kopf



Quelle: EZB | Infografik: MZ © DER HAUPTSTADTBRIEF 2017

Der Anteil der notleidenden Kredite am Gesamtvolumen der ausgereichten Bankdarlehen ist in den Südstaaten der EU deutlich höher als in Deutschland, wo gerade mal 2,26 Prozent aller Kredite faul sind, also von den Banken am Ende als Verlust abgeschrieben werden müssen. Zu Beginn der Finanzkrise lagen die Länder noch gleichauf. Dank Bankenunion haften die deutschen Steuerzahler für die kommenden Verluste der Hasardeure.

zierung durch die EZB kommt es mit der italienischen Entscheidung vom Dezember 2016 also erneut zu einem Rechtsbruch – und das, bevor die Tinte auf dem Papier der Abwicklungsrichtlinie richtig getrocknet ist. Und wieder bekommt die deutsche Europapolitik die Quittung für ihre Blauäugigkeit. Die deutsche Regierung ist offenbar wider besseres Wissen noch immer der Meinung, sie habe es bei den entsprechenden Verhandlungen mit sich treu an Verträge haltenden Partnern zu tun – die in Wirklichkeit aber unverfroren opportunistisch geltendes Recht beugen und brechen, wenn und so oft sie wollen.

Die deutsche Politik ließ sich auf die Bankenunion und das Bereitstellen von ESM-Geldern als letzte Option ein, weil sie davon ausgehen wollte, dass sich alle an die Abwicklungsregeln halten würden. Einigen europäischen Regierungen sind aber die Interessen ihrer Wähler stets wichtiger als Verträge. So will sich die Regierung in Rom im Falle von Monte dei Paschi schützend vor die italienischen Sparer stellen. Laut dem Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel handelt es sich bei den Privatkunden, die italienische Bankanleihen halten, in der Hauptsache um die 10 Prozent der reichsten italienischen Haushalte. Der Schutz dieser Anleger geht auf Kosten anderer, die durch die Rettungspolitik Schaden nehmen, vor allem Sparer und Geldnutzer in der Eurozone. Und die sind in der Mehrzahl Nichtitaliener – und damit aus Sicht der italienischen Politik Nichtwähler, deren Interessen wenig zählen.

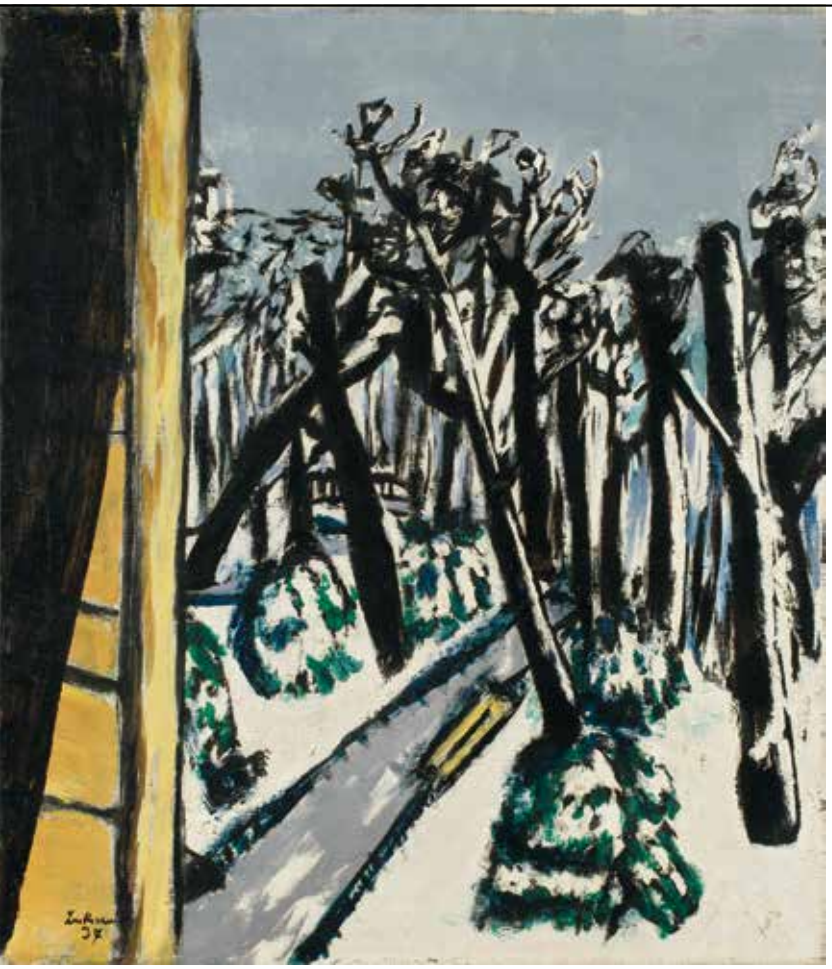
Nach dieser Logik verdient der deutsche Sparer, der durch die Nullzinspolitik der EZB geschädigt wird, in den Augen der italienischen Politik weniger Schutz als ein Investor von Monte dei Paschi. Und diese Logik ist die alles bestimmende: Seit Jahren fährt die EZB eine Geldpolitik, die Bankinvestoren und Staaten nützt und den Sparern schadet. Wenn Rom 20 Milliarden Euro zu Sanierung des italienischen Bankensystems bereitstellt, dann zahlen das nicht die Italiener in Form einer Steuererhöhung. Die italienische Regierung gibt stattdessen neue Staatsanleihen im Wert von 20 Milliarden Euro aus, die sie an ihren Landsmann, den EZB-Präsidenten Mario Draghi, verkauft – der seinerseits für den Ankauf neues Geld schafft. Auf diese Weise rettet Rom die italienischen Banken, die ihrerseits in italienischen Staatspapieren investiert sind.

Heute benötigen die regierenden Politiker in Rom nicht mehr den ESM, um die italienischen Banken aufzupäppeln – Nullzinsen und EZB-Staatsanleihenkäufe haben dafür gesorgt. Die deutsche Politik hat sich hier gründlich und fatal verrechnet. Sie hatte nicht bedacht, dass die EZB in die Staatsfinanzierung einsteigen und so den ESM überflüssig machen würde. Diese politische Fehleinschätzung bezahlen die Sparer und Geldnutzer teuer. Sparanlagen werfen immer weniger ab. Der Wert des Euros fällt.

Das Vorgehen des italienischen Parlaments vom Dezember 2016 ist deshalb nicht als ein weiterer der vom südlichen Nachbarn bekannten zum Teil bizarren politischen Winkelzüge zu betrachten, es hat eine weitreichende, europäische Dimension: Ein Dammbruch ist zu befürchten. Viele Banken in Italien, Griechenland, Portugal oder Zypern befinden sich in einer ähnlichen Situation wie Monte dei Paschi. Allein die italienischen Banken sollen für etwa 360 Milliarden Euro faule Kredite in den Büchern haben. Monte dei Paschi war eine Bewährungsprobe für die Abwicklungsrichtlinie BRRD – und sie hat sie nicht bestanden.

Fazit: Das Vorgehen Roms bedeutet das Ende des Bail-in-Prinzips in der EU. Banken können weiterhin darauf vertrauen, dass ihre Risiken im Notfall von europäischen Steuerzahlern, Sparern und Geldnutzern übernommen werden. Der Versuch, marktwirtschaftliche Prinzipien im Finanzsektor einzuführen, ist gescheitert. Neue Krisen sind programmiert. ◆

Am 20. März 2017 wird das neue Buch unseres Autors Philipp Bagus erscheinen, entstanden in Zusammenarbeit mit Andreas Marquart und mit einem Vorwort von Roland Tichy: *Wir schaffen das – alleine!* FinanzBuch Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH. 120 Seiten, Hardcover 14,99 Euro, Kindle Edition 11,99 Euro. www.m-vg.de



Max Beckmann. „Tiergarten im Winter". 1937. Öl auf Leinwand. 75 × 65 cm. Göpel 456.
© VG Bild-Kunst, Bonn 2017. Schätzpreis EUR 700.000–1.000.000

Frühjahrsauktionen in Berlin 31. Mai bis 3. Juni 2017

Wir freuen uns
auf Ihre Einlieferungen!
+49 30 885 915 0

GRISEBACH

Fasanenstraße 25, 10719 Berlin
grisebach.com

PRIVAT

Dr. Wolfgang Glomb ist Mitglied des Kuratoriums des liberalen Thinktanks Institut Thomas More in Paris. Er war bis zu seiner Pensionierung Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen und der seinerzeit zuständige Fachbeamte für die Konzeption und Einführung des Euros. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum 15 Jahre Euro-Bargeldeinführung und 25 Jahre Vertrag von Maastricht Jubiläen sind, die niemand recht feiern mochte.

Beim deutsch-französischen Tandem ist die Luft raus

Zum 15. Geburtstag des Euros als Bargeld ähneln die Gründungseltern der Einheitswährung immer mehr einem ungleichen Paar: Frankreich ist auf dem Weg von der Grande Nation zum Nehmerland, Export-Weltmeister Deutschland soll von seinem Reichtum großzügig abgeben und will nicht recht | Von Wolfgang Glomb

Man soll die Feste feiern, wie sie fallen – dies setzt allerdings voraus, dass es etwas zu feiern gibt. Bei zwei Jubiläen in diesem Jahr 2017 blieb es merkwürdig still: 15 Jahre ist es her, dass die europäische Gemeinschaftswährung Euro am 1. Januar 2002 als Bargeld eingeführt wurde. Und 25 Jahre, dass der Vertrag von Maastricht am 7. Februar 1992 vom Europäischen Rat unterzeichnet wurde. Mit dem Vertrag von Maastricht hatte die Europäische Union (EU) die Einführung des Euros beschlossen. Ein Doppeljubiläum also, aber nach einem Festakt stand niemand der Sinn, nicht in Paris, nicht in Berlin. In den Hauptstädten der beiden Länder, die seinerzeit die Protagonisten der Einheitswährung waren, übergingen die heute Verantwortlichen das Jubiläum mit Schweigen.

> *„Mit dem Vertragswerk von Maastricht hatte die deutsche Seite nur einen Pyrrhussieg errungen."*

Die Enttäuschung über das gemeinsame deutsch-französische Projekt des Euros dürfte auf französischer Seite noch stärker ausgeprägt sein als diesseits des Rheins. Der Anstoß zur Ablösung der nationalen Währungen durch eine gemeinsame Währung erfolgte bereits 1987/88 durch Deutschland und Frankreich, koordiniert und beinahe gleichzeitig. Zunächst schlug im Dezember 1987 der damalige französische Finanzminister Édouard Balladur – aus dem Kabinett des konservativen Premierministers Jacques Chirac unter dem sozialistischen Staatspräsidenten François Mitterrand – die Einführung einer gemeinsamen Währung und die Errichtung einer europäischen Zentralbank vor. Wenige Wochen später, im Februar 1988, folgte ein inhaltsgleicher Vorschlag von Hans-Dietrich Genscher – in seiner Eigenschaft als Mitglied des Vorstands der FDP und nicht als Außenminister. Zweifellos dürfte sein Vorstoß mit Bundeskanzler Helmut Kohl, CDU, abgestimmt gewesen sein. Beide sahen in einer gemeinsamen Währung das Vehikel zur politischen Union Europas, wobei wohl auch die Interessen der deutschen Exportwirtschaft eine Rolle gespielt haben.

In Frankreich dagegen war das Motiv, die wirtschaftliche Dominanz Deutschlands und das geldpolitische Joch der Deutschen Bundesbank im Europäischen Währungssystem (EWS) abzuschütteln. Die D-Mark hatte sich nämlich zur stärksten Währung und zum Stabilitätsanker im EWS entwickelt. Jede eigenständige französische, mit der deutschen Finanz- und Geldpoli-

FOTOLIA/NULLPLUS

2017 liegt die Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht 25 Jahre zurück, die darin vereinbarte Bargeldeinführung des Euros ist 15 Jahre her. Sorgloses innereuropäisches Reisen ohne Grenzkontrollen und Währungsumrechnung ist seither Selbstverständlichkeit für Jung und Alt. Die EU-Bürger schätzen das zu Recht. Aber die Einheitswährung hat einen Preis, der erst noch zu zahlen sein wird. Die Paris-Reisenden ahnen davon nichts, für sie zählt das Selfie mit Eiffelturm.

tik nicht konvergierende Politik wurde von den Finanzmärkten mit Wechselkursabwertungen, Währungsreserveverlusten und Anpassungen der Leitkurse bestraft. Ständige Wechselkursabwertungen oder eine strikte Konvergenzpolitik mit dem deutschen Nachbarn war für die Grande Nation jedoch keine Option. Der monetäre Vorstoß Frankreichs ist deshalb anders als in Deutschland weniger im Motiv zur europäischen Einigung denn vielmehr in dem Wunsch zu sehen, die geldpolitische Hegemonie Deutschlands und der Deutschen Bundesbank zu brechen.

Der Zeitpunkt für die Aktion war von dem Taktiker Genscher geschickt gewählt worden. Der im Kabinett Kohl für Währungspolitik zuständige Finanzminister Gerhard Stoltenberg, ein erklärter Gegner einer übereilten monetären Integration, konnte gegen diesen Affront keinen Widerstand leisten. Er war durch die sogenannte Barschel-Affäre vom Herbst 1987 politisch angeschlagen. Viele vertreten deshalb heute die Auffassung, ohne diese Affäre wäre die Euro-Einführung anders verlaufen – ja, unter Umständen sogar nie erfolgt.

Bei der Anfang 1991 einsetzenden Regierungskonferenz der EU-Finanzminister über die Einführung des Euros konnte die deutsche Seite praktisch alle ihre Positionen durchsetzen, nicht zuletzt dank der zahlreichen Konzessionen Frankreichs an die deutsche Adresse. Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass das Vertragswerk von Maastricht zweifellos deutsche Handschrift trägt und dass die stabilitätspolitischen Grundvorstellungen deutscher Provenienz von allen anderen Mitgliedstaaten übernommen wurden. Es hatte nur, außer den Deutschen, niemand die Absicht, sich daran zu halten.

Mit der tatsächlichen Ablösung der D-Mark durch den Euro als Bargeld 2002 musste man auf deutscher Seite deshalb alsbald zur Kenntnis nehmen, dass es sich um einen Pyrrhussieg gehandelt hatte. Bei der konkreten Anwendung des Gemeinschaftsrechts wurden im Laufe der Zeit praktisch alle deutschen Stabilitätsvorstellungen über den Haufen geworfen – durch Fehl- oder Neuinterpretationen und offene Rechtsbrüche, häufig sogar mit stillschweigender Duldung der jeweiligen deutschen Bundesregierung.

„Not kennt kein Gebot“ ist längst das Leitmotiv der Europolitiker geworden. Der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo) Clemens Fuest konstatiert Mitte 2016 insgesamt 165 Verletzungen des Stabilitätspaktes (davon 51 rezessionsbedingt erlaubte und 114 unerlaubte, siehe Infografik) und drängte auf veränderte Mechanismen, um die anhaltenden Verbotsverstöße zu unterbinden. Zentrale Regeln des Vertrages sind Makulatur geworden. Die EU ist keine verlässliche Rechtsgemeinschaft mehr. Damit ist der Konvergenzansatz von Maastricht letztlich gescheitert. Dies ist der eigentliche Grund für die Euro-Schuldenkrise – und nicht wie oft behauptet ein Konstruktionsfehler bei der Konzipierung der europäischen Währungsunion.

An der Spitze der Vertragsverletzer steht neben Griechenland und Italien, die seinerzeit noch nicht einmal die Konvergenzkriterien für den Eintritt in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) erfüllt hatten, unser Nachbar Frankreich. Nicht ohne Grund wird „Maastricht“ in Frankreich – etwa vom früheren Chefredakteur des Figaro, Franz-Olivier Giesbert – in Bezug auf Deutschland ein „Versailles ohne Krieg“ genannt. Bekanntlich wurden vor fast 100 Jahren mit dem Vertrag von Versailles der Erste Weltkrieg völkerrechtlich beendet und die Reparationen des Deutschen Reiches an die Siegermächte festgelegt – er zählt zu den am heftigsten angefeindeten Dokumenten des 20. Jahrhunderts. Vom sozialdemokratischen Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann ist der Satz überliefert: „Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?“

> *Im Laufe der Zeit wurden praktisch alle deutschen Stabilitätsvorstellungen über den Haufen geworfen.*

Heute dürfte „Versailles ohne Krieg“ nicht nur als Synonym für die Schwächung der finanziellen Ressourcen Deutschlands stehen, sondern und vor allem für den französischen Wunsch nach Abbau der wirtschaftlichen Dominanz und geldpolitischen Hegemonie Deutschlands in der Eurozone, um seinen elitären Anspruch, eine Grande Nation zu sein, nicht begraben zu müssen. Dabei schließt sich Frankreich mehr und mehr den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der mediterranen Schuldnerstaaten an. Nicht ohne Grund nimmt der französische Staatspräsident an den neuerdings regelmäßigen Treffen der Regierungschefs der „Club-Med-Länder“ teil. Das einst verlässliche deutsch-französische Tandem verflüchtigt sich zu einer nostalgischen Fiktion.

Frankreich gilt heute als der „kranke Mann“ der Eurozone. Fast alle ökonomischen Indikatoren leuchten rot. Besorgniserregend ist der starke Verlust an Wettbewerbsfähigkeit in letzter Zeit – tatsächlich stand Frankreich noch im Jahr 2000 besser da als Deutschland. Im weltweiten Rahmen ist unser Nachbarland inzwischen ins Mittelfeld auf Platz 21 abgerutscht, Deutschland nimmt mit Platz 5 eine Spitzenstellung ein, wie der Wettbewerbsreport 2016/17 des Weltwirtschaftsforums in Davos jüngst festgestellt hat. Im Zuge dieser Entwicklung ist der Beitrag der Industrie zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Frankreich auf 11 Prozent gefallen, in Deutschland liegt er bei 25 Prozent. Frankreich kann nicht mehr beanspruchen, ein Industrieland zu sein. Eine Besserung der Lage ist nicht in Sicht, auch wenn die urdeutsche Firma Opel bald als französisch gelten wird.

Aber auch für Deutschland ist die Euroeinführung keine Erfolgsgeschichte. Der rasante Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses auf den weltweit höchsten Wert von 8 Prozent des BIP reflektiert zwar eine hohe deutsche Wettbewerbsfähigkeit – die allerdings nicht zuletzt Folge des seit Jahren schwachen Euros ist. Deutschland profitiert von einem für das Ausland günstigen Wechselkurs. Zudem ist Deutschland nicht nur Weltmeister im Export von Waren und Dienstleistungen, sondern auch von Kapital in Höhe der Leistungsbilanzüberschüsse. Allerdings nimmt das deutsche Auslandsvermögen nicht in dieser Höhe zu wegen Fehlinvestitionen des

FOTOLIA/ROBERTO SERRATORE

Wer in Rom vor dem Kolosseum in der Sonne sitzt, wird die einstmaligen 10 000-Lire-Scheine nicht vermissen. Der Euro macht das Reisen ins Ausland leicht, aber das Sparen in Deutschland schwer. Die Einheitswährung ist nur um den hohen Preis niedriger Zinsen zu retten – sonst wären die Schuldenstaaten pleite. So trifft es den Biedermann, der den Sparzins abschreiben kann.

Kapitals und wegen Wechselkursanpassungen. Deutschland verschenkt somit einen Teil seiner Leistungsbilanzüberschüsse an das Ausland.

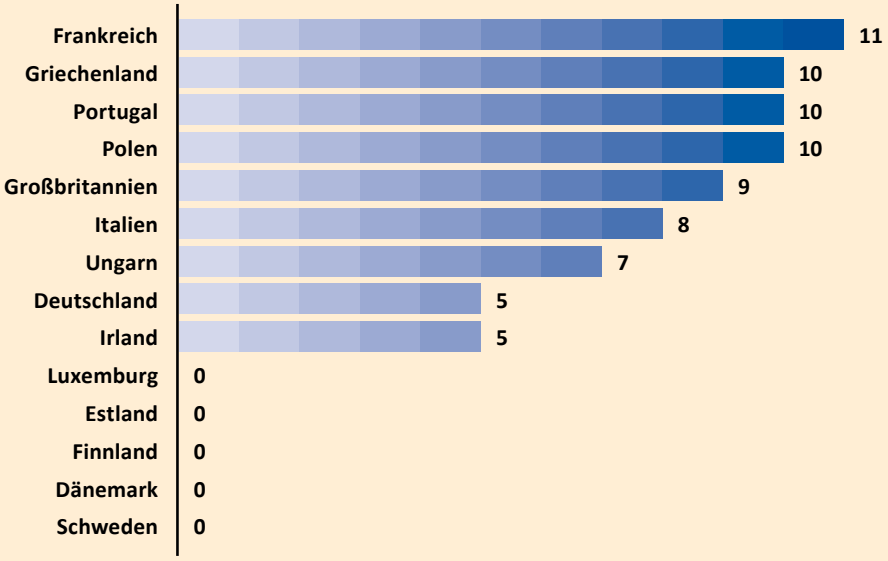
Auch hinsichtlich der Eurorettung erweist sich der französische Vergleich von „Maastricht“ und „Versailles“ und die damit gemeinte finanzielle Schwächung Deutschlands als nicht unbegründet. Von den bisher ausgezahlten Rettungskrediten in Höhe von rund 300 Milliarden Euro haftet Deutschland mit rund 113 Milliarden Euro für deren Rückzahlung – das sind mehr als 80 Prozent der im Bundeshaushalt für das Jahr 2017 geplanten Sozialausgaben. Mit einer Rückzahlung der Kredite an notleidende Eurostaaten rechnet freilich ernsthaft niemand der politisch Verantwortlichen. Die Rückzahlungsfristen sind so drastisch verlängert, für Griechenland beispielsweise um etwa 40 Jahre, und die Schuldzinsen so sehr bis zur Bedeutungslosigkeit gesenkt worden, dass dies de facto bereits einen Schuldenerlass darstellt.

Wenn Deutschland einem Staat wie Griechenland die Schulden erlässt, müssen Deutschlands Steuerzahler für den Verlust einspringen. So fließt der Reichtum der Nation nach andernorts. Dort kann die Defizitpolitik ungebremst fortgesetzt werden. Das gilt auch für das seit 2010 realiter insolvente Griechenland. Ministerpräsident Alexis Tsipras wird weiterhin gefahrlos die von der Eurogruppe geforderten weiteren Haushaltseinschnitte ablehnen können, ohne die in Kürze notwendigen Auszahlungen aus dem dritten Rettungsprogramm zu gefährden. Gerade für die Bundeskanzlerin wäre derzeit ein Zahlungsausfall Griechenlands innenpolitisch katastrophal. Deutschland ist erpressbar geworden.

Für die Haushaltspolitik der Schuldnerländer steht Konsolidierung nun nicht mehr auf der Tagesordnung. Durch das Ankaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) von Staatsanleihen haben sich die Schuldzinsen selbst maroder Euroländer dem Nullpunkt angenähert. Der Disziplinierungszwang der Finanzmärkte über höhere Risikoprämien, sprich Zinsen, ist weitgehend ausgehebelt. Für Konsolidierungspolitik und für strukturelle Reformen besteht kein Druck.

Frankreich ist Vorreiter – bei der Zahl der Vertragsverletzungen

25 Jahre Vertrag von Maastricht, 114 Vertragsverstöße



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts) | Infografik: MZ © DER HAUPTSTADTBRIEF 2017

Die Liste der 114 nicht erlaubten Verstöße gegen die in Maastricht vereinbarte Drei-Prozent-Hürde bei der Neuverschuldung wird angeführt von Frankreich mit 11 Verbotsverstößen, noch vor Griechenland, Portugal und Polen (je 10). Es folgen Großbritannien (9), Italien (8), Ungarn (7) sowie Deutschland und Irland (je 5). Vorbildlich eingehalten wurde das Defizit-Kriterium dagegen in Luxemburg, Estland, Finnland, Dänemark und Schweden mit jeweils 0 Verstößen. Die Zahlen oben aus dem Zeitraum von 1999 bis 2015 sind eine Auswahl und geben nur 75 der 114 nicht erlaubten Verstöße wieder. Darüber hinaus kam es zu weiteren 51 Verstößen, die rezessionsbedingt zulässig waren, in Griechenland etwa 7, in Deutschland 2, in Frankreich 1.

Bei den trotz Zinsverfall weiterhin hohen Schuldenständen der Euro-Südstaaten ist nicht erkennbar, wie eine geldpolitische Normalisierung auf den Weg gebracht werden kann – ohne eine Gefährdung der Kohärenz der Eurozone. Die EZB hat sich selbst in eine Sackgasse manövriert; denn die Euroschuldenkrise ist keineswegs gelöst. Der monetäre Tsunami billigen Geldes hat die Ursachen der Krise lediglich verschüttet. Ohne die Interventionen der EZB wären Staatsinsolvenzen an der Tagesordnung.

Für die Überwindung der Eurokrise existieren bereits so viele Vorschläge, dass man mit ihnen Turnhallen füllen könnte. Im Grundsatz gibt es aber nur zwei Wege. Erstens den Weg nach Maastricht: den Vertrag ernst nehmen, die weitgehende Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik bei einigen fiskalischen Mindestkriterien wiederherstellen. Bei diesem Weg ist jede Haftung anderer Mitgliedstaaten für einzelstaatliches Fehlverhalten anderer Mitgliedstaaten ausgeschlossen. Nationale Souveränität und Vergemeinschaftung der Schulden würden sich wieder grundsätzlich ausschließen. Überschuldete Staaten müssen wieder zahlungsunfähig werden können. In einer solchen Währungsunion – wie sie dem Vertrag von Maastricht zugrunde liegt – wäre die derzeitige Situation nicht vorstellbar, Dezentralisierung und Markt wären die konstituierenden Merkmale.

Angesichts der bereits realisierten Haftungsunion hätte ein solcher integrationspolitischer Rückwärtsgang in Brüssel derzeit keine Chancen. Aber es gibt einen zweiten Weg. Den weg von Maastricht: den Vertrag völlig vergessen. Zur Überwindung der Eurokrise voranschreiten von der Haftungs- in die Transferunion, die wie ein innerdeutscher Finanzausgleich auf Euroländerebene funktionierte. Dazu besteht in den Gläubigerländern, wenigstens in Deutschland, bislang jedoch keine Bereitschaft. Voraussetzung einer solchen Währungsunion wäre überdies ein weitgehender Souveränitätsverzicht der Mitgliedstaaten in der Finanz- und Steuerpolitik, einem Herzstück nationaler Souveränität. Die Verantwortung für die Finanz- und Wirtschaftspolitik muss von der nationalen auf die europäische Ebene verlagert werden. Kontrolle und Haftung

wären dann wieder in einer Hand. Die Bereitschaft dazu wiederum besteht in den Schuldnerländern nicht, schon gar nicht in Frankreich.

Derzeit befindet sich die Eurozone auf einem anderen Weg, einem typisch europäischen: auf dem Weg der Haftungsunion. Haftung und Kontrolle fallen wieder auseinander. Allerdings vollzieht sich der Prozess zur Transferunion in sublimer Form mit euphemistischen Etiketten wie Fiskalunion, europäischer Finanzminister, Eurobonds und dergleichen. Was es schon gibt, ist der bereits in Kraft getretene Abwicklungsfonds als zweite Säule der Bankenunion, bei der insolvenzbedrohte Finanzinstitute mit Mitteln dieses Fonds abgewickelt werden, die unter anderem deutsche Banken beziehungsweise deren Kunden oder Eigentümer finanzieren sollen.

In die gleiche Richtung gehen der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Schaffung einer europäischen Einlagensicherung sowie die von Frankreich geforderte europäische Arbeitslosenversicherung. Für erstere sollen die Kunden deutscher Banken, für die zweite deutsche Arbeitnehmer aufkommen. Nur sind etliche Banken der EU-Südstaaten in prekärerer Lage als die Deutsche Bank, und die Arbeitslosigkeit ist dort vielerorts doppelt oder dreimal so hoch wie in Deutschland. Auf diesem dritten Weg in die Transferunion würden Dutzende und Aberdutzende Milliarden Euro in jedem Jahr aus Deutschland abfließen. Wahrscheinlich hatte Franz-Olivier Giesbert dieses Zukunftsszenario im Kopf, als er von „Maastricht“ als einem „Versailles ohne Krieg“ sprach. Der Reichtum der Deutschen wird angezapft und umverteilt, ohne dass ein einziger Schuss fiele. Nur für die Deutschen wäre „Maastricht“ dann ein Schuss in den Ofen. Wahrscheinlich blieb es deshalb in Paris und Berlin so still bei dem 15. Geburtstag des Euros als Bargeld und dem 25. von Maastricht. ◆

Die Gewinner der GreenTec Awards werden am 12. Mai 2017 in Berlin ausgezeichnet. Ziel der Awards ist es, gemeinsam grüne Projekte zu fördern und dabei im positiven Sinne zum Nachahmen und Mitmachen anzuregen. **www.greentec-awards.com**

Medienpartner: Partnerland: Canada

PICTURE ALLIANCE/REVIERFOTO/DPA

Harald Kujat ist General a.D. der Luftwaffe. Er war von 2000 bis 2002 der 13. Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des Nato-Militärausschusses. Im HAUPTSTADTBRIEF analysiert er die Verschiebung im geopolitischen Parallelogramm der vier großen Kräfte Vereinigte Staaten, Russland, China und Europäische Union und plädiert für eine enge Zusammenarbeit Deutschlands mit den Vereinigten Staaten im Rahmen der Nordatlantischen Allianz.

Die USA und Deutschland sollten der Nato Führung und Richtung geben

Die EU wäre gut beraten, auf Doppelstrukturen zu verzichten und den europäischen Pfeiler in der Nato zu stärken | Von Harald Kujat

Die Annahme, dass der Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Donald Trump eine neue Weltordnung einleiten werde, mag etwas hoch gegriffen sein. Aber seine Politik wird eine neue Dynamik im geopolitischen Parallelogramm der vier großen Kräfte Vereinigte Staaten, Russland, China und Europäische Union auslösen.

Eine mögliche amerikanisch-russische Annäherung löst in Europa bereits Besorgnis aus, obwohl die Haltung des amerikanischen Präsidenten und seiner Minister gegenüber Russland sehr differenziert und nicht ohne Vorbehalte ist. Selbst bei unveränderter Rivalität sind gemeinsame Ansätze zur Lösung der Konflikte in der Ukraine und in Syrien möglich, was zweifellos im europäischen Interesse wäre. Das gilt ebenso für vertrauensbildende militärische Maßnahmen und den Abbau von Spannungen, die seit einiger Zeit wieder vom ständigen Risiko einer militärischen Konfrontation begleitet sind. Auch die Wiederaufnahme ernsthafter Abrüstungsverhandlungen über nuklearstrategische Potentiale und konventionelle Streitkräfte würde sich positiv auf die internationale Lage auswirken. Ein Schulterschluss im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, dem vorrangigen Ziel der neuen amerikanischen Administration, hätte sogar unmittelbare Auswirkungen auf die innere Sicherheit Europas. Die größten Gefahren unserer Zeit können nur durch die beiden Großmächte gebannt werden. Sollten sie gemeinsam Wege aus den Gefahren finden, müsste die Europäische Union ihre Russlandpolitik überdenken.

Jede Veränderung im Machtgefüge des Kräfte-Parallelogramms hat Auswirkungen auf alle Beteiligten. Daher werden die EU und Russland sich darauf einstellen müssen, dass das Spannungspotential zwischen den Vereinigten Staaten und China in der Wirtschaftspolitik wegen der chinesischen Expansion im südchinesischen Meer und einer neuen Zwei-China-Politik der Vereinigten Staaten offensichtlich wächst.

> *„Es spricht viel dafür, die sicherheitspolitische Interessenidentität Europas mit den Vereinigten Staaten in der Nato zu festigen."*

Europa muss sich mehr denn je zwischen den Vereinigten Staaten und Russland behaupten. Großbritanniens Bemühen, die „special relationship" mit den USA wiederzubeleben, fördert das Entstehen einer Unwucht im europäisch-amerikanischen Verhältnis. Andererseits könnte es die Einigung über eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungsidentität der EU erleichtern. Vorausgesetzt es gelingt den Regierungen, Ein-

IMAGO/KAI HORSTMANN

Frieden schaffen mittels Waffen. Der Wunsch der Bürger in der Europäischen Union, auch künftig in Sicherheit zu leben wie in den sieben Jahrzehnten seit 1945, ist groß. Der finanzielle Aufwand dafür hat sich bisher in dauerhaftem Frieden ausgezahlt und wird es weiterhin tun, wenn die Nordatlantische Allianz ihren gemeinsamen Weg fortsetzt.
Im Bild Bundeswehrsoldaten bei einer Wehrübung.

vernehmen über ihre sicherheitspolitischen und geostrategischen Interessen zu erzielen und die zur Durchsetzung notwendigen Mittel zu bündeln: als Gesamtstrategie aus Außenpolitik, Entwicklungspolitik, Rüstungsexport, Rüstungskontrolle und Verteidigung. Die Europäische Union könnte dann zumindest in begrenzter Form auf Krisen und Konflikte an der europäischen Peripherie reagieren, die illegale Migration eindämmen und einen eigenständigen Beitrag zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus leisten.

Für eine umfassende Sicherheit in Europa sind die Vereinigten Staaten jedoch unverzichtbar. Der amerikanische Beitrag in der Nato zur Sicherheit Europas ist größer als der aller europäischen Nato-Mitgliedstaaten zusammen. Auch wenn die Kampftruppen weitgehend abgezogen sind, bleibt die Präsenz amerikanischer Streitkräfte ein wichtiges Element der Abschreckung. Zumal die osteuropäischen Nato-Staaten in ihrer exponierten Lage und der Furcht vor Russland nur der amerikanischen Sicherheitsgarantie vertrauen.

Die Nato bleibt daher die Klammer, die Europa und Nordamerika zu einem gemeinsamen Sicherheitsraum verbindet. Im geostrategischen Kalkül der Vereinigten Staaten spielen die Nato und Europa ebenfalls eine wichtige, wenngleich nicht die vorrangige Rolle. Die nationalen Unified Combatant Commands der Befehlsbereiche Europa (USEUCOM) und Afrika (USAFRICOM) haben ihre Hauptquartiere in Deutschland. Deutschland ist logistische Drehscheibe und Sprungbrett nach Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Italien die logistische Basis für die 6. Flotte. Traditionell ist einer der beiden strategischen Befehlshaber der Nato, der Strategic Commander Operations, Amerikaner.

Es spricht viel dafür, die sicherheitspolitische und strategische Interessenidentität Europas mit

den Vereinigten Staaten in der Nato zu erhalten und zu festigen. Zumal die Nato auch künftig Großbritannien militärisch an Europa bindet. Wollten die Europäer ihre Sicherheit ohne die Vereinigten Staaten gewährleisten, müssten sie ihre finanziellen Aufwendungen für die Verteidigung mehr als verdoppeln. Zum Vergleich: 2016 haben die Vereinigten Staaten nach Nato-Kriterien 664 Milliarden US-Dollar ausgegeben, die europäischen Mitgliedstaaten insgesamt 239 Milliarden. Es ist allerdings fraglich, ob die Europäer überhaupt in der Lage wären, das gesamte Spektrum militärischer Fähigkeiten zu schaffen, die für die Realisierung der aktuellen Nato-Strategie erforderlich wären. Einschließlich einer auch nur annähernd vergleichbaren nuklearstrategischen Komponente sowie eines autonomen europäischen Systems zur Abwehr ballistischer Flugkörper.

Die Europäische Union wäre deshalb gut beraten, auf europäische Doppelstrukturen zu verzichten und den europäischen Pfeiler in der Nato zu stärken. Ohnehin bleibt eine europäische Verteidigungsunion mit einer integrierten europäischen Armee eine Fiktion, solange es keine EU-Regierung gibt. Durch eine engere Zusammenarbeit in der Forschung, Entwicklung und Beschaffung sowie in der Ausbildung könnten jedoch Kosten gespart und die Interoperabilität verbessert werden. Gleichwohl ist eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsaufwendungen unumgänglich. Die Forderung der neuen amerikanischen Administration, die eingegangenen Verpflichtungen im Sinne einer fairen Lastenteilung zu erfüllen, ist nicht neu.

Schon vor Jahren haben die Nato-Mitgliedstaaten zugesagt, 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts für Verteidigung aufzuwenden. Auf den Nato-Gipfeln 2014 und 2016 wurde diese Zusage bekräftigt. Hinzu gekommen ist die Auflage, mehr als 20 Prozent des Verteidigungshaushalts in moderne Ausrüstung zu investieren. 2016 haben nur vier europäische Mitgliedstaaten das 2-Prozent-Ziel erreicht: Estland, Griechenland, Großbritannien und Polen. Deutschland hat dieses Ziel zwar mit 1,19 Prozent verfehlt; für 2017 sind jedoch bereits 1,22 Prozent eingeplant, mit steigender Tendenz bis 2020. Die Vereinigten Staaten geben 3,61 Prozent des Bruttoinlandprodukts für Verteidigung aus und investieren 25,03 Prozent des Verteidigungsbudgets für moderne Ausrüstung.

Seit längerer Zeit wird von deutschen und europäischen Politikern gefordert, dass Deutschland mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen soll. Mehr Verantwortung bedeutet, Führung zu übernehmen und in der Sicherheitsvorsorge ein Beispiel zu geben. Bisher hat die Bundesregierung zwar mehr diplomatische Verantwortung übernommen, doch die Übernahme größerer militärischer Lasten gescheut. In sicherheitspolitischer Hinsicht ist Deutschland noch immer nicht über den begrenzten internationalen Gestaltungsanspruch der früheren Bundesrepublik hinausgewachsen.

> *„Die EU könnte dann besser auf Krisen und Konflikte an der Peripherie reagieren und die illegale Migration eindämmen."*

Es ist deshalb an der Zeit, an das Angebot einer „partnership in leadership" zu erinnern, das Präsident Bush sen. dem wiedervereinigten Deutschland machte. Die sich abzeichnenden Veränderungen im geostrategischen Kräfte-Parallelogramm sollten für die deutsche Politik hinreichender Anlass sein, der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union Führung und Richtung zu geben. Und eine „partnership in leadership" Deutschlands mit den Vereinigten Staaten im Rahmen der Nordatlantischen Allianz wäre die beste Voraussetzung dafür, dass die Europäische Union sich trotz der neuen Dynamik der amerikanischen Außenpolitik und trotz des gewachsenen Selbstbewusstseins der russischen Führung zwischen den beiden Großmächten behaupten und ihre Sicherheit ebenso wie ihre Interessen wahren kann. ◆

Teamwork

Gemeinsam Großartiges erschaffen:
Mehr als 3.100 Projekte weltweit für Infrastrukturen der Spitzenklasse.
Mit Herrenknecht Vortriebstechnik.

Kunde Projekt Gotthard-Basistunnel:
› Arge AGN: STRABAG AG Tunnelbau Switzerland (CH) / STRABAG AG (A)
› Arge TAT: Implenia Industrial Construction / Alpine Bau GmbH / CSC Impresa / Costruzioni SA / Hochtief AG / Impregilo S.p.A.

Pioneering Underground Technologies

HERRENKNECHT
Tunnelvortriebstechnik

› www.herrenknecht.com

PRIVAT

Elmar Theveßen ist Fernsehjournalist. Nach einem Studium der Geschichte und Politikwissenschaft ist er seit 1991 beim Zweiten Deutschen Fernsehen tätig, seit 2007 als Leiter der ZDF-Hauptredaktion „Aktuelles“ und stellvertretender Chefredakteur. Als Experte für Terrorismus und organisierte Kriminalität erläutert er im HAUPTSTADTBRIEF die Doktrin der Islamisten: Eine alte, ungerechte Welt müsse zerstört werden, damit eine neue, gerechte Welt entstehen könne.

Wir nennen es Terror, für sie ist es heiliges Handeln

Für die Islamisten ist es eine Revolution gegen ein altes Regime, das sie mit allen Mitteln zerstören dürfen. Wer das begreift, kann sich wehren | Von Elmar Theveßen

Worin besteht der Unterschied zwischen uns und den Terroristen des Islamischen Staates (IS) und Al-Qaida? Sie wollen die Welt retten – und wir nur uns selbst.

Das klingt weit hergeholt? Provokant, ja beleidigend? Keineswegs. Es ist eine realistische Analyse – zumindest so lange, wie wir es zulassen, dass Anhänger und Sympathisanten der islamistischen Ideologie es auf diese Weise sehen. Es finden sich in der Weltgeschichte mehrere Zeitperioden, aus denen wir gelernt haben sollten, mit einer Bedrohung wie dieser umzugehen. Stellt man sich etwa vor, wir seien Teil des Ancien Régime – also des absolutistischen Frankreich in der Zeit vor der Französischen Revolution von 1789 –, dann würden IS und Al-Qaida folgendermaßen ins Bild passen: Für die herrschenden Bourbonen war der Erhalt ihrer eigenen Macht einziges und oberstes Ziel, während sie das Wohlergehen großer Teile der Bevölkerung grob missachteten.

Unter diesen Voraussetzungen wären die Islamisten so verschieden nicht von den Jakobinern der Französischen Revolution, die die alte Ordnung im Namen des Gemeinwohls zu zerstören trachteten – und ihr Terrorregime auf all jene anwendeten, die sich ihrer Sache nicht anzuschließen gewillt waren. Einer der führenden Politiker der Jakobiner, Maximilien de Robespierre, sagte am 5. Februar 1794 vor dem Nationalkonvent, das Mittel einer Volksregierung seien in einer Revolution gleichzeitig Tugend und Terror: Tugend, ohne die Terror lediglich schrecklich ist; und Terror, ohne den Tugend schlicht machtlos ist: „Die terreur ist nichts anderes als unmittelbare, strenge, unbeugsame Gerechtigkeit; sie ist also Ausfluss der Tugend.“

> *„Viele dieser jungen Männer betrachten sich selbst als Teil einer großen Mission zur Rettung der Welt.“*

Der Islamismus glaubt an eben diese Doktrin: Eine alte, ungerechte Welt muss zerstört werden, damit eine neue, gerechte Welt entstehen kann. Dieser vermeintlich noble Anspruch benötigt den Terror zu seiner Verwirklichung. Abu Bakr al-Baghdadi, selbsterkannter Kalif des Islamischen Staates, hält Terrorherrschaft für nichts anderes als eine Ausdrucksform heiliger Pflichterfüllung: „O Soldaten des Islamischen Staates“, so al-Baghdadi in einer Audiobotschaft von 2014, „lasst überall Vulkane des Dschihad ausbrechen. Entzündet die Erde mit einem Feuer gegen alle Diktatoren.“ Der islamistische Terror richtet sich nicht nur gegen den Westen, seine Werte und seinen Lebensstil – er richtet sich gegen jedwede etablierte Macht,

PICTURE ALLIANCE/ABACA/BALKIS PRESS

Es ist der Glaube an eine Heilung der Welt, der die Kämpfer des Islamischen Staates antreibt – und jedes Mittel zum Zweck heiligt, Terror und Massenmord zuerst.

deren Vorgehen sich zu einem Beispiel für jene Ungerechtigkeit umdeuten lässt, von der die Welt befreien zu wollen der Islamismus vorgibt.

Und hierin liegt der Schlüssel zum Verständnis dessen, was die Herausforderung und Macht des islamistischen Terrors tatsächlich ausmachen. „ISIS is a Revolution" lautet der Titel eines Essays von Scott Atran, US-amerikanischer Anthropologe und Forschungsdirektor am französischen Nationalen Zentrum für wissenschaftliche Forschung (CNRS), in dem er Resultate von Untersuchungen präsentiert, die er basierend auf Interviews und Versuchsanordnungen zum einen mit jungen Männern in sozialen Brennpunkten von Paris, London, Barcelona und einigen nordafrikanischen Städten und zum anderen mit inhaftierten IS- und Jabhat-al-Nusra-Kämpfern in europäischen Gefängnissen durchgeführt hat.

Viele dieser jungen Männer betrachten sich selbst als Teil einer großen Mission zur Rettung der Welt. Die überwiegend jungen Leute, die freiwillig bereit sind, dafür bis zum Tod zu kämpfen, empfinden, so Scott Atran, „eine Freude, die daraus resultiert, vereint mit Kameraden für eine glorreiche Sache zu kämpfen, und gleichzeitig eine Freude, die sich aus der Befriedigung eines Zorns ergibt und aus der Genugtuung der Rache. Aber da ist auch eine unterschwellige Freude bei jenen, die zwar die mörderische Gewalt des Islamischen Staates ablehnen, gleichzeitig aber das Wiedererstehen eines muslimischen Kalifats herbeisehen – und damit das Ende einer nationalstaatlichen Ordnung, auferlegt von den Großmächten."

Basierend auf dieser Erkenntnis gilt es, die IS-Revolution zu bekämpfen – anstatt fortwährend das Feuer weiter anzufachen. Wäre der IS, wäre die islamistische Ideologie tatsächlich in der Lage, siegreich daraus hervorzugehen? Es wäre jedenfalls gefährlich, ihr Potential dafür zu unterschätzen, meint Scott Atran. Über die Jahrhunderte hinweg wurden revolutionäre Bewegungen – in Amerika, in Frankreich, in Russland – angetrieben von einer starken Aufopferung für höhere, als heilig erachtete Werte. „Es sind diese Werte", so Scott Atran, „immaterieller, unverkäuflich und nicht verhandelbar, die am meisten bindend wirken. In jeder beliebigen

Kultur stellt die Weigerung, die eigenen Angehörigen oder die eigene religiöse oder politische Bruderschaft zu verraten und zu verkaufen, eine Linie dar, die gewöhnlich nicht überschritten wird. Ergebenheit an diese Werte kann die treibende Kraft hinter Erfolgen sein, denen es gelingt, jede Erwartung überproportional zu übertreffen."

Das ist der Grund, warum 18 000 irakische Soldaten 2014 vor ein paar Hundert IS-Kämpfern davonliefen und Mossul – die zweitgrößte Stadt des Landes – kampflos aufgaben. Das ist der Grund, warum Tausende junger Muslime aus Westeuropa noch immer davon überzeugt sind, sie könnten in Syrien und dem Irak die Armeen der Supermächte bezwingen. Auch dafür gibt es verwandte Beispiele in der Weltgeschichte: Armin der Cherusker trat mit seinen Stammesgenossen gegen drei römische Legionen mit 20 000 Soldaten an und gewann die Varus-Schlacht. George Washington führte seine zahlenmäßig unterlegene Revolutionsarmee in die hoffnungslos erscheinende Schlacht gegen 30 000 britische Soldaten und gewann.

„Vereint mit Kameraden für eine glorreiche Sache zu kämpfen, ist Islamisten eine Freude und Befriedigung ihres Zorns."

Terror war während der Französischen Revolution Ausdruck einer Welt im Wandel. Das ist heute nicht viel anders. Terror ist die dunkle Seite der Globalisierung, in der Menschen, Allianzen und althergebrachte Institutionen ihre Basis verlieren und auf der Suche nach neuer Orientierung sind. In dieser global vernetzten Welt mit weniger und weniger Orientierungspunkten sind Individuen auf der Suche nach einer neuen Identität in einem neuen kollektiven und zerstörerischen Radikalismus. Extremisten jedweder Couleur stricken sich ein eigenes Netz, um eine tragfähige Stabilität zu finden.

Diese Entwicklung wird vorangetrieben von den Jungen, die den Druck am meisten zu spüren bekommen und die Notwendigkeit fühlen, auf der Suche nach ihrer Identität Opfer zu bringen – und von den Alten, die sich in einem aussichtslosen Ringen mit dem Untergang ihrer gewohnten Welt sehen. Dies ist kein Kampf der Kulturen, kein „clash of civilizations" – es ist ein Kampf des Neuen gegen das Alte. Und Letzteres ist in der schwächeren Position. Noch einmal Scott Atran: „Menschen sind am meisten zu Einsatz und Anstrengungen bereit, zum Guten wie zum Schlechten, zugunsten von Ideen, die ihnen die Vorstellung von Bedeutsamkeit und Tragweite geben. In einem von Natur aus chaotischen Universum, in dem allein der Mensch zu der Erkenntnis fähig ist, der Tod sei unvermeidlich, existiert ein unwiderstehlicher psychologischer Antrieb, diese Tragödie der Erkenntnis zu überwinden: zu erkennen ‚warum bin ich?' und ‚wer sind wir?'"

Und auf diese beiden Fragen nehmen der IS und der Islamismus für sich in Anspruch, die besseren Antworten als wir zu haben. Wenn wir die besseren haben wollen, dann genügt es nicht, das zu behaupten – wir müssen es beweisen. Und zwar nicht durch die Konzentration darauf, uns selbst zu retten. Nicht dadurch, ein nationales Interesse über das Gemeinwohl zu stellen. Nicht dadurch,

IMPRESSUM Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Bruno Waltert | Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling
Art Director: Paul Kern | Gestaltung und Layout: Mike Zastrow | Bildbearbeitung: Manuel Schwartz
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Rainer Bieling (Redaktion), Janine Kulbrok (Anzeigen), beide c/o Verlag

Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin
Telefon 030 - 21 50 54 00 | Fax 030 - 21 50 54 47 | info@derhauptstadtbrief.de, www.derhauptstadtbrief.de

Druck: ESM Satz und Grafik GmbH, Berlin | Redaktionsschluss: 13. März 2017 | Wiedergabe von Beiträgen nach Genehmigung stets mit der Quellenangabe: © DER HAUPTSTADTBRIEF. Für unverlangte Zusendungen keine Haftung.

DER HAUPTSTADTBRIEF erscheint mit acht Ausgaben im Jahr.

ISSN 2197-2761

diese Herausforderung als eine zu betrachten, mit der nur mit militärischen Mitteln umgegangen werden kann. Nicht dadurch, dass wir die Religionsfreiheit, die Redefreiheit und all die anderen Errungenschaften der liberalen Demokratien über Bord werfen. Wir haben ihnen stattdessen zu zeigen, dass es unser Ziel ist, die Welt zu retten – und dass wir die deutlich besseren Argumente, Ideen und Konzepte haben. Dies sollte und muss beinhalten, dass Terroristen und ihre Ideologie verfolgt werden, mit allen notwendigen Mitteln und wenn nötig mit dem Ziel, zu töten.

Wenn allerdings die neue US-Regierung meint, dies sei mit militärischen Interventionen und wirtschaftlichem Isolationismus zu gewinnen, dann macht sie sich selbst etwas vor. Präsident Donald Trump sieht es als sein Geschäft an, zunächst einmal Amerika zu retten. Die britische Premierministerin Theresa May möchte zuvorderst einmal Großbritannien retten. Und die meisten EU-Staaten haben zum Ziel, vor allem ihren eigenen Staat zu retten. Die Welt zu retten, ist für keinen von ihnen eine Sache, für die es sich zu kämpfen lohnt. Und damit setzen wir uns selbst in die schlechteste mögliche Position gegenüber einer revolutionären Bewegung, die versucht, einen vorgetäuschten Werteanspruch und unbeschreiblichen Terror zu verbinden.

> *„Sie sehnen das Wiedererstehen eines muslimischen Kalifats herbei – und damit das Ende einer nationalstaatlichen Ordnung."*

Ex-Präsident Barack Obama brachte es auf den Punkt, als er anlässlich der Hannover-Messe 2016, gewissermaßen als einen Weckruf an Europa und seine Verbündeten, sagte: „Wenn die Zukunft unsicher ist, scheint es in unserer menschlichen Natur einen Instinkt zu geben, uns zurückzuziehen auf die Behaglichkeit und die Sicherheit, die uns vermittelt wird durch unseren eigenen Stamm, unsere eigene Sekte, unsere eigene Nationalität, durch Leute, die aussehen wie wir und die sich so anhören wie wir. Aber in der Welt von heute, mehr denn jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit, ist dies eine trügerische Behaglichkeit. Es grenzt Leute voneinander ab aufgrund dessen, wie sie aussehen oder wie sie beten oder wen sie lieben."

Das ist die einzige vernünftige Lektion, die wir aus der Weltgeschichte lernen können: Wir müssen die islamistische Revolution zerstören, indem wir die eine Teilung vorantreibenden Kräfte bekämpfen und nicht zulassen, dass sie einen Keil in unsere Gesellschaften treiben. Es gilt, den jungen, vernachlässigten und benachteiligten Männern und Frauen Beachtung zu schenken, bei denen extremistische Ideologien auf fruchtbaren Boden fallen. Es gilt, die Ideologie des Islamismus zu bekämpfen, nicht die islamische Religion. Und unsere Politik der Globalisierung zu verändern in einer Weise, die neue Möglichkeiten für Menschen schafft, anstatt ihre Lebensgrundlagen und ihre Hoffnungen zu zerstören.

Wir brauchen dazu keine neue Vision, denn wir haben bereits eine. Selbst wenn sie im Moment nicht gut genug ist, ist sie besser, gerechter und erfolgreicher als alles, was ein Möchtegern-Kalifat zusammenphantasieren kann – so lange, wie wir nicht aufgeben. Wenn wir in dieser globalisierten Welt aber nur uns selbst in Sicherheit zu bringen versuchen, folgen wir dem Drehbuch eben jener Verbrecher, die sie zerstören wollen. Wir müssen etwas zerstören – nämlich deren Vorstellung von uns. Wenn wir alle dazu beitragen, dann – und nur dann – wird der Terror keine Zukunft haben. ◆

Der Essay von Scott Atran, aus dem unser Autor Elmar Theveßen zitiert, trägt den Titel *ISIS is a Revolution*, nachzulesen (in englischer Sprache) auf der Website des digitalen Magazins Aeon: https://aeon.co/essays/why-isis-has-the-potential-to-be-a-world-altering-revolution

Eine Vertiefung des Themas bietet das neue Buch von Elmar Theveßen: *Terror in Deutschland. Die tödliche Strategie der Islamisten*. Piper Verlag, München 2016. 304 Seiten, gebunden 22 Euro, als Kindle Edition 17,99 Euro.

MICHAEL WOLFFSOHN

Prof. Dr. Michael Wolffsohn ist Historiker und Publizist. Der Deutsche Hochschulverband wird ihn am 3. April als *Hochschullehrer des Jahres 2017* auszeichnen, weil er klare Worte finde, auch wenn die Gefahr bestehe, sich unbeliebt zu machen. Er ist Autor der Bücher *Zum Weltfrieden* und *Wem gehört das Heilige Land?* Im HAUPTSTADTBRIEF verwirft er die alten, gescheiterten Vorschläge zur Lösung des Nahostkonflikts und unterbreitet einen neuen Gedanken.

Israel und Palästina lassen sich am besten föderal denken

Die UNO wäre gut beraten, nicht länger auf Israel rumzuhacken, sondern der Tatsache ins Auge zu sehen, dass überall im Nahen Osten politische Demografie und politische Geografie nicht deckungsgleich sind | Von Michael Wolffsohn

Die These zuerst: Die Zwei-Staaten-Lösung ist keine Lösung. Sie schafft nur neue Probleme. Hier Israel und dort Palästina, klingt vertraut und wurde zuletzt Ende 2016 von UNO, Obama und Kerry postuliert, führt aber nicht zum erwünschten Frieden.

Das Ziel: Individuelle und kollektive Selbstbestimmung.

Die Prämissen: Die nahöstliche Staatenwelt zerfällt. Das liegt weniger, wie gerne behauptet, an einzelnen Politikern. Die kommen und gehen. Das Problem bleibt, weil es strukturell ist. Der so beliebte personalistische Ansatz muss durch den strukturellen ersetzt werden. Strukturell gilt: Die meisten Nahost-Staaten sind Kopf- oder Kunstprodukte. Der Grund: Ihre Staatsgrenzen, die *politische Geografie*, sind nicht mit ihren Bevölkerungen, der *politischen Demografie,* deckungsgleich. Wo Demografie und Geografie nicht deckungsgleich sind, ent- und bestehen Konflikte.

> *„In Israel sind 20 Prozent der Bevölkerung arabisch. Im Westjordanland sind 20 Prozent jüdisch."*

Das Problem sind die demografischen Fakten: Die Bevölkerung des jüdischen Staates, Israel, ist zu zirka 80 Prozent jüdisch, zu zirka 20 Prozent arabisch-palästinensisch. Diese Minderheit will und wird sich nicht mit dem jüdischen Charakter des Staates abfinden. Die „Araber Israels" leben mehrheitlich in Galiläa und sind auch dort mit knapp 50 Prozent der Bevölkerung nicht die Mehrheit. Selbst in Galiläa und im „Kleinen Dreieck" nordöstlich von Tel Aviv leben sie nicht nur in eigenen Städten und Siedlungen, sondern eher verstreut. Außerdem gibt es „gemischte", jüdisch-arabisch Städte wie Jaffa, Lod, Ramla, Akko und sogar Nazareth. Räumliche Entflechtung? Wie und wer sollte und könnte sie gewaltlos verwirklichen?

Die Bevölkerung des Gazastreifens ist seit dem Rückzug Israels im Jahre 2005 zu 100 Prozent arabisch-palästinensisch. Die Formel „Land für Frieden" ging hier nicht auf, denn auch mit diesem den Palästinensern übergebenen Land gab es keinen Frieden. Weder mit Israel noch innerpalästinensisch. Nach einem kurzen Bürgerkrieg übernahm im Gazastreifen die Hamas 2007 die Macht und vertrieb die palästinensischen „Brüder" der Fatah.

Die Bevölkerung des Westjordanlandes (einschließlich Ost-Jerusalems) ist zu 80 Prozent arabisch-palästinensisch und überwiegend muslimisch. Sie ist – ob zurecht oder nicht – jedoch

IMAGO STOCK&PEOPLE

Die Bevölkerung des Staates Israel ist zu zirka 80 Prozent jüdisch, zu zirka 20 Prozent arabisch-palästinensisch. Die Bevölkerung des Westjordanlandes einschließlich Ost-Jerusalems ist umgekehrt zu 80 Prozent arabisch-palästinensisch und zu 20 Prozent jüdisch-israelisch. Rund zwei Drittel der Letzteren leben in Wohnsilos wie diesen in Har Homa bei Jerusalem. Sie „Siedler" zu nennen, ist grotesk, weil Siedler eher Landwirtschaft betreiben und keine Eigentümer oder Mieter von Wohnungen in Neubauvierteln sind. Die Aufnahme ist vom Februar 2011 und zeigt noch etliche Baukräne.

faktisch zu 20 Prozent jüdisch-israelisch. Rund zwei Drittel der im Westjordanland lebenden Juden leben in Wohnsilos im Norden, Osten und Süden Ost-Jerusalems. Sie „Siedler" zu nennen, ist grotesk, weil Siedler eher Landwirtschaft betreiben und keine Mieter oder Eigentümer von Wohnungen in Wohnblocks wie in den französischen Banlieues sind, wie im Märkischen Viertel Berlins oder wie in Neuperlach Süd in München.

Gäbe es zwei Staaten, stellte sich automatisch die Frage: Kann die jeweilige Minderheit, jeweils ein Fünftel der Bevölkerung, bleiben, wo sie ist, oder nicht? Wenn nicht, wäre Israel „araberrein" und das Westjordanland „judenrein". Auch ohne Gedankenverbindungen zum Dritten Reich hätte das mit Ethik nichts gemein. Ganz abgesehen davon wäre jeder „Transfer" mit Sicherheit nur gewaltsam, quasi als „ethnische Säuberung" durchführbar. Diese Option scheidet also kategorisch aus. Sowohl aus moralischen als auch funktionalen Gründen, zumal nicht zu erwarten ist, dass ein Staat Palästina zum Zeitpunkt x mit den jüdischen Bewohnern, also den „Erzfeinden", sanfter umgehen würde als 2007 mit den eigenen „Volksgenossen" im Gazastreifen.

Um ein palästinensisch-jüdisches Blutbad zu verhindern, wären internationale Truppen als Sicherheitspuffer für beide Seiten nach der Gründung von „Palästina" denkbar. Wäre dieses denkbare Szenarium auch machbar? Wohl kaum angesichts der eher isolationistischen Trump-Administration und US-Gesellschaft. Und Europa? 1939/40 hieß die Frage: „Mourir pour Danzig?" Heute: „Für Palästina oder Israel sterben?" Die Antwort lautet heute wie damals: „Nein, danke!" UNO-Truppen wären denkbar. Aber nur, solange man vergisst,

wie sie im Kongo oder in der Zentralafrikanischen Republik operieren, wo sie inzwischen eher ein neues Problem als die Lösung sind, weil sie plündern, morden und vergewaltigen.

Innerpalästinensisch stellte sich die Frage: Würde der Übergang zu „Palästina“ als Addition von Westjordanland plus Gazastreifen friedlich verlaufen? Nach den Bürgerkriegserfahrungen der Jahre 2005 bis 2007 zwischen Hamas und Fatah im Gazastreifen sind Zweifel angebracht, zumal dort inzwischen der Islamische Staat ein zusätzlicher, gewichtiger und alles andere als gemäßigter Akteur ist.

Territoriale Durchgängigkeit ist das übliche Kennzeichen von Staaten. Zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland gibt es sie nicht. Man kann Brücken, Straßen, Tunnel als Verbindung bauen. Eine Neuauflage des Polnischen Korridors in Nahost? Eine Todgeburt.

„Gazastreifen und Westjordanland haben keine Verbindung. Soll es eine Neuauflage des Polnischen Korridors geben?“

Fast alle übersehen, dass rund 70 Prozent der Bürger Jordaniens Palästinenser sind. Ob es gefällt oder nicht: Im Zuge der arabischen Revolutionen wird Jordanien dereinst von selbst ein Ost-Palästina. Auch ohne Zutun Israels. Bestenfalls geschieht die Umwandlung Jordaniens in Ost-Palästina gewaltlos.

Das Fazit: Aufgrund der Überlappung von Demografie und Geografie in Israel und im Westjordanland kann das Ziel Selbstbestimmung weder Juden noch Palästinensern räumlich, sondern nur gruppenweise zugeordnet werden. Nur personale Selbstbestimmung ist möglich, keine territoriale.

Die Lösung: Den Horrorszenarien kann nur durch eine Verbindung bundesstaatlicher und staatenbündischer, jedenfalls föderativer Strukturen, die letztlich die Brisanz von Grenzen aufhöben, gegengesteuert werden. In meinem Buch *Zum Weltfrieden* habe ich die Ausführungsmodalitäten ausführlich beschrieben und erklärt. Hier seien nur die Eckpunkte genannt.

Egal, wo Juden oder Palästinenser leben, erhalten sie ihre jeweils eigenen demokratisch legitimierten Repräsentationen und Institutionen. Der Jüdische Staat Israel erweitert durch eine Arabische Kammer die Selbstbestimmung der palästinensischen Staatsbürger. Ein Vermittlungsausschuss reguliert den Dissens zwischen der jüdischen und arabischen Kammer. Die Bundesrepublik Palästina bestände aus den Bundesländern Westjordanland, Gazastreifen und Jordanien. Das entmilitarisierte Bundesland „Westjordanland-Palästina“ erhielte ebenfalls je eine arabische und jüdische Kammer plus Vermittlungsausschuss. Daneben entstände das Bundesland Gazastreifen mit einer Kammer sowie, ebenfalls mit einer Kammer, Jordanien als Bundesland „Ost-Palästina“. Die Bundesrepublik Palästina und Israel könnten und sollten aus wirtschaftlichen und anderen funktionalen Gründen einen Staatenbund (eine Konföderation) bilden.

Und die Nachfahren der arabisch-palästinensischen Flüchtlinge von 1948 und 1967? Ihre Rückkehr wäre so „friedensstiftend“ wie die Rückkehr der Nachfahren deutscher Ost-Flüchtlinge nach Schlesien, Ostpreußen oder ins Sudentenland.

Schlussbemerkung: Nicht nur der endlose Krieg-und-Konflikt-Klassiker Israel – Palästina braucht neues Denken. Auch Syrien, Irak, die Türkei, Afghanistan, Mali, Kongo und viele andere Staaten, wo *politische Demografie* und *politische Geografie* nicht deckungsgleich sind, brauchen es. ◆

Sein Buch *Zum Weltfrieden*, auf das sich unser Autor Prof. Michael Wolffsohn in seinem Essay bezieht, ist 2015 bereits in 2. Auflage erschienen: Zum Weltfrieden. Ein politischer Entwurf. dtv premium, Originalausgabe, 216 Seiten. 14,90 Euro, als E-Book 12,99 Euro.

PRESSE FREIHEIT

VIELFALT SCHÜTZT IHRE MEINUNGS

Zeitschriftenverleger
gemeinsam für Pressefreiheit

VDZ

ARGUM/FALK HELLER

Prof. Manfred Güllner ist Gründer und Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts forsa, aus dessen Dienst „Aktuelle Parteipräferenzen“ DER HAUPTSTADTBRIEF regelmäßig zitiert. Mittlerweile ein Standardwerk ist Güllners Buch *Die Grünen. Höhenflug oder Absturz?*
Für den HAUPTSTADTBRIEF analysiert er den Schulz-Effekt und beantwortet die Frage, ob damit die Wahl für die SPD schon so gut wie gewonnen ist.

Trotz „Schulz-Sog“ noch keine Wechselstimmung in Deutschland

Wie wahrscheinlich ist es, dass die augenblickliche „Schulz-Euphorie“ tatsächlich von Dauer und nicht nur ein kurzes Strohfeuer ist? Eine Antwort | Von Manfred Güllner

Nachdem Sigmar Gabriel auf den SPD-Vorsitz und die Kanzlerkandidatur verzichtet hatte und Martin Schulz zur neuen Führungsfigur in der SPD geworden war, stieg der SPD-Wert in den Umfragen innerhalb von zwei Wochen um 10 Prozentpunkte von 21 auf 31 Prozent. Hält dieser Trend bis zur Bundestagswahl im September an, hätte die SPD vielleicht sogar eine Chance, nach 1972, 1998 und 2002 wieder einmal mehr Stimmen zu erhalten als die Union. Doch wie wahrscheinlich ist es, dass der „Schulz-Sog“ tatsächlich von Dauer und nicht nur ein kurzes Strohfeuer ist?

Der rapide Anstieg der SPD-Umfragewerte ist – das muss bei der Einschätzung der Wahlchancen der SPD bedacht werden – zunächst darauf zurückzuführen, dass viele frühere SPD-Wähler, die an sich auch weiterhin der SPD zuneigen, aber die real existierende SPD 2009 und 2013 nicht wählen konnten, mit großer Erleichterung auf den Rückzug Gabriels reagiert haben. Ohne diese Hürde „Gabriel“, die die SPD-Abwanderer daran gehindert hatte, den Weg zur SPD zurückzufinden, ist die SPD für diese Gruppe früherer SPD-Wähler wieder wählbar geworden – unabhängig davon, welches Bild sie von Martin Schulz haben.

Martin Schulz hat aber bei den meisten Wahlbürgern noch kein klares Profil. Gut findet man an ihm, dass er – so zumindest die augenblickliche Wahrnehmung – nicht dem Berliner Politik-Establishment entstammt. Doch wofür er inhaltlich steht und welche Fähigkeiten er besitzt, ist den meisten noch unklar. Schulz hat aber verstanden, der Gruppe der Bundesbürger, die ihre Interessen, Sorgen und Ängste nicht mehr in der Politik vertreten sahen, das Gefühl zu geben, er kümmere sich um sie und er sei „einer von ihnen“.

> *„Die Mehrheit der Bundesbürger sieht in Angela Merkel unverändert einen Garanten für Stabilität und Sicherheit.“*

Doch bei aller augenblicklichen „Schulz-Euphorie“ ist noch keine Wechselstimmung erkennbar, so wie sie vor der Bundestagswahl 1998 vorhanden war. Als damals Oskar Lafontaine Gerhard Schröder nach der mit 48 Prozent gewonnenen Landtagswahl im März den Vortritt bei der Kanzlerkandidatur lassen musste, gab es einen ähnlichen Schub für die SPD wie aktuell nach der Nominierung von Schulz. Es gab aber zudem den Wunsch von vielen, dass Kohl nach 16 Jahre währender Kanzlerschaft und dem nach Meinung der Menschen von ihm zu verantwortenden „Reform-Stau“ abgelöst werden müsste. Von Schröder erhoffte man sich, dass er dem Land die erforderliche

Die aktuellen Parteipräferenzen im Bund

Die „Schulz-Euphorie“ ist messbar, ihre Dauer nicht

Umfrage-Werte in Woche …

Alle Angaben in Prozent

	CDU/CSU	SPD	Die Linke	Grüne	FDP	AfD	Sonst.	(Nichtw./ Unentschl.)
10. (6.3.-10.3.)	**33**	**32**	**7**	**7**	**6**	**9**	**6**	**(24)**
9. (27.2.-3.3.)	33	32	7	8	6	8	6	(23)
8. (20.2.-24.2.)	33	31	7	8	7	9	5	(23)
7. (13.2.-17.2.)	34	31	8	7	6	8	6	(23)
6. (5.2.-10.2.)	34	31	8	7	5	9	6	(24)
5. (30.1.-3.2.)	34	31	8	8	5	10	4	(24)
4. (23.1.-27.1.)	35	26	9	8	6	11	5	(24)
3. (16.1.-20.1.)	37	21	9	10	6	12	5	(26)
2. (9.1.-13.1.)	38	21	9	9	6	11	6	(26)
1. (2.1.-6.1.)	37	20	9	10	6	12	6	(27)
52. (27.12.-30.12.)	37	21	9	10	6	12	5	(30)
51. (19.12.-23.12.)	38	20	9	10	5	12	6	(27)
50. (12.12.-16.12.)	36	22	9	10	6	11	6	(26)
Bundestagswahl *	41,5	25,7	8,6	8,4	4,8	4,7	4,0	

* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 22. September 2013 (Zweitstimmen)

Quelle: forsa

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch wöchentliche Befragung von in der Regel rund 2500 wahlwilligen Deutschen. „Nichtw./Unentschl.“ sind jene Befragten, die angeben, nicht wählen zu wollen, oder noch unentschlossen sind, ob und wen sie wählen.

Erneuerung und Modernisierung bringen könne. Dieser „Schröder-Sog“ 1998 und die damals vorhandene Wechselstimmung hielten dann auch bis zum Wahltag an, an dem die SPD auf 40,9 Prozent der gültigen Stimmen kam.

2017 aber ist eine mit 1998 vergleichbare Wechselstimmung noch nicht in Sicht. Massive Vorbehalte gegen Merkel finden sich im Augenblick nur bei Randgruppen – wie den Anhängern der AfD und einem Teil der CSU-Anhänger im Freistaat Bayern, die durch Seehofers Amoklauf gegen die Kanzlerin von Merkel entfremdet wurden. Die Mehrheit der Bundesbürger aber sieht in Angela Merkel unverändert einen Garanten für Stabilität und Sicherheit – Tugenden, die gerade nach der Wahl von Trump zum neuen US-Präsidenten von vielen für wichtig gehalten werden.

Durch Seehofers lautstarke Attacken gegen Merkel hat sich aber der Eindruck bei vielen Wählern festgesetzt, dass die Union im Vorfeld der Bundestagswahl eine zerstrittene Partei ist, während die jahrelang durch Flügelkämpfe von sich reden machende SPD nunmehr als geschlossen hinter Martin Schulz stehende Partei wahrgenommen wird. Entscheidend für den Wahlausgang am 24. September 2017 dürfte sein, ob die Bundesbürger eher mit Merkel wieder Sicherheit garantiert oder eher mit Schulz mehr soziale Gerechtigkeit im Land haben wollen. ◆

WWW.FRANK-SCHAEFFLER.DE/STUDIO KOHLMEIER

Frank Schäffler ist Geschäftsführer von Prometheus – Das Freiheitsinstitut. Von 2005 bis 2013 war der Betriebswirt für die FDP Mitglied des Bundestages. Für den HAUPTSTADTBRIEF stellt er das Buch *Wie wir wurden, was wir sind. Einführung in den Klassischen Liberalismus* des britischen Wirtschaftswissenschaftlers Eamonn Butler vor, zu dem er das Vorwort verfasst hat.

Die Prinzipien des Klassischen Liberalismus, sie leben noch

Im 18. und 19. Jahrhundert war der deutsche Sprachraum ein Hort des Klassischen Liberalismus. Jetzt kehrt er aus dem angelsächsischen Raum zurück | Von Frank Schäffler

Die Übersetzung des Buches „Classical Liberalism“ von Eamonn Butler erscheint unter dem deutschen Titel „Wie wir wurden, was wir sind“ und zur rechten Zeit. Denn der Klassische Liberalismus in Deutschland kann eine Selbstvergewisserung gut gebrauchen, ist er doch eine der Quellen dessen, wer wir sind. Eamonn Butler ist Gründer und Leiter des Londoner Adam Smith Institute, Englands führender Denkfabrik für Marktfreiheit und Klassischen Liberalismus. Sein Buch ist aus allgemeiner, doch angelsächsisch gefärbter Sicht verfasst, und das ist kein Nachteil.

Die Ursprünge des Klassischen Liberalismus liegen nämlich im Schottland des 18. Jahrhunderts. Die schottische Aufklärung brachte Persönlichkeiten wie Adam Smith, David Hume und Adam Ferguson hervor, deren Strahlkraft bis heute reicht. Ihre Schriften erreichten im 18. und 19. Jahrhundert auch Kontinentaleuropa und die deutschen Länder. Zur damaligen Zeit galten die klassisch Liberalen als politisch links, weil sie sich gegen die etablierten Autoritäten auflehnten. Sie kämpften für die Herrschaft des Rechts und gegen die Willkür der Obrigkeit.

> *„Der deutsche Liberalismus ist bisher niemals an seiner Prinzipientreue gescheitert, sondern immer an seiner Beliebigkeit.“*

Ihr entschiedenes Eintreten für den Freihandel sollte nicht den Reichen und Vermögenden zugutekommen, sondern Armut bekämpfen und Frieden stiften. Die Liberalen waren allesamt Marktwirtschaftler und kämpften für die Meinungsfreiheit. Der deutsche Sprachraum wurde ein Hort des Klassischen Liberalismus: Im 18. Jahrhundert waren seine bekanntesten Vertreter Immanuel Kant und Wilhelm von Humboldt, im 19. Jahrhundert John Prince-Smith, Eugen Richter und Hermann Schulze-Delitzsch. Jeder von ihnen stand für etwas, das heute noch Grundlage für eine liberale Gesellschaft ist.

John Prince-Smith machte die Freihandelsidee in Preußen populär. Er gründete Freihandelsvereine und saß im Preußischen Abgeordnetenhaus, später auch im Reichstag. Eugen Richter war der kompromisslose Kämpfer für die klassisch liberale Deutsche Fortschrittspartei im Kaiserreich. Als politischer Gegenspieler des Reichskanzlers Otto von Bismarck, ging er gleichzeitig mit den aufkommenden Sozialdemokraten hart ins Gericht. Er wandte sich vehement gegen die Sozialistengesetze Bismarcks auf der einen Seite, aber auch gegen die Einführung der gesetzlichen Sozialversicherung auf der anderen Seite.

Hermann Schulze-Delitzsch war der entscheidende Begründer und Antreiber des Genossenschaftswesens in Deutschland – Hilfe zur Selbsthilfe für Gewerbetreibende, Handwerker und Landwirte, die keinen Zugang zu Krediten hatten. Dieser Grundgedanke des Genossenschaftswesens ist bis heute im Bankwesen, im Gesundheitswesen und im Einzelhandel verankert.

Che ist out, Mises in. Bei den 68ern stand Che Guevara für kollektive Aktion, 2017 hält sich der libertäre Aktivist an Ludwig von Mises: Es ist das Individuum, das denkt und handelt. Im Bild ein handbedrucktes T-Shirt der US-amerikanischen Szenefirma Culture Clash Clothing, spezialisiert auf „pop culture icon t-shirts and hoodies".

Der Klassische Liberalismus damals wie heute hatte und hat viele Gegner. Sie kommen aus der konservativen wie auch aus der sozialistischen Ecke – die beide dazu neigen, das Althergebrachte zu konservieren und im Neuen nicht die Chance, sondern die Gefahr zu vermuten. Selbstverständlich gilt das nicht überall und im gleichen Maße. Die Konservativen sind häufig ökonomisch aufgeschlossener als die Sozialdemokraten, aber gesellschaftlich rückwärtsgewandt. Die Sozialdemokraten sind oft gesellschaftlich offener für Veränderungen als die Konservativen, aber ökonomisch wollen sie die alte Welt möglichst lange behalten. Letztlich vereint sie aber derselbe Irrtum: Sie trauen dem Einzelnen wenig zu. Sie glauben, dass der Staat die Dinge regeln muss, weil der Einzelne ökonomisch, geistig oder körperlich dazu nicht in der Lage ist.

Wie sieht also die Situation des Klassischen Liberalismus heute in Deutschland aus? Haben die Marktwirtschaft, der Freihandel, der Rechtsstaat und das Individuum noch eine Lobby? Aber ja! Ähnlich wie schon einmal im 19. Jahrhundert weht seit einiger Zeit, inspiriert aus dem angelsächsischen Raum, ein neuer klassisch-liberaler Wind nach Deutschland hinein. Diese Szene ist bunt, jung – und sie wächst. Dem Netzwerk „Students for Liberty" etwa, 2008 in den USA gegründet, gehören derzeit weltweit über 2000 und in Deutschland über 20 Studentengruppen an, die dem Liberalismus verpflichtet sind.

Sogar Ludwig von Mises' „Nationalökonomie" und Friedrich August von Hayeks „Verfassung der Freiheit" werden wieder neu aufgelegt und von jungen Lesern entdeckt. Die Kenntnisse dieser Klassiker tun gut; denn der deutsche Liberalismus ist in seiner Geschichte bisher niemals an seiner Prinzipientreue und Standfestigkeit gescheitert, sondern immer an seiner Beliebigkeit. Deshalb ist ein festes theoretisches Fundament so notwendig. Und als ein verlässlicher und informativer Stein in diesem Fundament dient das Buch von Eamonn Butler. ◆

Eamonn Butler: *Wie wir wurden, was wir sind. Einführung in den Klassischen Liberalismus*. FinanzBuch Verlag, München. Softcover, 140 Seiten, 16,99 Euro. Erscheint im März 2017.

Mich motiviert die exzellente Forschungsumgebung in Berlin. Es inspiriert, mit verschiedenen Institutionen gemeinsame Sache zu machen.

www.berlin-sciences.com

Prof. Dr. Jule Specht
Persönlichkeitspsychologie
und Psychologische Diagnostik
Freie Universität Berlin

Brain City | be Berlin

Prof. Dr. Egon Flaig ist emeritierter Professor für Alte Geschichte an der Universität Rostock. Seinem Standardwerk *Weltgeschichte der Sklaverei* folgten weitere Bücher, etwa *Die Mehrheitsentscheidung. Entstehung und kulturelle Dynamik*. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum der um sich greifende Gebrauch von sinnfernen Wortfloskeln in Politik und Medien, der einzig dazu dient, Andersdenkende zu diskreditieren, ein demokratiegefährdender Vorgang ist.

Wir erleben eine demagogische Umprägung des politischen Wortschatzes

Paradox, aber täglich zu beobachten: wie Wörter gerade dann zur Waffe werden, wenn sie keinen Sinn haben | Von Egon Flaig

Im politischen Alltag einer Republik ist die Öffentlichkeit das Forum, auf dem sich kollektives Handeln und politische Programme zu rechtfertigen haben, und wo erörtert wird, was den Bürgern zumutbar ist. Diese Form der Öffentlichkeit bewahrt die institutionellen Kontrollen davor, sich zu entkräften. Wird sie aber beschädigt, dann ist der demokratische Gebrauch der verfassungsmäßigen Befugnisse nicht mehr zu garantieren. Die Öffentlichkeit hört auf, als Forum der Kontroverse zu fungieren, wenn die Regeln des Darlegens und Rechtsfertigens von Gründen zu häufig und folgenlos verletzt werden – nämlich durch Geschwätz, Lüge, Diffamierung und Einschüchterung.

Das Politische bedarf der Wahrheit – obschon die Politik oft glaubt, auch ohne sie auszukommen. Wahrheiten sind unangenehm, denn sie sind bezwingend, und sie grenzen die Spielräume des Handelns ein. Faktische Wahrheiten stellen den Bezug zur Wirklichkeit her – ohne diesen geriete das Handeln in einen Leerlauf inmitten einer Hyperrealität. Wir sind inzwischen Zeitzeugen dafür geworden, wie Diskurse im Handumdrehen Realität tilgen können.

> *Wir sind inzwischen Zeitzeugen dafür geworden, wie Diskurse Realität im Handumdrehen tilgen können.*

Als die deutsche Regierung seit der Bankenrettung immer häufiger politische Optionen als „alternativlos“ zu bezeichnen begann, begab sie sich auf den Weg in die Un-Politik. Etwas, wozu es keine Alternative gibt, entzieht sich jedweder Beratschlagung. Und Alternativlosigkeit forciert ein Diskussionsverbot, welches fragwürdige politische Entscheide mit einem schützenden Tabu belegt – diejenigen, die die Entscheidung „alternativlos“ treffen, geben sich selbst damit die Erlaubnis, autokratisch regieren zu dürfen.

Als auch in den Medien die Bereitschaft zur Alternativlosigkeit unübersehbar zu werden begann – sei es zur Bankenrettung, sei es zur vermeintlichen Vereinbarkeit von islamischer Scharia und Grundgesetz –, setzte in Deutschland eine Umprägung des politischen Sprachgebrauchs und Wortschatzes ein. Wer in der Scharia eine Gefahr für die Demokratie sah und folglich einer weiteren muslimischen Zuwanderung skeptisch gegenüberstand, dem wurde bescheinigt, er sei befallen von „Fremdenangst“, von einer Phobie. Ein cleverer Trick: Eine politisch begründete Sorge wird zur grundlosen Angst gestempelt, zu einem pathologischen Phänomen, für das eigentlich die Psychiatrie zuständig ist. Man kennt das aus dem Umgang der ehemaligen Sowjetunion mit ihren Dissidenten.

Beinahe noch wirkungsvoller ist es, mit asymmetrischen Gegenbegriffen jede Diskussion zu ersticken. Der menschliche Geist funktioniert nach binären Strukturen: ja/nein, oben/unten und so weiter – und in Form von Gegenbegriffen: Freiheit/Unfreiheit, Recht/Unrecht und so weiter. Auf den Historiker Reinhart Koselleck geht die Erkenntnis zurück, dass solche Gegenbegriffe sowohl symmetrisch wie asymmetrisch sein können. Symmetrisch etwa wie in Freund/Feind oder Bürger/Nichtbürger. Hier ist das gegenseitige Ausschließen umkehrbar: Wer den anderen als Feind bezeichnet, ist für diesen Feind – wer den anderen als Nichtbürger bezeichnet, ist selber automatisch anderswo ein Nichtbürger. Das Verhältnis funktioniert vorwärts und rückwärts, keine der beiden Seiten geht a priori als begünstigte daraus hervor.

Ganz anders verhält es sich mit asymmetrischen Gegenbegriffen. Beispiel: Christ/Heide. Hier beziehen sich beide Begriffe nicht neutral aufeinander – denn hier werden Heil beziehungsweise Verdammnis unterstellt. Einer der beiden Begriffe (Christ) ist privilegiert, der andere (Heide) wird zum Synonym für den falschen Weg, für Verworfenheit, Rückständigkeit, Unmoral, Götzenanbetung – und Missionierungsbedarf. Derlei asymmetrische Gegenbegriffe wirken dreifach: Sie spalten in „wir“ und „die“, sie sprechen der anderen Seite moralische oder intellektuelle Qualitäten ab, und sie grenzen aus, indem sie der anderen Seite das Recht absprechen, gleichberechtigt auf geteiltem, gemeinsamen kulturellen Boden – auf demselben öffentlichen Forum – zu agieren.

Die deutsche Öffentlichkeit hat sich gewöhnt an eine Sprache in den Medien, bei der Vokabeln wie rassistisch, fremdenfeindlich, populistisch, Hass und Neid, menschenverachtend und engherzig, Abschottung, völkisch und dumpf, angstbesessen und Ängste schürend an der Tagesordnung sind. Meist kommen sie mit Gegenbegriffen daher wie weltoffen und vorurteilsfrei, Herausforderungen gewachsen und mitmenschlich, Weltgemeinschaft und Hilfsbereitschaft. Wer etwa auf die Einhaltung von Recht und Gesetz pocht, gilt als „engherzig“, es fehlt ihm die „Mitmenschlichkeit“. Wer die Verfassungsmäßigkeit des Regierungshandelns einklagt, argumentiert „nationalistisch“. Wer auf einer Kontrolle an den Grenzen besteht, betreibt zumindest „Abschottung“, häufig zusammen mit „Rassismus“ und „Überfremdungsangst“.

Andersdenkenden werden auf diese Weise nicht bloß den eigenen gleichrangige intellektuelle Qualitäten abgesprochen, sondern zudem moralische ebenso wie psychische Defekte angelastet. Dieser demagogische Wortgebrauch besteht aus „Blindbegriffen“, wie Reinhart Koselleck jene Gegenbegriffe nannte, die nichts bezeichnen, was sich definieren ließe. Das Wort Abschottung etwa bezeichnet eine dichte Abschließung nach außen. Überträgt man dieses Wort auf die Beziehungen zwischen Kulturen auf dem Globus, dann wird es zu einer Metapher – freilich zu einer, die aufhört, eine konkrete Realität zu bezeichnen: Es gibt keine Abschottung in einer Welt, in der täglich Waren und Kapital in riesigen Mengen rundherum transferiert und transpor-

Die deutsche Öffentlichkeit wird von Politik und Medien mit einer Sprache konfrontiert, bei der Vokabeln wie rassistisch, fremdenfeindlich, populistisch oder menschenverachtend an der Tagesordnung sind. Das ist besorgniserregend; denn Andersdenkenden werden dabei nicht bloß den eigenen vergleichbare intellektuelle Qualitäten abgesprochen, es werden zudem moralische und psychische Defekte unterstellt. Mit politischer Korrektheit hat das schon lange nichts mehr zu tun, sondern wie auch in den USA, dem trendbildenden Ursprungsland der *political correctness*, wird das vorgeblich korrekte Wort zunehmend zur Waffe.

tiert, in der gigantische Quantitäten von Daten blitzschnell um den Planeten geschickt werden und Millionen Menschen von einem Land in ein anderes, von einem Kontinent zu einem anderen reisen. Offensichtlich bezeichnet ein Wort wie Abschottung also etwas, das mit dem semantischen Gehalt des Wortes nichts mehr zu tun hat – es wird zur Floskel, in appellierender, mobilisierender und diffamierender Absicht.

Ähnlich verhält es sich mit dem Wort fremdenfeindlich – das allerdings einen gewissen Sonderstatus einnimmt. Es findet zum einen Anwendung auf Menschen, von denen viele fremde Sprachen sprechen, in fremde Länder reisen, sich für fremde Kulturen interessieren und gern fremdländische Küche genießen – die allerdings der Ansicht sind, ihr eigenes Land solle nur eine begrenzte Anzahl von fremden Zuwanderern aufnehmen. Auch Menschen, die Fremden in der eigenen Stadt freundlich entgegenkommen und ihnen hilfsbereit die Wege weisen, fallen unter das Verdikt der Fremdenfeindlichkeit, sobald sie weitere Zuwanderung für problematisch und ein weiteres Anwachsen von Parallelgesellschaften für nicht wünschenswert halten.

Als fremdenfeindlich gilt, wer einerseits die Zuwanderung von Menschen aus Ostasien begrüßt, weil sie häufig leistungsorientiert sind und Gesellschaft und Wirtschaft bereichern können, andererseits aber den Zuzug solcher Migranten missbilligt, deren Bereitschaft zu schulischer, kultureller und politischer Integration nachweislich niedrig bis negativ ist. Kurz: Die Floskel „fremdenfeindlich“ richtet sich häufig gegen Menschen, die fremdenfreundlich sind – es bezeichnet mithin das Gegenteil dessen, was es aussagt.

Das ist kein Zufall. Derlei sinnentleerte Wortfloskeln wirken gerade dann, wenn es auf die Semantik nicht mehr ankommt – sie fungieren als verbale Signale, die ein ganzes Set von Vorstellungen beim Adressaten abrufen. Indem eine solche Floskel ihren Wortsinn negiert, bietet sie dem Denken keinen konkreten Anhalt – stattdessen zielt sie auf den Reflex, den ein Mix aus Vorstellungen und Assoziationen auslöst. Die Medien benutzen heute diese asymmetrischen Gegenbegriffe in einem noch nie dagewesenen Ausmaß. Die politische Elite steht ihnen darin in nichts nach – und Teile der universitären Elite beginnen dem Trend zu folgen.

Das ist kein belangloser Vorgang. Der unentwegte und unwidersprochene Gebrauch von Wortfloskeln als verbale Signale und die gezielte Verwendung von asymmetrischen Gegenbegriffen in der medialen und politischen Öffentlichkeit gefährden nicht nur eben jene Öffentlichkeit als Forum der demokratischen Kontroverse, sie haben auch das Zeug dazu, sie zu zerstören. Denn Worte sind Fensterscheiben des Intellekts – wenn sie verschmutzen, wird es dunkel im Hause des Geistes. ◆

Ein neues Buch unseres Autors Prof. Egon Flaig, in dem er das Thema seines obigen Essays vertieft, ist im Februar 2017 erschienen: *Die Niederlage der politischen Vernunft. Wie wir die Errungenschaften der Aufklärung verspielen.* Dietrich zu Klampen Verlag, Springe 2017. 416 Seiten, Hardcover 24,80 Euro. www.zuklampen.de

PRIVAT

Max Thomas Mehr ist freier Publizist. Im Jahr 1977 Mitbegründer der Tageszeitung *taz*, fühlt der Kreuzberger dem grünroten Milieu seit 40 Jahren den politischen Puls. Für den HAUPTSTADTBRIEF notiert er: Das grünrote Milieu ist in die Jahre und an die Macht gekommen und kostet diese selbstgefällig aus, obwohl es sich heute wie damals nur um jene „kleine radikale Minderheit" handelt, der es nie darauf ankam, die Mehrheit der Wahlberechtigten für sich zu gewinnen.

Berlin als Modell für den Bund macht eher bange als Mut

Von einer Minderheit der Wahlberechtigten gewählt, hat Rot-Rot-Grün eine parlamentarische Mehrheit – die Minderheiten bedient. Wenn das Allgemeinwohl keinen Anwalt hat, verliert die repräsentative Demokratie an Akzeptanz | Von Max Thomas Mehr

Müssen die Deutschen ihre repräsentative Demokratie neu erfinden? Können die Bürger, die sich an Wahlen beteiligen, noch sicher sein, dass sie von denen vertreten werden, denen sie bei der Wahl ihre Stimme gaben? Entscheiden gar die Nichtwähler, wer regiert? Die Fragen stellen sich im Stadtstaat Berlin mit besonderer Schärfe. Wie im Brennglas zeigt die Dreieinhalb-Millionen-Stadt, wie sich die repräsentative Demokratie gerade selbst zerlegt. Denn wenn es einer Minderheit von 35 Prozent der Wahlberechtigten gelingt, wie in Berlin bei der letzten Landtagswahl am 18. September 2016 geschehen, zur parlamentarischen Mehrheit zu werden und der Stadt eine rot-rot-grüne Koalition (R2G) zu bescheren, dann ist das in hohem Maße Ausdruck defizitärer Repräsentation: 65 Prozent der wahlberechtigten Berliner sind keine R2G-Wähler.

„35 Prozent der Wahlberechtigten stimmten für Rot-Rot-Grün (R2G). Das heißt: 65 Prozent der wahlberechtigten Berliner sind keine R2G-Wähler."

Fast ebenso viele Wahlberechtigte, wie für R2G stimmten, 33 Prozent nämlich, fühlten sich durch keine der Parteien repräsentiert. Sie gingen erst gar nicht zur Wahl. Und eine dritte Gruppe von 32 Prozent der Wahlberechtigten stimmte für Parteien, die sich gegen R2G positioniert hatten. So zerfällt die Gesellschaft der wahlberechtigten Bürger Berlins in drei Drittel, von denen nur eines die Regierenden gewählt hat. Wenn es einer Minderheit von einem Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung möglich ist, über eine Mehrheit von zwei Dritteln zu herrschen, die dieser Regierung keine Stimme gaben, zeigt das ein Manko der repräsentativen Demokratie an, die mit allen checks and balances vom Mehrheitsentscheid lebt.

Dass sich SPD, Linke und Grüne in Berlin in dieser Lage als „Modellkoalition" für die kommende Bundestagswahl anpreisen, zeigt, dass die tonangebenden Spitzen der drei Regierungsparteien nicht wahrnehmen wollen, wie weit sie die Demokratie schon in eine Legitimationskrise hineinmanövriert haben. Sie sind obendrein so zynisch, darauf zu spekulieren, dass die Chancen ihrer Parteien für ein solches R2G-Bündnis im Bund steigen, je stärker die Alternative für Deutschland (AfD) abschneidet. So lange es Rot-Rot-Grün nämlich gelinge, so das Kalkül, die selbsternannte Alternative zur

PICTURE ALLIANCE/DPA/RAINER JENSEN

Das deutsche Wahlrecht macht es möglich, dass auch eine Minderheit der stimmberechtigten Bürger Parteien zu einer parlamentarischen Mehrheit verhelfen kann. So repräsentieren im Berliner Abgeordnetenhaus (oben) die Vertreter von Rot-Rot-Grün eine Minderheit von 35 Prozent der wahlberechtigten Berliner, verfügen aber über die Mehrheit der Stimmen im Parlament.

herrschenden Alternativlosigkeit als mindestens rechtspopulistisch zu brandmarken, werde die AfD als koalitionsunwürdig ausgeschaltet und damit eher gestärkt als kleingehalten.

Seit den 1980er- und 90er-Jahren haben die beiden Volksparteien ihre Rolle als Organisatoren politischer Willensbildung eingebüßt – mangels Masse an Mitgliedern und Sympathisanten, aber auch, weil sie nicht mehr für soziale Milieus stehen, aus deren Mitte Interessen und Zukunftsvorstellungen für die Gesellschaft formuliert werden. Auch die neu hinzugekommenen Grünen haben das nur in Ansätzen und in ihren Anfängen mit dem Einbringen der ökologischen Frage in die öffentliche Debatte geschafft.

Verstärkt wird die Auflösung der Parteienkultur als Organisator politischer Überzeugungen und Willensbildung in Berlin noch durch den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung. Sie hat trotz gegenteiliger Beteuerungen die Bewohner beider Stadthälften in eine fremde Stadt katapultiert, ohne dass sie umgezogen wären. Hinzu kam ein beachtlicher Bevölkerungsaustausch in einer seit den 2000er-Jahren rasant wachsenden Stadt, in die jedes Jahr 40 000 neue Bewohner drängen.

In diesem unübersichtlichen Wachstums- und Transformationsprozess hat sich das einstige Zusammengehörigkeitsgefühl der Berliner, die sich vor dem Mauerfall im Westen der Stadt als Bürger eines Gemeinwesens verstanden und verständigten, verloren. Das in oft kontroverser öffentlicher Debatte ermittelte Allgemeinwohl hat sich in den Partikularinteressen einer Ansammlung von Minderheiten aufgelöst. So meldete sich der neue Justizsenator der Grünen als erste Amtshandlung mit einer Pressemitteilung zur Schaffung von Unisex-Toiletten in öffentlichen Behörden zu Wort.

Und die Partei Die Linke zeigte beim Umgang mit der Stasi-Vergangenheit eines kurzzeitigen Staatssekretärs im Stadtentwicklungsressort, wie sie ihre Formschwäche als einstige Staatspartei der untergegangenen DDR überwinden

will: Sie setzt auf Kollaboration der Aktivisten von Mieter- und Hausbesetzerbewegungen mit den alten Kadern aus SED und Staatssicherheit. So wollte sie einen profilierten Gentrifizierungsgegner und ehemaligen Stasi-Mann gleich vom Protest in die Exekutive hieven.

Zur neuen Unübersichtlichkeit, in der sich Partikularinteressen so wichtig machen, dass sie Stadtgespräch werden, gehört auch: Eine gemeinsame Vorstellung, wo und wie sich politischer Wille heute herausbildet, gibt es nicht mehr. Das Gemeinwesen Berlin existiert nur noch als Ansammlung und Interessenvertretung von Kiez-Kulturen, Minderheiten und allerlei selbsternannten Expertengremien, denen jegliche Legitimation durch den Wahlbürger fehlt. Die Parteien sind eher leere Hüllen als Mittler zwischen Bürgerinteressen, Parlament und Regierung. Nirgendwo haben sich die politischen Parteien in ihren Konturen so aufgelöst wie in der Hauptstadt. Der kurze Herbst der friedlichen Revolution in Ost-Berlin hat auch kein neues Bürgertum geschaffen. Übrig geblieben sind Klüngel, die keine Idee von der Stadt als Metropole haben.

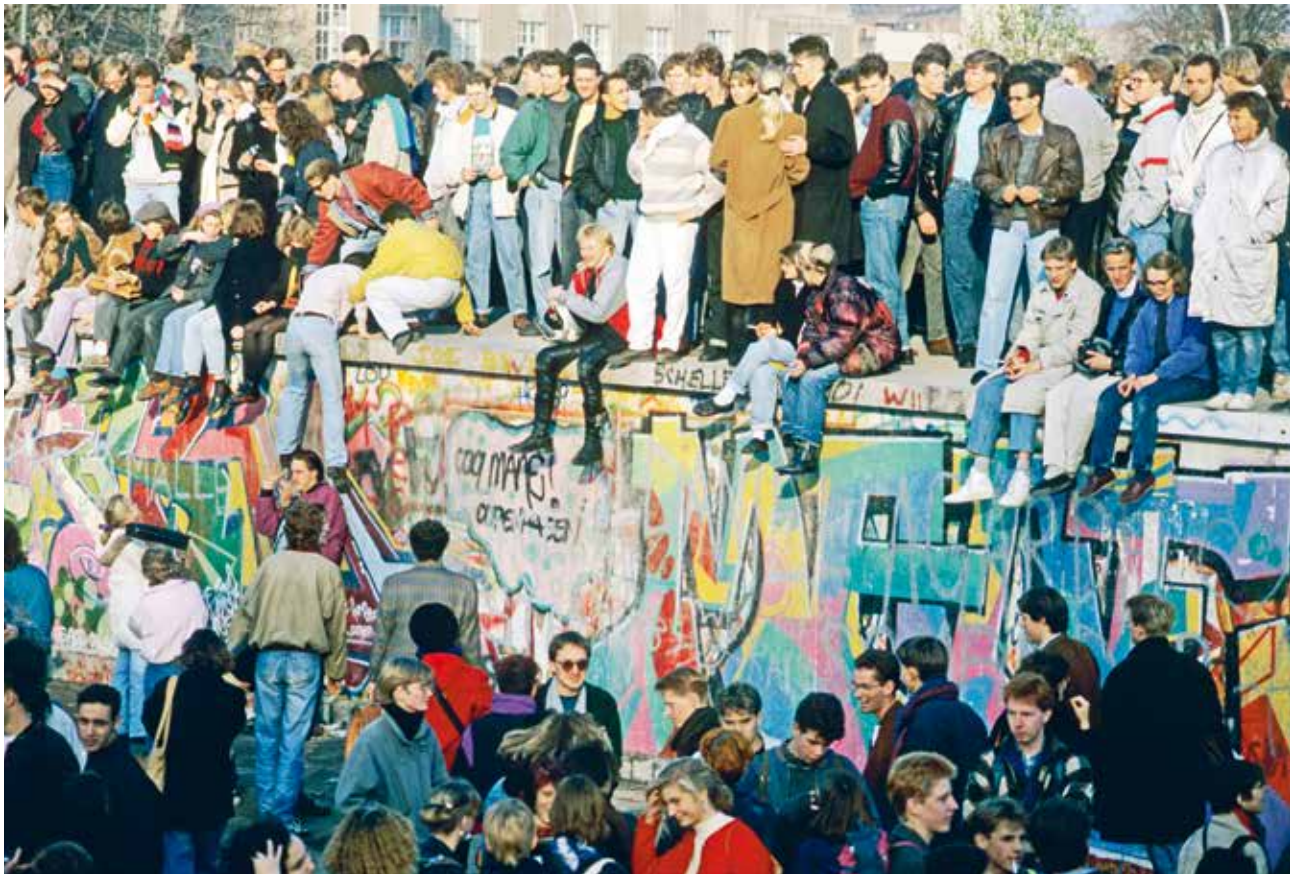
„Die Wiedervereinigung hat die Bewohner beider Stadthälften in eine fremde Stadt katapultiert, ohne dass sie umgezogen wären."

Während in der SPD der Regierende Bürgermeister noch ganz old school glaubt, seine Mehrheiten in der Partei mit ihren überalterten und ausgedorrten Ortsvereinen sichern und die Flügelkämpfe des meist männlichen Funktionärskörpers so beherrschen und neutralisieren zu können, hat der SPD-Fraktionschef längst erkannt, dass die einzige Chance der SPD, künftig wieder Mehrheiten zu organisieren, darin besteht, die Stadtbürger insgesamt und nicht nur die Ortsvereinsvorstände und Gewerkschaftssekretäre anzusprechen und zu überzeugen. Aber was ist heute sozialdemokratische Politik für die ganze Hauptstadt? Und wie lässt sie sich mit Partnern verwirklichen, denen gegenüber die SPD die Minderheit in der von einer Minderheit gewählten Regierung ist?

Der Koalitionsvertrag von R2G ist deutlich umfangreicher als der Vertrag der großen Koalition im Bund. Umgesetzt werden soll er von 10 Senatoren und 25 Staatssekretären. Eines der kleinsten Bundesländer leistet sich eine der größten Regierungen. Nordrhein-Westfalen hat zehn Staatssekretäre weniger und gerade einmal vier Minister mehr, aber bald fünfmal so viele Einwohner wie die Hauptstadt. Hatte Klaus Wowereit als Regierender Bürgermeister das Kulturressort einst gleich mit übernommen und lediglich einen Staatssekretär dafür abgestellt, gibt es jetzt einen eigenen Senator und des Parteiproporzes in der Koalition wegen auch noch gleich zwei Staatssekretäre dazu. Was haben die eigentlich zu tun? Werden doch große Etatposten für Kultur in Berlin gar nicht vom Land, sondern vom Bund finanziert und die dafür vorgesehenen Ausgaben von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien verteilt und beaufsichtigt.

Die von den rot-rot-grünen Koalitionären betriebene Expansion des öffentlichen Dienstes befördert die Erosion des Vertrauens in die repräsentative Demokratie, die als lukrativ nur für ihre Repräsentanten erscheint, die Problemlösung als Postenvermehrung verstehen. Detailversessen erinnert der Koalitionsvertrag eher an das Parteiprogramm einer linken staatsfixierten Partei als an ein Regierungsprogramm. Und so wird er offenbar auch von den Regierenden selbst gelesen.

Wer sich nämlich die neue Exekutive genauer anschaut, gewinnt den Eindruck, dass in Berlin aus dem langen Marsch durch die Institutionen, den einst die Außerparlamentarische Opposition (APO) propagiert hatte, der kurze Weg von der Nichtregierungsorganisation (NGO) an die Hebel der Macht geworden ist. Nicht nur der wegen seiner Stasi-Vergangenheit gescheiterte Gentrifizierungsgegner und Aktivist der Mieter- und Hausbesetzerbewegungen, auch die neue Senatorin für Verkehr und Umwelt ist direkt von



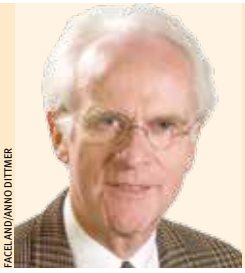
IMAGO STOCK&PEOPLE

Ein historischer Augenblick von großer Tragweite: Die neuen Freiheiten, die der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung bedeuteten, brachten es auch mit sich, dass sich die Berliner beider Stadthälften in eine fremde Stadt katapultiert sahen, ohne umgezogen zu sein. Die gewohnten Organisatoren politischer Überzeugungen und Willensbildung verloren dramatisch an Bedeutung. Eine gemeinsame Vorstellung, wo und wie sich politischer Wille heute herausbildet, gibt es nicht mehr.

einer NGO, dem World Wide Fund for Nature (WWF), in die Regierung gewechselt. Und der neue Baustadtrat in Kreuzberg, bisher in der Mieterinitiative „Stadt von unten“ aktiv und in einer Bewegung gegen Zwangsräumungen in Barcelona, verkündete in seinem ersten Interview, es gehe um die Frage, wie kaufen „wir“ Kreuzberg-Friedrichshain zurück. Genug gutes Geld von Stiftungen, Genossenschaften, gemeinnützigen Banken und nachhaltigen Fonds sei da.

Diese Koalition und ihr Wünsch-dir-was-Regierungsprogramm für Noch-nicht-Regierungsorganisationen wirken so, als ginge es gar nicht mehr darum, in der Stadt Mehrheiten zu gewinnen. Politische Willensbildung findet nicht mehr in öffentlichen Debatten statt, an denen der Bürger aktiv oder rezeptiv beteiligt ist und die in ein Regierungshandeln münden, das die Stadt als Ganzes im Auge hat. Politische Willensbildung diffundiert immer mehr in die sozialen Netzwerke von In-Groups, die von den klassischen Medien Zeitung und Fernsehen kaum mehr Notiz nehmen. Deren ökonomische und zunehmend auch intellektuelle Kräfte sind aufgezehrt. Ihre Bedeutung und ihre Reichweiten in der Stadt nehmen beständig ab. Dieser Verlust der Foren, in denen sich Öffentlichkeit einst herstellte, ist Teil des Dilemmas, für das die Parteien nicht allein verantwortlich sind.

So ist auch einer sich in Auflösung befindlichen Öffentlichkeit die Kraft abhanden gekommen, die notwendigen Debatten über die Entwicklung der Möchtegern-Metropole zu führen und die politischen Repräsentanten zu zwingen, an die Mehrheit wenigstens zu denken, wenn sie schon keine haben. Was den Vertretern der Regierungsparteien fehlt, ist eine Haltung, die sich mit der ganzen Stadt identifiziert und nicht nur mit dem Kiez oder der Szene, nicht nur mit Ost-Berlin oder West-Berlin. Kennedys Liebeserklärung aus dem Jahre 1963, „Ich bin ein Berliner“, braucht eine zeitgemäße Fortsetzung. Dann werden die Berliner ihre repräsentative Demokratie hoffentlich neu erfinden. Es muss ja nicht gleich ein Modell für Deutschland werden. ◆



FACELAND/ANNO DITTMER

Dr. Volker Hassemer ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin. Er war Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, später Senator für kulturelle Angelegenheiten in West-Berlin und 1996 bis 2002 Geschäftsführer der Hauptstadt-Marketing-Gesellschaft Partner für Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF stellt er den Fortschritt beim Zustandekommen des „Berlin-Forums“ vor und gibt einen Einblick in dessen Herangehensweise an den Dialog zur Berliner Stadtentwicklung.

Das Nachdenken über die Zukunft Berlins nimmt Gestalt an

Die Stiftung Zukunft Berlin hat ein Gremium vorbereitet, in dem Vertreter aus Politik und Gesellschaft Strategien für die Stadt entwickeln | Von Volker Hassemer

Berlin ist heute eine wachsende Stadt. Das wird auch in Zukunft nach allen Voraussagen so bleiben. Wachstum bedeutet besondere Chancen und besondere Risiken. Eine Zukunftsstrategie, erarbeitet von den politisch Verantwortlichen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, hilft, Chancen möglichst auszuschöpfen und Risiken möglichst zu vermeiden. Eine solche gemeinsame Zukunftsstrategie benötigen wir heute mehr denn je.

Es ist sinnvoll, das für Berlin gemeinsam zu tun. Es sollte eine Verständigung zwischen Politik und Gesellschaft werden. Politik kann nicht einfach allein der Stadt und ihren Einwohnern eine Strategie vorgeben. Aber sie kann gemeinsam mit den Einwohnern eine solche Strategie entwickeln. Dadurch würden auch Politik und Bürgerschaft wieder näher zusammenrücken, dem zunehmenden Auseinanderklaffen von Politik und Gesellschaft und innerhalb der Gesellschaft würde entgegengewirkt.

> *„Politik kann nicht allein der Stadt eine Strategie vorgeben. Aber sie kann gemeinsam mit den Einwohnern eine solche entwickeln.“*

Mit langem Vorlauf und langem Atem hat die Stiftung Zukunft Berlin dafür ein Konzept entwickelt. Mit den Vorsitzenden aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien haben wir das Konzept im vergangenen Jahr besprochen. Mit allen haben wir Einvernehmen erzielt. Das war ein großer, so nicht unbedingt zu erwartender Schritt. Und nun kann es losgehen.

Wir gehen davon aus, dass zum einen die Politik und zum anderen die Gesellschaft mit je etwa 30 Persönlichkeiten diese Arbeit leisten. Für die Seite der Politik ist es klar: Es müssen anteilsmäßig die Repräsentantinnen und Repräsentanten der bei der Abgeordnetenhauswahl erfolgreichen Parteien sein. Da sind wir uns mit der Politik einig.

Natürlich ist es eine schwierige Frage, wer bei dieser gemeinsamen Arbeit die Seite der Gesellschaft vertritt. Dort müssen nicht unbedingt Funktionsträger, sondern die Erfahrenen Berlins sitzen, Jüngere und Ältere, Menschen, die um die Probleme und um die Chancen der Stadt wissen. Die wissen, was es heißt, im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolg der Stadt zu leben, und andere, die wissen, was es heißt, aus unterschiedlichen Gründen an diesem Erfolg nicht teilzuhaben. Denn es geht um eine Berliner Zukunftsstrategie für sie alle.

Nach zahllosen Gesprächen mit unterschiedlichen Partnern haben wir uns auf eine Liste

IMAGO/STEFAN ZEITZ

Als Zukunft ein Gegenwartsprojekt war: Berlins moderne Infrastruktur entstand in einer Zeit, als es Groß-Berlin noch gar nicht gab und das Deutsche Reich eine parlamentarische Monarchie war. Tüchtige Stadtverwaltungen in Berlin, Charlottenburg und Spandau, um nur drei Großstädte zu nennen, aus denen das heutige Berlin entstand, und fähige preußische Zentralbehörden entwickelten und effiziente Privatunternehmen bauten ein Untergrundbahn-Netz, das über hundert Jahre später noch immer das Fortschrittlichste ist, dessen Berlin sich rühmen könnte, würde es nicht unter den Augen seiner jetzigen Bewohner erodieren und von heutigen öffentlich Bediensteten nur mit Mühe am Fahren gehalten werden. Im Bild der Knotenpunkt Gleisdreieck, wo die U-Bahn seit 1902, in Rekordzeit von Siemens & Halske errichtet, als Hochbahn fährt.

von gut 30 Personen verständigt, die diesem vielfältigen Spektrum Berlins gerecht wird. Es sind, das wissen wir, nicht die einzig Denkbaren für diese Arbeit. Aber, davon sind wir überzeugt, es sind solche, denen man aus gutem Grund die geforderte Leistung zutrauen kann.

Strategische Ziele, ja Visionen für Berlin zu entwickeln, ist nicht einfach. Es ist aber ein lohnendes Ziel, sich darüber klar zu werden, wo diese Stadt hin soll, was sie in Zukunft leisten kann und welchen Weg Politik und Zivilgesellschaft in Zukunft einschlagen wollen. Es gilt, eine Richtschnur zu entwickeln, die Orientierung bietet. Daraus folgende Entscheidungen bleiben in der Kompetenz der Politik.

Unsere Stiftung schlägt vor, sich für diese Diskussion nicht in einem Wunschkonzert zahlreicher Ziele zu verzetteln, mit denen man es allen recht machen will. Wir empfehlen einen Weg, bei dem man sich auf fünf Ziele beschränkt, die aber dann in der Diskussion mit konkreten Maßnahmen belegt und handhabbar gemacht werden müssen:

- Berlin als die weltoffene, einladende, tolerante Stadt. Die Stadt, um eigene Freiheit zu erfahren und zu leben. Die Stadt des Respekts und der Solidarität gegenüber anderen: die Stadt der „Freiheit miteinander".

- Berlin als die Stadt der Bürger und eine Stadt für die Bürger. Eine Stadt, erfolgreich durch ihre Bürgerinnen und Bürger. Eine Stadtgesellschaft in gegenseitiger, solidarischer Verantwortung.

- Kultur und Wissenschaft sind die wichtigsten Säulen für die Berliner Entwicklung: der individuellen wie der gesamtstädtischen, der ökonomischen wie der sozialen und gesellschaftlichen.

- Berlin strengt sich an, mit modernem Stadtmanagement zu einer der am besten organisierten internationalen Metropolen für das 21. Jahrhundert zu werden.

- Eine Stadt, die lebt und ausstrahlt, dass es ihr nicht nur um sich selbst geht. Die ihre Aufgaben und Chancen gegenüber dem Land und der Welt offensiv wahrnimmt. Und wichtig:

Die Zukunft Berlins hängt auch an seinen Bewohnern

Schrumpfende und wachsende Bevölkerungsgruppen ziehen Probleme nach sich

Berlin-Problem Proletariat: Es schrumpft. Der Exodus der Industrie nach 1945 und der Verlust von gewerblichen Arbeitsplätzen konnte zu West-Berliner Zeiten mit einer Aufblähung des öffentlichen Dienstes nur mühsam kaschiert werden. Der Kollaps der maroden DDR-Industrien gab einer Arbeiterschaft den Rest, die im Ostteil der Stadt bis 1989 als herrschende Klasse hofiert wurde – von einer SED-Bürokratie, die aufgeblasener war, als in der Wiedervereinigungsfreude bemerkt wurde. Im Ergebnis hat Berlin den öffentlichen Dienst als doppeltes Lottchen und eine Arbeiterschaft im Hartz-IV-Modus. Die abgewanderten Industriearbeitsplätze sind heute in Bayern und Baden-Württemberg. Im Bild einige der wenigen Berliner im Blaumann bei BMW in Spandau.

PICTURE ALLIANCE/DPA/JÖRG CARSTENSEN

Berlin-Problem Prekariat: Es wächst. Der Zuzug nach Berlin war schon zu Mauerzeiten lebhaft, für junge Männer im Twenalter war die Stadt Zufluchtsort vor dem Wehrdienst beim Bund. Die alternative Szene der Stadt speiste ihren Nachschub aus den sprichwörtlichen Schwaben, als Alternative Liste schafften es die Vertreter von Offkultur und Instandbesetzerszene 1981 ins Berliner Abgeordnetenhaus. Seit 60 Prozent der Deutschen Abitur haben und zu viele Abiturienten anschließend „irgendetwas mit Kultur“ studieren, sind es kreative Thirtysomethings, die in die Hauptstadt strömen, weil die Wirtschaft bei ihnen zu Hause in den Ländern nichts mit solcher Ausbildung anfangen kann. In Berlin suchen nun Hunderttausend Mitdreißiger eine Chance, ihrer prekären Situation mittels Praktika und Minijobs irgendwo im weiten Netz des staatlichen Kulturbetriebs zu entkommen oder gleich in einem der staatlich geförderten Start-ups unterzukommen, die kalifornische Geschäftsideen eindeutschen. Im Bild einige der vielen Kreativen mit Laptop in einem Coworking Space in Mitte. *RB/Red. HSB*

IMAGO/COMMONLENS

Diese Debatte muss öffentlich geführt werden. Jeder soll sie verfolgen und kommentieren können. Wir haben vor, einen Kreis von etwa 400 Berlinerinnen und Berlinern zu bilden, die die Hinweise und Kommentare aus Berlin aufnehmen und mit eigenen Bemerkungen zwischen den Sitzungen in die Arbeit einbringen sollen.

Berlin: Wo wollen wir hin, was trauen wir uns zu, wo setzen wir Prioritäten? Vielleicht sind wir – Politik und Gesellschaft gemeinsam – am Ende dieses Jahres 2017 klüger. Und nicht zuletzt wissen dann auch unsere nationalen und internationalen Partner, auf die wir angewiesen sind, besser, was sie von uns erwarten können. ◆

Die Stiftung Zukunft Berlin, deren Vorstandsvorsitzender unser Autor Volker Hassemer ist, ist ein unabhängiges Forum für bürgerschaftliche Mitverantwortung zum Wohle Berlins. Mehr über das Dialogprojekt „Berlin-Forum“, die Aktivitäten der Stiftung und deren Stadtstrategie finden Sie auf der Website www.stiftungzukunftberlin.eu

PRIVAT

Dagmar Lembke ist Mitglied der Initiative „Aktive Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ bei der Stiftung Zukunft Berlin. Seit 1997 als freie Fernsehjournalistin für den Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) tätig, ist sie jahrelang für die Sendereihe „Theodor – Geschichten aus der Mark“ den Spuren Theodor Fontanes gefolgt. Für den HAUPTSTADTBRIEF stellt sie die Lesereihe „Nachbarn bei Nachbarn“ der Initiative vor, bei der 2017 siebenmal in wechselnden Dorfkirchen Fontane-Lesungen stattfinden.

Einladung zu einem Sonntagnachmittag unter Nachbarn

Die Lesereihe „Nachbarn bei Nachbarn“ in Brandenburger Dorfkirchen schafft kulturelle Anreize für Berliner und Märker, miteinander ins Gespräch zu kommen | Von Dagmar Lembke

Es ist eine Landlesetour mit Tradition – und mit einer Mission: In vier Wochen, am ersten Sonntag im April, startet die Lesereihe „Nachbarn bei Nachbarn“ ins Jahr 2017, dieses Mal in der Klosterkirche Marienfließ im brandenburgischen Stepenitz. Mittlerweile im fünften Jahr lädt die Stiftung Zukunft Berlin zur Fontane-Lesung ein. Dabei tragen namhafte Schauspieler des Berliner „Theaters an der Parkaue“ sowie Detlef Bierstedt, die deutsche Synchronstimme von George Clooney oder Herrmann Beil, Chefdramaturg des Berliner Ensemble in Brandenburger Kirchen Texte aus den „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ von Theodor Fontane vor, ebenso wie Auszüge aus Romanen des märkischen Dichters mit regionalem Bezug.

> *„Nachbarn bei Nachbarn – das ist eine Kombination aus Lesung, Orgelklängen und anschließender Plauderei beim Kaffee.“*

Organisiert werden die monatlich bei freiem Eintritt stattfindenden Veranstaltungen ehrenamtlich von Mitgliedern der Stiftung Zukunft Berlin – in bewährtem Miteinander mit den entsprechenden Kirchengemeinden, die ihre Gotteshäuser für interessierte Berliner und Brandenburger öffnen. Mit ihrer Kombination aus Lesung, Orgelklängen und anschließendem Kaffeeklatsch hat sich die Lesereihe „Nachbarn bei Nachbarn“ einen umfangreichen Kreis Interessierter erworben, die sich immer wieder gern am ersten Sonntag im Monat auf den Weg ins Umland machen.

Berliner und Brandenburger tragen in guter Nachbarschaft diese Initiative – und Theodor Fontane ist das „Medium“. Die Heimat, die er in seinen „Wanderungen“ beschrieb, ist heute noch identitätsstiftend. Und die Texte des in Neuruppin geborenen und Brandenburg und Berlin gleichermaßen liebenden Dichters, der in seinen Schriften kein Blatt vor den Mund nahm, klingen bis heute nicht im Mindesten angestaubt. Über die Zisterzienserklöster schrieb er: „An wenigen Orten mochten die Vorzüge speziell dieses Ordens so in die Augen springend sein als in der Mark … Wo die Unkultur zu Hause war, hatten die Kulturbringer ihr natürlichstes Feld. So haben wir über 20 Zisterzienserklöster in der Mark und Lausitz zu verzeichnen.“ Das Kloster Marienfließ als erste Lesestation 2017 ist das älteste Zisterzienserinnerkloster Brandenburgs.

Diese Orte rücken im Lutherjahr 2017 besonders in den Fokus – mit der Reformation vor 500 Jahren begann ihre Auflösung und Suche nach

neuer Bestimmung. Und eine neue Bestimmung suchen auch viele Städte und Dörfer Brandenburgs gewissermaßen heute immer noch – fast drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung. Sie wollen mehr sein als nur an den Wochenenden touristisch überrollte Zweitwohnsitze betuchter Berliner – die in der Wahrnehmung der Brandenburger nur allzu oft mit ziemlich großer Klappe daherkommen. Genau da setzt die Lesungsreihe an: Sie lädt zu Begegnungen auf gleicher Augenhöhe sein – zu einem guten Sonntagnachmittag, wie er auf dem Lande üblich ist, Nachbarn bei Nachbarn eben.

Stepenitz in der Prignitz im äußersten Norden Brandenburgs – das sind hübsche Ziegelhäuser an der Dorfstraße, ein Dorf-„Konsum“, die Heimatstube und das „Zur Alten Eiche“ mit rustikaler Küche. Prägend für den Ort ist sein Klosterstift mit soeben frisch saniertem Klosterhotel und weitläufigem Klostergelände. Es ist einer jener Orte, wo die Ur-Märker zu Hause sind. Und das ist die Idee hinter „Nachbarn bei Nachbarn“: den Blick zu lenken auf Orte, die Theodor Fontane einst beschrieben hat – liebevoll, aber auch kritisch. Diese Veranstaltungsreihe soll dazu beitragen, Sympathien wiederzubeleben, die durch die Teilung Deutschlands verloren gegangen sind und noch immer bestehende gegenseitige Vorbehalte und Vorurteile abzubauen.

Die Veranstaltungen finden immer ab 14 Uhr statt. Stets erster Programmpunkt: Prof. Detlef Karg begrüßt die Besucher gemeinsam mit dem jeweiligen Pfarrer oder Kirchenältesten. Der ehemalige Direktor des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege weiß zu jedem Ort packend eine Geschichte zu erzählen – weil er die Sanierung der Dörfer und ihrer Kirchen seit der Wende begleitet und mitbestimmt hat. Dann sind die Leute vor Ort eingeladen, zu sprechen: Pfarrer, Kirchenälteste, Landrat, Bürgermeister, oder wer sonst ans Mikrofon tritt. Ab 15 Uhr wird gelesen, nun kommen die Profis vom Theater zum Zuge – sie lesen ohne Gage, aber mit Leidenschaft. Und danach plaudern Nachbarn aus Berlin und Brandenburg bei Kaffee und Kuchen.

Viel Erinnerungswürdiges hat sich zugetragen, seit die Stiftung Zukunft die Reihe im Oktober 2013 aus der Taufe hob: In Buckow in der Märkischen Schweiz etwa führte der letzte Filmvorführer der DDR, Heinz Reincke, vor der Lesung durch die Stadt. Er erzählte von seiner Familie, die bis zur Enteignung das größte Hotel der Stadt besaß – und wie danach aus ihm ein Filmvorführer wurde, weil mit dem Hotel auch seine Berufsausbildung verloren war. Der Kirchenälteste, Erwin Kowalke, erzählt, wie er im märkischen Sand nach Gebeinen toter Soldaten des Zweiten Weltkriegs gegraben hat und den Familien die sterblichen Überreste ihrer Söhne, Männer, Väter heimbrachte, nachdem sie oft jahrzehntelang als verschollen gegolten hatten.

Solche Geschichten bleiben hängen. Etliche davon hat die Initiative „Aktive Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ bei der Stiftung Zukunft

FOTO: ERELL (HTTPS://COMMONS.WIKIMEDIA.ORG/WIKI/FILE:KIRCHE_KLOSTER_MARIENFLUESS-STEPENITZ.JPG), „KIRCHE KLOSTER MARIENFLUESS-STEPENITZ“, HTTPS://CREATIVECOMMONS.ORG/LICENSES/BY-SA/3.0/LEGALCODE

FOTO: WIKIPEDIA/YOURSMILE

FOTO: DORIS ANTONY, BERLIN (HTTPS://COMMONS.WIKIMEDIA.ORG/WIKI/FILE:PUTLITZ_CHURCH.JPG), „PUTLITZ CHURCH", HTTPS://CREATIVECOMMONS.ORG/LICENSES/BY-SA/4.0/LEGALCODE

FOTO: WEBKA - K. KLETKE (HTTPS://COMMONS.WIKIMEDIA.ORG/WIKI/FILE:KIRCHE-WIEPERSDORF-EE.JPG), „KIRCHE-WIEPERSDORF-EE", HTTPS://CREATIVECOMMONS.ORG/LICENSES/BY-SA/3.0/LEGALCODE

Alte Kirchen, zeitgemäße Begegnungsorte: Das Kloster Marienfließ (unten links) ist das älteste Zisterzienserinnenkloster Brandenburgs – und erste Lesestation 2017 der Lesereihe „Nachbarn bei Nachbarn" mit Texten von Theodor Fontane, organisiert von der Stiftung Zukunft Berlin. Die folgenden drei Veranstaltungen werden in den Kirchen von Demerthin, Putlitz und Wiepersdorf stattfinden (von oben links im Uhrzeigersinn).

aufgeschrieben. Zur 30. Lesung am 16. Juli 2017 in Wiepersdorf soll das Buch „Nachbarn bei Nachbarn – Ein kollektives Tagebuch" erscheinen mit Anekdoten von Buckow über Brück bis Burg, gestaltet von Prof. Dr. Hubertus Fischer, Literaturwissenschaftler und Fontane-Spezialist sowie Olaf Kretschmar, Vorstandsvorsitzender der Berlin Music Commission. Und wir können einstweilen gespannt sein auf acht interessante und gutnachbarschaftliche Sonntagnachmittage im Jahr 2017 – und hoffentlich auch darüber hinaus, mindestens bis zum Fontane-Jahr 2019, dem Jahr des 200. Geburtstags des großen, ewig jungen Brandenburg-Wanderers. ◆

Die nächsten Stationen von insgesamt sieben im Jahr 2017 der Lesereihe „Nachbarn bei Nachbarn" in Brandenburger Dorfkirchen, die unsere Autorin Dagmar Lembke in ihrem Beitrag vorstellt, sind am 2. April die Klosterkirche Marienfließ in Stepenitz, am 7. Mai geht es nach Demerthin, am 25. Juni nach Putlitz, und am 16. Juli findet in Wiepersdorf die 30. Lesung seit Beginn der Reihe statt. Beginn ist jeweils 14 Uhr, und der Eintritt ist frei.

Mehr Informationen zu der die Lesereihe organisierenden Initiative „Aktive Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg" innerhalb der Stiftung Zukunft Berlin und zu der Stiftung selbst – einem unabhängigen Forum für bürgerschaftliche Mitverantwortung zum Wohle Berlins – finden Sie hier: www.stiftungzukunftberlin.eu

MATTHIAS REICHELT

Sabine Lueken ist Historikerin, Publizistin und Lehrerin in Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF besuchte sie die Ausstellung „Total Records. Vinyl & Fotografie“ in der Galerie C/O Berlin im Amerika Haus – erinnerungsträchtige Wiederbegegnungen mit der Musik zurückliegender Jahrzehnte, als man Musik in Gestalt von Schallplatten noch kaufen und deren aufwendig gestaltete Plattenhüllen oft bewundern konnte.

Als Musik und Cover noch unzertrennlich waren

„Total Records“ erzählt von der Magie der schwarzen Scheiben aus Vinyl und ihrer bildkräftigen Hüllen | Von Sabine Lueken

Diese Ausstellung ist für Menschen aller Altersgruppen ein Gewinn – aber für all jene der Generation 60plus, die mit der Musik der 1960er-Jahre und den Schallplatten, auf die sie bis in die 1980er-Jahre gepresst war, erwachsen geworden sind, bietet sie den zusätzlichen Reiz der Wiedererkennung. Denn die Ausstellung „Total Records. Vinyl & Fotografie“ zeigt die Bilder, die man als Cover immer wieder in der Hand gehalten und betrachtet hat, wenn man die schwarzen Scheiben aus Vinyl aus ihren Hüllen nahm, um sie auf den Plattenspieler zu legen. Heute, im Zeitalter von Internet-Streaming und MP3, erscheint manchen solch ein dinglich-handgreiflicher Umgang mit „Tonträgern“ vermutlich hoffnungslos veraltet – was jedoch nichts daran ändert, dass Vinyl-Schallplatten gerade ein Revival erleben.

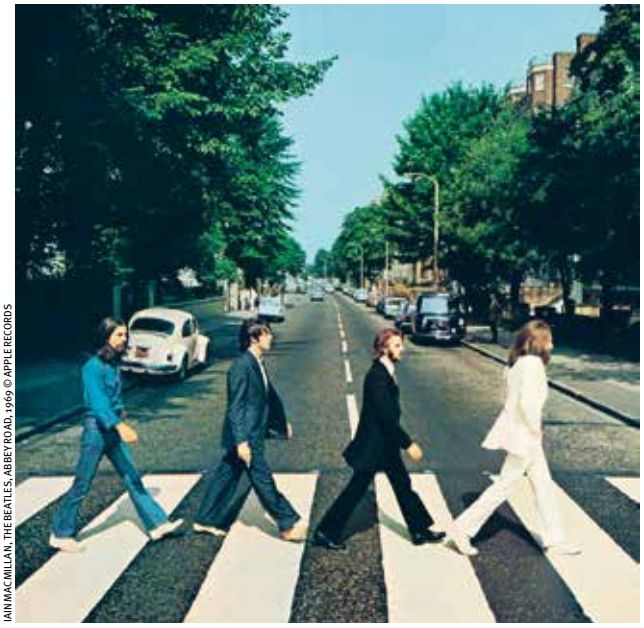
> *„Die Erinnerung an die Musik von einst ist über die Jahre untrennbar mit den Bildern auf den Plattenhüllen verschmolzen.“*

Hülle und Platte waren nicht selten ein „Gesamtkunstwerk“. 31,5 cm mal 31, 5 cm groß, sollten sie die Scheiben aus Vinyl nicht nur schützen, sondern auch ergänzen – und zu deren Kauf animieren. Die Ausstellung zitiert den amerikanischen Musiker Bruce Springsteen zu seinem Vorgehen beim spontanen Plattenkauf: „I buy it, if I like the album cover, I buy it, if I like the name of the band, anything that sparks my imagination“ – Ich kaufe es, wenn ich das Albumcover mag, ich kaufe es, wenn mir der Name der Band gefällt – was immer es ist, dass meine Vorstellungskraft entzündet. Die Magie dieser Vorstellungskraft ist ungebrochen – die Erinnerung an die Musik ist über die Jahre untrennbar mit den Bildern auf den Plattenhüllen verschmolzen. Oder, wie es im Pressetext zur Ausstellung heißt, die Hülle „visualisiert kongenial Musik und Künstler (...), transportiert Identität und Style, gibt Freiraum für Identifikation“.

„Total Records“ ist nicht chronologisch, auch nicht nach Künstlern, sondern gewissermaßen thematisch gegliedert. Bis man beim Rundgang dahinterkommt, wo der rote Faden verläuft, vergeht einige Zeit. Die Ausstellung will „Schnittstellen und Begegnungen“ aufzeigen, durch die „erst Musik und Konzept eines Albums in originale und originelle Kreationen übersetzt wurden“. 400 Plattenhüllen von den 1960er-Jahren bis in die 2000er-Jahre sind auf poppig bonbonbunten Wänden zu sehen –ein ästhetisch stimmiger Gesamteindruck, bei dem die ausdrucksvollen Schwarzweißfotos besonders hervorstechen.

Francis Wolff, Fotograf und gleichzeitig Co-Gründer des legendären amerikanischen Plattenlabels Blue

Note Records, machte Aufnahmen von den Musikern, die bei ihm unter Vertrag waren, die Coolness und Leidenschaft vereinen. Der Fotograf Lee Friedlander setzte Jazzgrößen wie John Coltrane ebenso meisterhaft für Atlantic Records, das größte Independent-Label der USA, ins Bild. Richard Avedon, der als einer der bedeutendsten Fotografen des 20. Jahrhunderts gilt, zeigt Stars wie Joan Baez, Barbra Streisand oder Simon & Garfunkel perfekt in Szene gesetzt – und sehr verletzlich. In Schwarzweiß



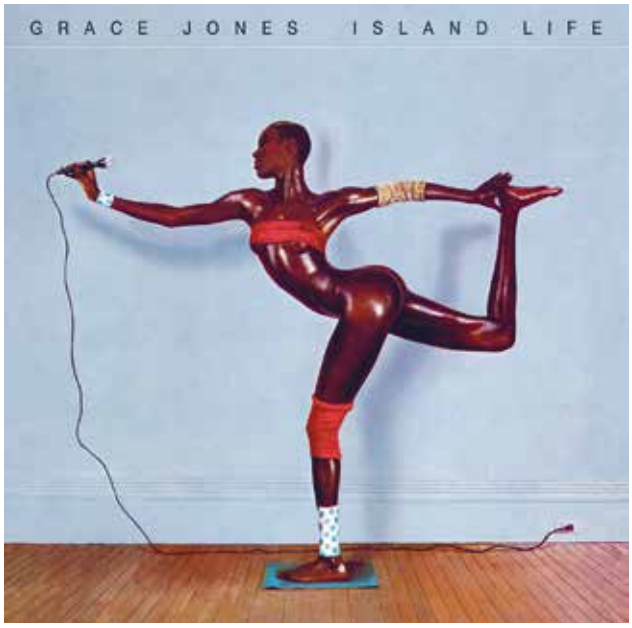
IAIN MACMILLAN, THE BEATLES, ABBEY ROAD, 1969 © APPLE RECORDS

„Abbey Road“ von den Beatles, 1969 – ein Coverfoto von Iain MacMillan, das trotz seiner vermeintlichen Alltäglichkeit stilbildend wirkte.

und typisch für die Kreuzberger VHS-„Werkstatt für Photographie“, lichtete der Berliner Fotograf Ulrich Wüst den Posaunisten Conny Bauer für das Jazzlabel der DDR-Plattenfirma Amiga ab.

In einem Eckbereich der Ausstellung auf einmal viel nackte Haut: Hier werden Cover gezeigt, die der Zensur zum Opfer fielen. Teilweise durchaus zu Recht – etwa das beabsichtigte Cover des Albums „Virgin Killer“ der deutschen Hard-Rock-Band Scorpions von 1976, das das Foto eines nackten zehnjährigen Mädchens in aufreizender Verführerinnenpose hinter einer zerbrochenen Glasscheibe zeigt.

Viele Künstler vertrauten ihre Alben immer wieder denselben Fotografen an. Kreative Mehrfachkooperationen gab es etwa zwischen dem Regisseur und Fotografen Robert Frank und den Rolling Stones, von Annie Leibovitz mit Cindy Lauper, von Anton Corbijn mit der irischen Rockband U2, von Helmut Newton mit der Gruppe INXS, von dem Modefotografen Herb Ritts mit Madonna, von Irving Penn – auch er einer der ganz Großen des 20. Jahrhunderts – mit Miles Davis oder von Jean-Baptiste Mondino mit der Popikone Prince. Der französische Fotograf zeigte Prince für das Album „Lovesexy“ von 1988 als zartes Pin-up, auf Orchideen gebettet.



JEAN-PAUL GOUDE, GRACE JONES, ISLAND LIFE, 1985 © ISLAND RECORDS

Grace Jones, in Szene gesetzt vom französische Designer Jean-Paul Goude als androgyne, biegsam-muskulöse Körperskulptur.

Ein besonderes Gespann waren auch der französische Designer Jean-Paul Goude und die jamaikanische Sängerin und Schauspielerin Grace Jones. Goude inszenierte sie als androgyne Ikone mit scharfem Kurzhaarschnitt und biegsam-muskulösem Körper. Manche Cover regten zur Nachahmung an – etwa „Abbey Road“ der Beatles von 1969, das vielfach aufgriffen, abgeändert oder persifliert auf den Covern anderer Künstler auftauchte.

Neben Fotografen kreierten auch bildende Künstler wie der Amerikaner Robert Rauschenberg, die Schweizerin Pipilotti Rist oder das Künstlerduo Fischli/Weiss Plattencover. Legendär auch Andy Warhols Jeans mit echtem Reißverschluss im Schritt auf der LP „Sticky

BRIAN ARIS (H.R. GIGER), DEBBIE HARRY, KOOKOO, 1981 © CHRYSALIS

Manche Musikerinnen kennen keinen Schmerz: Debbie Harry auf ihrem ersten Solo-Album „KooKoo“ von 1981, gestaltet vom Schweizer Designer HR Giger.

JEAN-BAPTISTE MONDINO, PRINCE, LOVESEXY, 1988 © PAISLEY PARK

Auf dem Cover von „Lovesexy“ von 1988 posiert die Popikone Prince als zartes Pin-up auf Orchideen, arrangiert vom renommierten französischen Fotografen Jean-Baptiste Mondino.

BRIAN DUFFY, DAVID BOWIE, ALIS FASHIONS, 1982 © BOWIE

Mann oder Frau? Die Grenzen verschwimmen: David Bowie alias Ziggy Stardust auf einer Bildplatte von Brian Duffy, 1972.

Fingers“ der Rolling Stones von 1971 und sein „Bananenalbum“ für Velvet Underground von 1967 mit dem mikroskopisch kleinen Schriftzug „peel slowly and see“. Ikonenstatus hat inzwischen auch das Foto der jungen, ganz am Beginn ihrer Karriere stehenden Sängerin und Schriftstellerin Patti Smith auf ihrem Album „Horses“ von 1975, fotografiert von ihrem damaligen Freund Robert Mapplethorpe.

Die Ausstellung „Total Records“ wurde 2015 von Antoine de Beaupré, einem Buchhändler und Plattensammler, für eine Fotoausstellung im französischen Arles konzipiert. Seither tourt sie durch Europa. Die C/O-Galerie hat sie durch vier Berlin-Themen ergänzt: „Ostplatten“, „Neue Berliner Schule. Elektronik“, „Jim Rakete“ und „Geniale Dilletanten“ – letzteres in genau dieser orthografisch falschen Schreibweise Synonym für die West-Berliner Subkultur in der noch geteilten Stadt.

Bei den Musikern der „Neuen deutschen Welle“ waren die Cover von Jim Rakete stilbildend. Bei über 350 Alben war der Berliner Fotograf für die Coverfotos zuständig, und auch als Mentor und Manager war er eng mit der musikalischen Alternativszene der 1980er-Jahre verbunden. Seine Porträts von Nina Hagen, Romy Haag oder Heiner Pudelko von der Band Interzone zeigen die Berliner Stars dieser Zeit. Einmal kam es sogar zu einer Vorwende-Ost-West-Kooperation, als nicht nur Rakete 1986 für die LP „Bataillon d´Amour“ der Band Silly und ihrer Frontfrau Tamara Danz Fotos machte, sondern auch die Ost-Berliner Fotografin Ute Mahler.

Man sieht: Hinter den Coverfotos stecken Geschichte und Geschichten zuhauf. Die Ausstellung kann sie nur ansatzweise erzählen. Deshalb findet der Betrachter aus der Generation 60plus hier vor allem, was er schon kennt, aber neu gewichtet in einer Dreiecksbeziehung: Zwischen Interpret und Album tritt der Fotograf, der den Interpreten mit seinem Coverfoto in Szene setzt. Auf diese Image-Gestalter aufmerksam zu machen, ist ein Anliegen der Ausstellung. Sehenswert ist „Total Records“ deshalb auch für die Spotify-Generation, die Cover zum Anfassen nur vom Hörensagen kennt – als eine Begegnung mit der Macht der Bilder und als sentimentale Reise zurück in eine andere Epoche. ◆

Total Records. Vinyl & Fotografie. Galerie C/O Berlin im Amerika Haus, Hardenbergstraße 22-24, 10623 Berlin, am Bahnhof Zoo. Bis 23. April 2017, geöffnet täglich von 11 bis 20 Uhr. Eintritt (für das gesamte Haus) 10 Euro, ermäßigt 6 Euro, bis 18 Jahre Eintritt frei. www.co-berlin.org/total-records

porta möbel & mehr

BEI UNS SITZEN SIE RICHTIG!

DER MÖBELSPEZIALIST

ECHTES LEDER

Hocker, echtes Leder,
mit Holz-Sitzschale
1001740.01
299.-

TV-Sessel, echtes Leder,
mit Holz-Sitzschale,
manuell verstellbar
1001740.01
799.-

5 JAHRE GARANTIE
MONDO ★★★★★

alles Abholpreise

Auch in Stoff erhältlich

Diverse Farben individueller Preis

WELT AM SONNTAG
Familienfreundliches Unternehmen
aus Kundensicht
porta!
Prädikat Gold
Im Ranking:
9 Möbelhäuser
www.ServiceValue.de/Familie
ServiceValue GmbH 08|2016

TOP NATIONALER ARBEITGEBER 2017
FOCUS
DEUTSCHLANDS BESTE ARBEITGEBER IM VERGLEICH
IN KOOPERATION MIT kununu | statista

Seit über 50 Jahren zeigt porta tolle Möbel und trendige Wohnaccessoires. In 22 Häusern finden Sie aktuelle Einrichtungsideen und klassische Wohnkonzepte. Von der Couch bis zum Kochtopf hat porta dabei alles im Angebot, um die eigenen vier Wände individuell zu gestalten.

Als Erlebniseinrichtungshaus wartet ein Rundum-Programm für die ganze Familie auf Sie. So geht es für die kleinen Besucher im portalino-Kinderclub auf den großen Abenteuerspielplatz. Im Toscana-Restaurant serviert das porta-Team außerdem leckere frisch zubereitete Gerichte für jeden Geschmack.

Entdecken Sie die porta-Welt und machen Sie Ihr Zuhause zur Wohlfühloase! Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

14480 Potsdam · Porta Möbel Handels GmbH & Co. KG Potsdam · Zum Kirchsteigfeld 4 · direkt neben dem Stern-Center
Tel.: 0331/20085-0 · www.porta.de

Folgen Sie uns auf Facebook

Königliche
Porzellan-Manufaktur
BERLIN
KPM PLATIN EDITION
2016
KPM Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin GmbH MANUFAKTUR & WERKSVERKAUF Wegelystraße 1 10623 Berlin
KPM VERKAUFSGALERIEN BERLIN Kurfürstendamm 27 10719 Berlin | Friedrichstraße 158 10117 Berlin | Hackesche Höfe Hof III | KPM VERKAUFSGALERIE POTSDAM Brandenburger Straße 3 14467 Potsdam | ONLINESHOP: www.kpm-berlin.com